

# UNGESCHEHENE GESCHICHTE

Bilanz nach 10 Jahren  
Deutscher Einheit

# **UNGESCHEHENE GESCHICHTE**

**BILANZ NACH 10 JAHREN DEUTSCHER EINHEIT**

**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.**

ISBN 3-89819-105-2

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V.  
Harkortstr. 10  
D-04107 Leipzig

Redaktion: Gunda Ulbricht  
Satz: Gerd Laudel  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

1	Peter Porsch: Grußwort .....	5
2	Monika Runge: Grußwort .....	9
3	Wilfried Loth: Möglichkeiten und Zwänge im Vereinigungs- prozeß .....	11
4	André Hahn: Zur Geschichte des Parteiensystems im Freistaat Sachsen .....	27
5	Klaus Bartl: Verlorene Chancen auf dem Weg zum Rechtsstaat .....	37
6	Werner Bramke: Wirtschaftsstrukturen in Sachsen .....	49
7	Dieter Janke: Sachsen im Strudel zweier Transformatio- nen – Fakten und Alternativen .....	59
8	Helga Gantz: Probleme aktueller demographischer Ent- wicklungen in Sachsen .....	83
9	Hannes Siegrist: Konsum und Alltagskultur in den neuen Bundesländern .....	91
10	Gunild Lattmann-Kretschmer: Verpflichtung zum Kultur- staat .....	111
11	Zu den Autoren dieses Heftes .....	118



PETER PORSCH

## Grußwort

Vorsitzenden obliegt die Last, immer die Rituale zu bedienen. Zu diesen Ritualen gehören auch Begrüßungen und Eröffnungen. Auf der anderen Seite ist das auch immer die Chance, mit eigenen, durchaus manchmal krausen Gedanken eine Konferenz zu eröffnen, die heute den Titel trägt »Ungeschehene Geschichte«, die Chance also, anlässlich der Begrüßung und der Eröffnung der Konferenz vielleicht doch zwei Minuten über die Problematik von Geschichte überhaupt nachzudenken. Geschichte scheint mir, ich bin kein Historiker, doch immer etwas Merkwürdiges zu sein. Wie sie denn schließlich und endlich wird, wissen wir so recht nicht vorher, obwohl wir uns redlich mühen, ihren Gang mitzubestimmen. Das Interessante ist: Wie sie denn eigentlich war, wissen wir auch selten, selbst wenn wir daran teilgenommen haben und Akteure waren.

Ich will einmal einen völlig abweichenden Gedanken äußern. Die Stadt Darmstadt, die nun mit Dresden wenig zu tun hat außer dem gleichen Anfangsbuchstaben, die Stadt Darmstadt verleiht jährlich einen Georg-Büchner-Preis für Literatur. Dies scheint zunächst nicht sehr verwunderlich. Georg Büchner stammt aus Darmstadt und Georg Büchner ist bekannt als Autor des durchaus amüsanten Stücks »Leonce und Lena«. Er ist bekannt als Autor von »Dantons Tod«, er ist bekannt als Autor der Novelle »Lenz«, er ist bekannt als Autor des Fragments »Woyzeck«. Er ist aber auch bekannt als Autor des »Hessischen Landboten«. Des »Hessischen Landboten«, in dem er vor Marx schon mit wissenschaftlicher Methode die Verelendung der Massen beweist und daraus eine Schlußfolgerung zieht, nämlich nicht die Schlußfolgerung »Proletarier aller Länder vereinigt euch!«, sondern die Schlußfolgerung »Friede den Hütten! Krieg den Palästen!« Nun wird die Sache doch etwas verwunderlich, daß die Stadt Darmstadt einem solchen Sohn einen Literaturpreis widmet oder den Namen des Literaturpreises gibt. Denn die Losung »Proletarier aller Länder vereinigt euch!«, vielleicht nach wie vor als Hauptlosung der PDS genommen, würde dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik höchstens ein müdes Lächeln abringen. Würden wir uns aber programmatisch, explizit und aufgeschrieben zu »Friede den Hütten; Krieg den Palästen!« bekennen,

dann wären nicht nur Teile der PDS und nicht nur in 13 Bundesländern, sondern die ganze PDS in allen Bundesländern natürlich Objekt der Begierde dieses Verfassungsschutzes. Und möglicherweise wäre die PDS dann auch sehr schnell Objekt eines Verbotsantrages.

Georg Büchner war einer der ersten Terroristen der modernen Geschichte. Er hat bekanntlich in Frankfurt eine Polizeistation überfallen, um sich für den Partisanenkampf zu bewaffnen. Die Sache mißglückte, sein Freund wurde verhaftet. Georg Büchner konnte durch das Fenster im Hinterraum flüchten und nach Straßburg gelangen. Er war dann Professor in Zürich. Leider Gottes ist er mit 24 Jahren an Typhus gestorben. Hier ist schon die Frage, was ist Geschichte, was wäre vielleicht Geschichte geworden, wenn Georg Büchner länger gelebt hätte. Die Frage ist, was ist Geschichte, wenn der erste Terrorist bürgerlicher Gesellschaft am Ende der Namensgeber eines ehrenwerten Literaturpreises ist. Und Georg Büchner selbst steht hier unter dem Aspekt dieser Konferenz zur Disposition. Wer »Dantons Tod« kennt, weiß, es ist das Drama des sich gegen den Lauf der Geschichte auflehrenden Individuums, das aber gnadenlos und zwangsläufig von der Geschichte überholt wird. Es steht in diesem Drama zum ersten Mal der Satz: »Die Revolution frißt ihre Kinder.« Dies ist eine gnadenlose These, die Büchner aufstellt. Und auf der anderen Seite versucht er, durch individuellen Terror den Gang der Geschichte zu verändern.

Geschichte ist also ein merkwürdig Ding. Ich habe es versucht, am Beispiel Büchners kurz anzudeuten. Im übrigen, um der Merkwürdigkeiten noch mehr hier vorzubringen: Der diesjährige Träger des Büchnerpreises wird Volker Braun sein. Es ist also legitim zu fragen, was treibt Geschichte voran, und es ist legitim zu fragen, was kann ungeschehene Geschichte gewesen sein, um den weiteren Verlauf der Geschichte möglicherweise anders und kompetenter voranzutreiben. Ich bin deshalb sehr froh, daß genau hier, in diesem Raum, versucht wird, immer wieder auch Alternativen gegeneinander zu stellen. Alternativen, die durchaus Einfluß haben auf den Gang der Entwicklung dieser Gesellschaft, wenn auch nur in kleinsten Schritten. Es ist nicht immer so, daß in diesem Hohen Hause Geschichte gemacht wird, aber ganz ohne Verantwortung für die Geschichte ist dieses Haus denn dann doch auch nicht. Und erst gestern war dies ja auch Anlaß, nach zehn Jahren Bestand gehörig hier zu feiern. Ich erwarte von dieser Konferenz auch Impulse für die Arbeit der PDS in Sachsen und für die Arbeit der Fraktion im Sächsischen Landtag. Ich erwarte keine Patentlösungen. Dafür ist eben Geschichte für mich ein zu merkwürdig Ding. Aber ich erwarte doch Impulse des Nachdenkens, Impulse der Analyse metho-

den und Impulse damit für unsere praktische Arbeit im Gang der Geschichte. Dazu begrüße ich Sie hier im Namen der Fraktion ganz, ganz herzlich und freue mich auf die nächsten Stunden dieser Konferenz.





MONIKA RUNGE

## Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Vereinsfreunde und -freundinnen,  
verehrte Gäste,  
liebe Genossinnen und Genossen,  
ich möchte Sie im Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung ebenfalls recht herzlich in diesem Hause begrüßen.

Schon ein Blick auf das Thema der heutigen Veranstaltung verrät, daß sich diese Veranstaltung von den Jubelfeierlichkeiten anlässlich der 10 Jahre Vereinigungsprozeß abhebt, die bereits stattgefunden haben. Geht es doch darum zu zeigen, daß geschichtliche Entwicklung im Zusammenhang mit dem Vereinigungsvorgang beider deutschen Staaten kein linear kausal determinierter Prozeß war und ist. Geschichtliche Umbrüche eröffnen stets alternative Handlungsmöglichkeiten. Manche mögen sagen, es sei heute nach zehnjähriger Transformation Ostdeutschlands überflüssig, darüber zu streiten, welche Handlungsalternativen es damals gab und heute gibt. Das sehe ich anders. Können doch aus solchen Überlegungen durchaus auch verspätet Handlungsoptionen ins Blickfeld geraten, die bisher verborgen blieben. Denn geschichtliche Entwicklung als Ausgangspunkt einer solchen tiefgreifenden Umwälzung, wie der von 1989/90 in ganz Osteuropa aus perspektivischer Sicht mit dem tatsächlich abgelaufenen Prozeß in retrospektiver Sicht zu konfrontieren, das ist nicht nur legitim, sondern zwingend für eine kritische Bestandsaufnahme, um nicht in ideologische Rechtfertigung des abgelaufenen Prozesses zu verfallen. Genau das aber war für meine Begriffe der Mangel der offiziellen Feierlichkeiten zum 3. Oktober.

Die Kernbotschaft lautete: Es gab zu den politischen Entscheidungen und zum abgelaufenen Prozeß keine Alternative. Im wissenschaftlichen Diskurs hingegen lautet eine der Kernthesen zum Vereinigungsprozeß: »Die staatliche Einheit ist weitgehend hergestellt, aber es existieren dennoch zwei verschiedene Teilgesellschaften weiter«. Auch der staatliche Vereinigungsprozeß ist aus meiner Sicht solange nicht abgeschlossen, wie in Ost-

deutschland weiterhin Übergangsrecht gilt. Das betrifft Teile des Rentenrechts, des Bergbaurechtes, des Atomrechtes, des Energierechtes, des Tarifrechtes, ja sogar das Verfassungsrecht. Die Weiterexistenz von kulturell verschiedenen Teilgesellschaften ist für die wissenschaftliche Forschung spannend. Soziologische Untersuchungen werden auf folgendes Wertespektrum bezogen: auf die sozialpsychische Verfaßtheit und die Verhaltensweisen von Menschen, auf Redegewohnheiten und auf Selbstdarstellungsvermögen, auf Risikobereitschaft, Autoritätshörigkeit, Konsum- und Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Um mit Fontane zu sprechen, eine weites Feld für soziologische Untersuchungen. Während konservative Politiker auf generationsbedingte Anpassung der Ostdeutschen hoffen, sind wir der Meinung, daß gerade das Aufeinandertreffen dieser verschiedenen Soziokulturen auf spannende Art und Weise etwas Neues kreieren könnte. Freilich ist dieser Weg weitgehend durch den konsequenten Elitenaustausch an Hochschulen, Universitäten und in anderen Führungspositionen Ostdeutschlands beschnitten worden.

Gregor Gysi brachte diesen Aspekt scherzhaft auf den Punkt. Erst wenn ein waschechter Sachse Staatssekretär in einem bayrischen Ministerium ist, dann können wir von Wiedervereinigung sprechen. Dennoch sollten wir uns als Förderer des Kommunikationsprozesses zwischen Ost und West engagieren. Genau das geschieht im öffentlichen Raum viel zu wenig. Gegenseitiges Verstehen, gegenseitige Akzeptanz verschiedener Biographien und vor allem Chancengleichheit für Ostdeutsche sind nun einmal unverzichtbare Voraussetzungen für das Gelingen des Vereinigungsprozesses.

Mit der heutigen Veranstaltung der Landtagsfraktion gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wollen wir nicht nur kritisch Bestand aufnehmen, sondern vor allem auch über Perspektiven des Vereinigungsprozesses diskutieren.

WILFRIED LOTH

## Möglichkeiten und Zwänge im Vereinigungsprozeß

»Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst.« Dieser Satz von Rosa Luxemburg, 1913 in einem Gedenkartikel auf Karl Marx in der »Leipziger Volkszeitung« formuliert,<sup>1</sup> paßt wie kein anderer auf die Geschichte der deutschen Vereinigung im Jahr 1990, und wenn wir heute versuchen, ein objektives Bild jener unerhörten Begebenheit zu gewinnen, jenseits von öder Rechthaberei und peinlicher parteipolitischer Instrumentalisierung, wie wir sie in den vergangenen Wochen zu deren 10. Jahrestag bis zum Überdruß erlebt haben, dann tun wir gut daran, mit diesem Satz zu beginnen. Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken – es gibt Zwänge, Entwicklungen, denen man sich stellen muß, wenn man die Dinge beeinflussen will; aber man kann sie beeinflussen, und was als Ergebnis eines Entscheidungsprozesses herauskommt, ist zu einem guten Teil die Folge solcher Einflußnahmen. Wie also waren die Zwänge beschaffen, vor denen die Entscheidungsträger 1989/90 standen, so lautet die Frage, welche Alternativen gab es, und wer hat überhaupt entschieden?

### *Demokratisierung und Führungskrise*

Ein erster wesentlicher Schritt in dem Prozeß, der zur deutschen Einheit geführt hat, war mit dem 9. Oktober 1989 erreicht – ich meine die Leipziger Montagsdemonstration mit den 70.000 Teilnehmern, die ohne den befürchteten Eingriff der Sicherheitskräfte blieb. Daß die Sicherheitskräfte nicht eingriffen, war zunächst dem Appell der besonnenen Kräfte vor Ort zu verdanken und dann und vor allem der Tatsache, daß es in der Berliner Zentrale niemanden gab, der bereit gewesen wäre, die Verantwortung für

---

1 Hier zitiert nach »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst«. Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW. Hrsg. von Lutz Niethammer u. a. Berlin, Bonn 1984. S. 11.

einen solchen Eingriff zu übernehmen. Danach begriffen die Menschen, daß sie keine Angst mehr zu haben brauchten; und diese Befreiung von der Angst setzte ungeheure Energien frei, die *Kosten* für eine Niederschlagung der Volksbewegung stiegen ins Unermeßliche. Man kann daher im Nachhinein sagen (obwohl die Zeitgenossen das noch nicht genau sehen konnten), daß mit dem 9. Oktober 1989 die Diktatur in der DDR zu Ende ging.<sup>2</sup> Von da an stand die Demokratisierung der DDR auf der Tagesordnung, die Machthaber konnten nur noch mit letzter Anstrengung der Entwicklung der Volksbewegung folgen und kamen dabei regelmäßig zu spät; und die Demokratie ist dann ja auch zügig verwirklicht worden. Wichtige Etappen in diesem Prozeß waren die Einrichtung des zentralen »Runden Tisches« am 7. Dezember und dann die Vereinbarung vom 28. Januar 1990, mit der die Vertreter der Oppositionsgruppen in die Regierung Modrow eintraten und der Termin für Neuwahlen der Volkskammer auf den 18. März vorgezogen wurde.

Unterdessen stand freilich schon nicht mehr die Demokratisierung der DDR auf der Tagesordnung, sondern die deutsche Einheit und damit das Ende der DDR. »Die Geduld der Massen ist erschöpft,« hielt der Ostberliner Soziologe Heinz Kallabis in diesen Tagen, also Ende Januar 1990, in seinem Tagebuch fest. »Sie wollen keine neuen sozialen Experimente mehr. Sie wollen den Lebensstandard wie ihre Brüder und Schwestern in der BRD. Sie wollen das heute und nicht erst morgen. Sie wollen nicht allein die ›Karre aus dem Dreck ziehen‹.«<sup>3</sup> Der sowjetische KGB-Chef berichtete am 26. Januar in einer Besprechung der wichtigsten Moskauer Entscheidungsträger, »daß die SED ›als solche‹ bereits nicht mehr existiere und die staatlichen Strukturen der DDR sich auflösen würden.« In der anschließenden, insgesamt vierstündigen Diskussion »sind wir zu dem Ergebnis gekommen,« so Gorbatschows Erinnerung, »daß eine Situation heranreift, die zur Wiedervereinigung führt.«<sup>4</sup>

- 
- 2 Besonders präzise in der Analyse ist Detlef Pollack: Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien. In: Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Hrsg. von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow. Göttingen 1999. S. 41–81.
  - 3 Heinz Kallabis: Ade, DDR! Tagebuchblätter. 7. Okt. 1989 bis 8. Mai 1990. Berlin 1990. S. 132f.
  - 4 Anatolij Tschernjajew: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen. Stuttgart 1993. S. 296f. – Gorbatschow und die deutsche Einheit. Hrsg. von Eckehard Kuhn. Bonn 1993. S. 102.

Zwei Erfahrungen waren für diese Entwicklung in erster Linie verantwortlich: Zum einen der Eindruck, den die Anschauung des real existierenden Kapitalismus auf die DDR-Bürger machte. Zehn Millionen DDR-Bürger reisten in den Wochen nach der Maueröffnung in den Westen, die überwiegende Mehrheit zum ersten Mal und viele mehr als einmal, und was sie sahen, verursachte sowohl starkes Begehren als auch das Gefühl, den westlichen Lebensstandard wohl kaum aus eigener Kraft erreichen zu können, jedenfalls nicht so schnell.

Zum anderen machte »Glasnost« in der DDR mit einem Mal deutlich, daß die wirtschaftlichen Probleme der DDR wesentlich gravierender waren, als man bislang angenommen hatte. Als sich der RGW entschied, zu harter Währung überzugehen, befand sich die Planwirtschaft mit 20,6 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden am Rande des Bankrotts, und dies wurde nun offenkundig. Gleichzeitig diskreditierten die fortwährenden Enthüllungen über Machenschaften der Staatssicherheit und den Lebenswandel der Spitzenfunktionäre die bisherigen Machthaber auch moralisch, während das Erscheinungsbild der Sprecher der Dissidentengruppen notwendigerweise diffus blieb und ernsthafte Reformer in der SED/PDS ebenso notwendigerweise zwischen alle Stühle gerieten.

Helmut Kohl hat diesen Prozeß beschleunigt, aber nicht ausgelöst; und er ist von der Entwicklung der Stimmung in der Bevölkerung der DDR auch dazu getrieben worden, weiter zu gehen, als er ursprünglich im Sinn hatte. Der Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989, mit dem der deutsche Bundeskanzler seinen Koalitionspartner ebenso überraschte wie seine westlichen Verbündeten und seinen bisherigen Sicherheitspartner in Moskau, beschrieb die deutsche Einheit, daran muß man heute erinnern, immer noch als eine ziemlich ferne Vision: »Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird,« so Kohl am 28. November im Deutschen Bundestag, »das weiß heute niemand.« Einigermaßen konkret anvisiert wurden mit dem Zehn-Punkte-Plan nur »konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland«, das hieß weitere Vereinbarungen zwischen DDR und BRD und gemeinsame Institutionen, allerdings, so hieß es in bewußt nebulöser Formulierung, »mit dem Ziel, eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen.«<sup>5</sup> Wenn man Horst Teltschik glauben darf, Kohls außenpolitischem Berater und dem

---

5 Dokumentation Deutschland 1989. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1989. V. S. 1ff.

eigentlichen Autor des Zehn-Punkte-Plans, ging der Bundeskanzler zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß es wohl noch zehn bis fünfzehn Jahre dauern würde, bis dieses Ziel erreicht sein könnte.

Freilich: Mit dem Zehn-Punkte-Plan ging Kohl zu einer operativen Wiedervereinigungspolitik über. Als Ziel der Vertragsgemeinschaft wurde ausdrücklich die Wiedervereinigung genannt, und in ihrer Ausgestaltung machte der Bundeskanzler weitere Unterstützung der DDR ausdrücklich von einem »grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems« abhängig, worunter er nicht nur die »Brechung des SED-Machtmonopols«, sondern auch die »Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen« verstand.<sup>6</sup> Die Bundesrepublik arbeitete damit durch ihr *ökonomisches* Gewicht auf die Wiedervereinigung hin (und nicht nur, wie bislang, auf die sogenannten »menschlichen Erleichterungen«, die Aufrechterhaltung der Verbindungen und die Liberalisierung des SED-Regimes), und Kohl bot sich den DDR-Bürgern als ein Führer in den Wirren des Umbruchs an.

Ironischerweise ist diese Aktion durch ein Manöver des damaligen sowjetischen ZK-Sekretärs für internationale Beziehungen, Valentin Falin, ausgelöst worden, mit dem das, wozu sie letztlich führte, nämlich die Wiedervereinigung im Rahmen der NATO, gerade verhindert werden sollte. Falin war wie die meisten ausländischen Beobachter sensibler für die Möglichkeiten zur Reaktivierung der deutschen Frage, die in der Situation nach dem 9. November 1989 steckten, als die Deutschen selbst dies waren; und so schickte er, um rechtzeitig Bedingungen für die Wiedervereinigung festzuklopfen, mit denen die Sowjetunion leben konnte, am 21. November Nikolai Portugalow zu Teltschik mit der dubiosen Botschaft, daß man in Moskau »über alles Mögliche, sogar quasi Undenkbare« nachdenke, und zugleich mit der Frage, wie es die Bundesrepublik denn mit der Neutralität eines wiedervereinigten Deutschlands halten würde.<sup>7</sup> Falin, der hier eigenmächtig handelte und sich nicht etwa mit Gorbatschow abgestimmt hatte, ging offensichtlich davon aus, daß die Neutralität ein Preis *sei*, den die Deutschen im Westen für die Wiedervereinigung zu zahlen bereit sein würden, jedenfalls dann, wenn man ihnen diese Möglichkeit rechtzeitig eröffnete. In Bonn nahm man freilich nur wahr, daß die Dinge in Bewegung geraten waren. Teltschik berichtet immer wieder, daß Portugalows Eröff-

---

6 Ebenda.

7 Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991. S. 42ff.

nung ihn »elektrisiert« habe, und daß der Bundeskanzler ihn daraufhin beauftragt habe, »etwas« daraus zu machen.

Dabei war Kohls Motivation, wie Teltschik freimütig einräumt, zu einem guten Teil innenpolitisch bestimmt: Es galt, etwas zu unternehmen, um aus dem permanenten Stimmungstief herauszukommen, in dem sich der amtierende Bundeskanzler befand; und es galt auch, einem möglichen deutschlandpolitischen Profilierungsversuch von Hans-Dietrich Genscher oder von Willy Brandt zuvorzukommen. Wer erlebt hat, wie Brandt und Kohl am 10. November 1989 auf der Treppe des Schöneberger Rathauses miteinander um die Inkarnation der deutschen Zukunftshoffnungen rivalisierten, wird diese Befürchtungen nachvollziehen können. Bezeichnend ist auch, daß sich Kohl Anfang Februar 1990 im Gespräch mit Gorbatschow darüber beklagte, Brandt »ziehe jetzt wie ein alter Bischof oder Metropolit durch die DDR, mit segnender Hand und als Ehrenvorsitzender der SPD«,<sup>8</sup> während Kurt Biedenkopf in seinem jetzt veröffentlichten Tagebuch am 7. März 1990 notierte: »Die Art, wie Kohl auftritt, erinnert viele an das Auftreten Wilhelms II. vor dem Ersten Weltkrieg.«<sup>9</sup>

Insofern relativiert sich die Rolle Kohls im Prozeß der deutschen Vereinigung: Wenn er sie nicht wahrgenommen hätte, hätte sie mit großer Wahrscheinlichkeit ein anderer gespielt; und es ist schlicht ein Stück politischer Erfolgsgeschichte, daß er sie wahrgenommen und damit seine Kanzlerschaft für, wie wir heute wissen, lange Zeit gesichert hat. Die deutsche Einheit, soviel kann man als Ergebnis der Analyse bis hierhin festhalten, wäre 1990 auch ohne Helmut Kohl gekommen; aber daß sie so gekommen ist, in der Form, wie wir sie erlebt haben, das hat nun entscheidend mit der operativen Politik des amtierenden Bundeskanzlers zu tun.

Kohl selbst ist, wie ich angedeutet habe, von der Entwicklung, die er beschleunigen half, überrannt worden. Im Gespräch mit Hans Modrow am 19. Dezember 1989 in Dresden fand er sich zu wesentlichen Zusicherungen über engere Bindungen bereit, die eine weitere Existenz der DDR voraussetzte. Als die Menge vor der Ruine der Frauenkirche ihm dann aber zurief: »Helmut, Helmut, wir brauchen Dich«, da ließ er es zu, als Anwalt und Führer einer raschen Vereinigung interpretiert zu werden. Am 12. Januar sprach er öffentlich von der Notwendigkeit, der DDR-Bevölkerung

---

8 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. München 1998. Bearbeitet von Hans Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. Dokumente zur Deutschlandpolitik. S. 801.

9 Kurt Biedenkopf: Ein deutsches Tagebuch 1989–1990. Berlin 2000. S. 135.



»eine Perspektive zu geben«; und drei Tage später begann er, sich von dem Konzept der »Vertragsgemeinschaft« zu distanzieren: Der Vertragsentwurf, den der Arbeitsstab »Deutschlandpolitik« im Bundeskanzleramt hierzu ausgearbeitet hatte, wurde gestoppt;<sup>10</sup> Kohl wollte, wenn überhaupt, dann nur noch mit der frei gewählten Regierung nach den Volkskammerwahlen am 18. März über die Vertragsgemeinschaft verhandeln, nicht mehr mit der Modrow-Regierung.

### *Ein Kampf um Deutschland*

Mit dieser Entscheidung begann gleichzeitig der Machtkampf um die Art der Vereinigung, um die Gestalt und die internationale Position des vereinten Deutschlands, und darin eingeschlossen war nun auch Kohls Kampf um den eigenen Machterhalt, der, das darf man nicht übersehen, zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs entschieden war. Wichtigster Gegenspieler war dabei zunächst Hans Modrow, der sich Ende Januar entschloß, mit einem Plan zur stufenweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten an die Öffentlichkeit zu gehen, und sich dann von Gorbatschow am 30. Januar dazu bestimmen ließ, ihn um die Forderung zu ergänzen, daß die Bundesrepublik aus der NATO austreten müsse und das vereinte Deutschland neutral zu sein habe.

Modrows Vorschlag, am 1. Februar unter der Überschrift »Deutschland, einig Vaterland« vorgetragen, trieb nun wiederum Kohl zu einer weiteren Beschleunigung der Entwicklung. Aus dem Umstand, daß Modrow seinen Vorschlag nach einem Besuch bei Gorbatschow vorgetragen hatte, zog *er* den Schluß, daß, so Teltschik, »die staatliche Einheit noch schneller kommen kann, als wir alle bisher angenommen hatten«;<sup>11</sup> dies durchaus zutreffend, denn in Moskau hatte man am 26. Januar begonnen, Vorkehrungen für eine Sicherung sowjetischer Interessen bei der offensichtlich unvermeidlich gewordenen Wiedervereinigung zu treffen, d. h. man hatte die DDR als eigenständigen Staat faktisch aufgegeben.<sup>12</sup> Gleichzeitig sah

---

10 Siehe Wolfgang Jäger: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90. Stuttgart 1998. S. 92.

11 Interview vom 3.2.1990. Bundespresseamt Dokumentation 1990.

12 Siehe Wilfried Loth: Die Sowjetunion und das Ende der DDR. In: Weg in den Untergang. Hrsg. von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow. Göttingen 1999. S. 119–152.

sich Kohl dem Vorwurf der Untätigkeit ausgesetzt, er fürchtete abermals, daß politische Rivalen ihm zuvorkommen würden, und er fürchtete auch, daß die Forderung nach Neutralität des vereinten Deutschlands durchaus auf Resonanz stoßen könnte. Eine Vereinigung um den Preis eines amerikanischen Rückzugs aus Europa aber, die zudem zu einer strukturellen Dominanz der vereinten Linken aus West und Ost zu führen drohte, das war für ihn eine Horrorvision, die es, darin war er nun wirklich der Erbe Adenauers, mit allen Mitteln zu verhindern galt.

Das Mittel, zu dem er griff, hatte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier schon am 19. Januar vorgeschlagen; und als er es am 6. Februar der überraschten CDU/CSU-Fraktion präsentierte, kam er in letzter Minute einer gleichartigen Initiative seines Parteirivalen Lothar Späth zuvor: es war der Vorschlag einer DM-Währungsunion, die innerhalb eines halben Jahres realisiert werden sollte.

Die rasche Währungsunion traf die Stimmung in der DDR-Bevölkerung in geradezu optimaler Weise: Möglichst umgehende Teilhabe an der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, das war es, was die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung jetzt aus nur zu verständlichen Gründen wollte, und mit dem Beitritt zum Währungsgebiet dieser Wohlstandsgesellschaft schien diese Teilhabe möglich zu werden; darum wurde er auch in Meinungsumfragen, die man in Bonn kannte, mehr als alles andere gewünscht. Wer über etwas ökonomischen Sachverstand verfügte, mußte sich freilich sagen, daß ein solcher Beitritt die Exportmärkte der DDR vernichtete und über eine rasche Angleichung des Lohnniveaus an westdeutsche Verhältnisse die ohnehin geringe Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Betriebe ins Bodenlose stürzen ließ, mit verheerenden Folgen für den Arbeitsmarkt und die Wertschöpfung im Beitrittsgebiet. Der wirtschaftliche Sachverständigenrat, der sogenannte »Rat der fünf Weisen«, hat denn auch in einem beschwörenden Brief an die Kohl-Regierung am 9. Februar vor den Folgen einer Währungsunion gewarnt und statt dessen umfassende Wirtschaftsreformen, verbunden mit massiver finanzieller Unterstützung aus der Bundesrepublik, angemahnt. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl und nahezu alle anderen Experten äußerten sich in der gleichen Weise.

---

(Fortsetzung Fußnote 12)

hier S. 137f. – Allgemein zu Gorbatschows Deutschlandpolitik 1989/90 siehe auch: Wilfried Loth: Erfolg im Scheitern. Michail Gorbatschow, die deutsche Einheit und das neue Europa. In: Kulturwissenschaftliches Institut. Jahrbuch 1999/2000. Essen 2000. S. 21–36.

Daß Kohl den Rat der Experten in den Wind schlug und statt dessen populistisch die Stimmung in der DDR-Bevölkerung bediente, ist mit allerlei Rechtfertigungen kaschiert worden. Zunächst hieß es, schon in Kohls Erklärung vor der CDU/CSU-Fraktion, anders als mit der sofortigen Währungsunion sei der Strom der Übersiedler von Ost- nach Westdeutschland nicht zu stoppen. Nach dem Augustputsch von 1991 wurde argumentiert, Kohl habe die Gelegenheit zur Einheit ergreifen müssen, die sich ihm mit Gorbatschow bot; er habe nicht wissen können, wie lange sich der Reformier an der Spitze der Sowjetunion noch würde halten können. Und mit dem Abstand von einigen Jahren konnte man lesen, etwa in Dieter Grossers Beitrag zur halboffiziellen »Geschichte der deutschen Einheit« von 1998, bei einem Festhalten an getrennten Währungsgebieten seien niemals finanzielle Transferleistungen von West nach Ost in der Höhe möglich gewesen, wie sie dann erfolgt sind.<sup>13</sup>

Nun sind die Argumente zwei und drei deutlich nachgeschobener Natur; es ist nicht nachweisbar, daß sie bei der Entscheidung vom Februar 1990 eine Rolle gespielt hätten. Und für alle drei gilt, daß sie ernsthafter Kritik nicht standhalten können. Als Zeichen für die Bereitschaft zu helfen, war die Währungsunion nicht ohne Alternative: Ein vertraglich abgesichertes substantielles Sanierungsprogramm für die DDR-Wirtschaft hätte den gleichen stabilisierenden Effekt haben können; und es ist überhaupt nicht einzusehen, daß Transferleistungen nicht auch im Rahmen eines solchen Programms hätten organisiert werden können. Sie hätten nur vermutlich nicht so hoch ausfallen müssen. Ebenso wenig ist zu sehen, wie erfolgreiche Gorbatschow-Gegner vom Schlag der August-Putschisten das Rad der Geschichte noch einmal hätten zurückdrehen können, indem sie einen international ausgehandelten Vertrag über eine stufenweise Vereinigung mit Gewalt zerschlugen. Insofern bleibt eine stufenweise Wiedervereinigung nach dem Muster des Saarlandes, wo man die wirtschaftliche Vereinigung bekanntlich erst zweieinhalb Jahre nach der politischen vollzogen hatte und vier Jahre nach dem Bevölkerungsvotum vom Oktober 1955, auch im nachhinein eine denkbare Alternative – und wie ich mit Blick auf die Schockeffekte der Blitzvereinigung meine: die bessere.

Daß sie nicht zum Zuge kam, ist zu einem Teil auch darauf zurückzuführen, daß sich die Gegner der Währungsunion nicht in genügendem

---

13 Siehe Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Stuttgart 1998. S. 496–504.

Maß den Realitäten stellten. Die Bürgerrechtsgruppen hingen ihren Träumen von einem Dritten Weg und moralischer Erneuerung nach, ohne den Menschen sagen zu können, wie der Wohlstand westlichen Zuschnitts denn erreicht werden könnte. Oskar Lafontaines Warnungen vor den Kosten der Währungsunion wurden als Verweigerung gesamtdeutscher Solidarität verstanden, ebenso die kategorisch vorgetragene Lehrmeinung der Ökonomen, eine Währungsunion sei erst nach der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse möglich, und die Abscheu vor dem DM-Nationalismus, die Jürgen Habermas und viele andere Repräsentanten der Linken zu erkennen gaben. Wer für eine Vereinigung nach Artikel 146 des Grundgesetzes plädierte, also Vereinigung durch Schaffung einer neuen Verfassung, tat dies in der Regel, ohne sich verbindlich über Zeitpläne und Transferleistungen zu äußern.

Diese Versäumnisse trugen dazu bei, daß die Volkskammerwahlen vom 18. März so ausgingen, wie es niemand erwartet hatte: mit einem dramatischen Sieg der »Allianz für Deutschland«, einem Plebiszit für Helmut Kohl und die rasche Einheit durch Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Für Kohl bedeutete dieser Wahlausgang den entscheidenden Durchbruch: Der von ihm vorgeschlagene Weg zur Einheit war politisch legitimiert; das versetzte ihn in die Lage, ihn nach innen wie nach außen durchzusetzen; und um seine Wiederwahl im kommenden Dezember brauchte er sich keine großen Gedanken mehr zu machen, um innerparteiliche Rivalen schon gar nicht mehr. Als Kanzler der Einheit hatte er endlich zu einer historischen Rolle gefunden.

### *Gorbatschow und die NATO-Lösung*

Nach dem Sieg der »Allianz für Deutschland« in den Volkskammerwahlen waren nicht nur die rasche Währungsunion und die ebenso rasche staatliche Vereinigung unausweichlich, sondern auch der Verbleib des vereinten Deutschlands in der NATO oder anders gesagt, der Wechsel der DDR vom Warschauer Pakt in die westliche Allianz. Daß Gorbatschow eine solche dramatische Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse zunächst zu verhindern suchte, ist gewiß verständlich: er mußte diesen Versuch allein schon im Interesse am Erhalt der eigenen Machtstellung unternehmen. Er war ursprünglich auch gar nicht so aussichtslos, wie es ihm nachhinein erscheinen mag: Sowohl in der amerikanischen Führung als auch und vor allem im westlichen Deutschland war die Sorge verbreitet,

daß man Gorbatschow nicht über Gebühr strapazieren dürfe; und es gab auch ein genuines Interesse daran, mit der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa voranzukommen. Die Konfrontation der beiden Militärböcke konnte den sicherheitspolitischen Ansprüchen um so weniger genügen, als unterdessen ja die Auflösung des sowjetischen Gegenmodells zur westlichen Gesellschaftsordnung in vollem Gange war.

Vermutlich war Gorbatschow ziemlich schnell klar, daß die Lösung, die er anstrebte, angesichts der ebenso einseitigen wie dramatischen Erosion des sowjetischen Blocks nicht in der Neutralisierung Deutschlands zwischen den Blöcken bestehen konnte, wie er sie zunächst hatte fordern lassen. Mit großem Interesse hörte er, daß Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 31. Januar in einer Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing öffentlich vorschlug, die NATO in Friedenszeiten nicht militärisch auf das vormalige Gebiet der DDR auszudehnen und während einer längeren Übergangsperiode auch keine deutschen NATO-Truppen dorthin zu verlegen. Als James Baker diese Idee aufgriff und bei einem Besuch in Moskau am 9. Februar etwas verklausuliert anbot, auf eine Ausdehnung der »NATO-Jurisdiktion für die Streitkräfte der NATO« auf die bisherige DDR zu verzichten, da zeigte sich Gorbatschow sehr interessiert: »Was Sie mir da über Ihre Herangehensweise und Ihre Präferenzen gesagt haben, ist sehr realistisch. Lassen Sie uns also darüber nachdenken.«<sup>14</sup>

Freilich kam die Idee einer Selbstbeschränkung der NATO bei gleichzeitiger Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen nicht recht voran. NATO-Generalsekretär Manfred Wörner machte sogleich dagegen Front, und George Bush ließ sich davon soweit beeindruckten, daß er das Angebot am 11. Februar auf einen nicht näher definierten »besonderen militärischen Status« des Territoriums der vormaligen DDR innerhalb der NATO reduzierte. Dieser Formel stimmte auch Kohl zu; und nach der Volkskammerwahl fügte er hinzu, daß das DDR-Gebiet nicht entmilitarisiert werden dürfe. Truppen der Bundeswehr sollten auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert *und die Wehrpflicht sollte ebenfalls auf dieses Gebiet ausgedehnt werden*. Genscher, der die Prioritäten nach wie vor anders setzen wollte, mußte sich bei der Festlegung der bundesdeutschen Verhandlungsposition für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 2. April notgedrungen anpassen.

---

14 Philip Zelikow/Condoleeza Rice: *Germany Unified and Europe Transformed*. Cambridge 1995. S. 184.

Damit waren, wie gesagt, die Weichen für die volle NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands gestellt. Gorbatschow hoffte zwar noch, wie er im nachhinein gestand, seine Position mit Hilfe der anderen europäischen Länder durchsetzen zu können; entsprechend gerieten die internationalen Verhandlungen über die Wiedervereinigung, die am 9. und 10. Februar vereinbart worden waren, alsbald ins Stocken. Als aber der tschechoslowakische Außenminister Jiří Dienstbier Mitte Mai für eine vorläufige Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO plädierte, wenig später auch Polens Premier Tadeusz Mazowiecki und Ungarns Außenminister Gyula Horn, da ahnte er, daß er auf verlorenem Posten stand. Und als ihm dann auch noch Frankreichs Präsident François Mitterrand erklärte, bei seinem Besuch in Moskau am 25. Mai, er sehe leider nicht mehr, wie man die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands noch verhindern könnte, wurde ihm vollends klar, daß er die Flucht nach vorn anzutreten hatte.<sup>15</sup> Das hieß: Zustimmung zur freien Bündniswahl des vereinten Deutschlands gegen ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Unterstützung und Stärkung des KSZE-Prozesses.

Intern wurde Gorbatschows Einlenken zum ersten Mal am 31. Mai sichtbar, als er im Gespräch mit George Bush in Washington die Kritik seines Gastgebers zurückwies, er meine es mit der propagierten »Freiheit der Wahl« zumindest hinsichtlich der Deutschen nicht ernst. Nach außen wurde die Kehrtwende aber zunächst einmal verborgen – einmal, um sich gegen die zu erwartende Kritik in den eigenen Reihen abzusichern (hier spielte der Termin des KPdSU-Parteitags in der ersten Julihälfte eine Rolle), und dann, um sich Kohl als Fürsprecher der Wirtschaftshilfe wie der sicherheitspolitischen Umgestaltung soweit als möglich zu verpflichten. Als Kohl am 15. Juli, unmittelbar nach der Beendigung des Parteitags, zur nächsten Verhandlungsrunde in Moskau eintraf, wußte er nicht, daß sich Gorbatschow längst zu den entscheidenden Zugeständnissen durchgerungen hatte. Um so größer war nicht nur seine Überraschung, sondern auch der Prestigegewinn, den Gorbatschow ihm mit dem Verhandlungsergebnis verschaffte – mit voller Absicht, wie noch einmal betont werden muß.<sup>16</sup>

---

15 Siehe die Schilderung der Begegnung bei Michail Gorbatschow: Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung. Berlin 1999. S. 135f.

16 Siehe ebenda. S. 138. – Zum Ablauf der Verhandlungen siehe Wilfried Loth: Die Sowjetunion und das Ende der DDR. In: Weg in den Untergang. Hrsg. von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow. S. 141–144. – Wilfried Loth: Erfolg im Scheitern. In: Kulturwissenschaftliches Institut. Jahrbuch 1999/2000. Essen 2000. S. 30–35.

Kohl hat den Erfolg von Archys – und nach außen hin war das auch ein eindrucksvoller Erfolg – also nicht dem Charme seiner Strickjacke zu verdanken oder einem besonderen Verhandlungsgeschick.<sup>17</sup> Er profitierte schlicht davon, daß zum einen die amerikanische Führung hinter ihm stand und zum anderen das Volk der DDR oder jedenfalls seine erkennbare Mehrheit. Gegen den Willen des Volkes aber war in jenen Hochzeiten des Selbstbestimmungsrechts nichts auszurichten – weder von den Westdeutschen, denen das westdeutsche Hemd zumeist näher war als der gesamtdeutsche Rock, noch von den europäischen Verbündeten, die mit der deutschen Einheit plötzlich wieder ein Problem auf sich zukommen sahen, das sie längst gelöst geglaubt hatten, und auch nicht von Gorbatschow, dem die Sorge um das Gelingen der Perestroika die Hände band. Mit Gewalt war gegen Freiheitsbewegungen nichts mehr auszurichten, das wußten nicht nur Gorbatschow und seine Reformer, sondern letztlich auch jene Funktionsträger der Sowjetunion, die den Abbau des alten Regimes mit Sorge verfolgten.

Dennoch hat die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Führungselite die Vereinbarungen zwischen Kohl und Gorbatschow mit Erbitterung aufgenommen. Gorbatschow, so sahen es nicht nur die »Germanisten« im Außenministerium und der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees, hatte sich, von dem Dilettanten Schewardnadse schlecht beraten, von Kohl über den Tisch ziehen lassen. Ein »Sommerschlußverkauf«, befand Falins Mitarbeiter Portugalow.<sup>18</sup> Er trug ganz wesentlich zur Isolierung Gorbatschows bei und damit letztlich auch zu seinem Sturz. »Die Tatsache,« erläuterte Alexander Bessmertnych, Schewardnades Nachfolger als Außenminister ein Jahr später, »daß er die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte, war eine der meistgehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.«<sup>19</sup> Insofern hatte Kohls Erfolg auch seinen Preis: Kohl und Bush war schließlich doch unterlaufen, was sie

---

17 In den halboffiziellen Darstellungen wird dies verständlicherweise anders geschildert: Sie datieren den »entscheidenden politischen Durchbruch im Vereinigungsprozeß« auf die Verhandlungen im Kaukasus – so etwa Werner Weidenfeld: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Stuttgart 1998.

18 Zitiert in: Gorbatschow und die deutsche Einheit. Hrsg. von Eckkehard Kuhn. Bonn 1993. S. 147.

19 Michael R. Beschloss/Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991. Düsseldorf 1993. S. 317.

ursprünglich hatten vermeiden wollen – aus Furcht vor einer Neutralisierung Deutschlands, die in Wahrheit nicht begründet war, hatten sie Gorbatschow mehr strapaziert, als mit einem geordneten Verlauf der Perestroika vereinbar war.

Freilich war nach den Voten der DDR-Deutschen und der Regierungen von Prag, Warschau und Budapest wohl kaum mehr zu erreichen, als Gorbatschow in den Verhandlungen mit Kohl durchsetzte. Der Einsatz von Markus Meckel, Außenminister der letzten, frei gewählten DDR-Regierung, für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem wurde von der eigenen Bevölkerung kaum mitgetragen und konnte so leicht übergangen werden. Angesichts des raschen Vollzugs der inneren Einheit drohte Gorbatschow bei weiterem Zuwarten in eine Situation zu geraten, in der alle Welt ein Nachgeben von ihm erwartete. Die Aussichten, sich dann noch dauerhafte Unterstützung durch die Bundesrepublik und die USA einzuhandeln, waren weitaus ungünstiger. Das Urteil seiner diplomatischen Experten war und ist ungerecht, ein Ausweis ihrer Selbsttäuschung über die verbliebenen Möglichkeiten der Sowjetmacht.

Wenn Gorbatschow Versäumnisse vorzuhalten sind, dann betreffen sie eher die Zurückhaltung bei der Entwicklung und Propagierung eines operativen Sicherheitsmodells, das der einseitigen Selbstauflösung des Warschauer Paktes Rechnung trug. Nur zögernd und in allgemeiner Form hatte er den Gedanken artikuliert, die Vereinigung Deutschlands mit der Schaffung eines neuen Sicherheitssystems zu verknüpfen, in dem die bisherigen Bündnisse aufgehen sollten. Das genügte nicht, um die Ostdeutschen zu überzeugen und die Westdeutschen gegen Bush und Kohl zu mobilisieren. Indessen stellte ein solches Sicherheitssystem allein schon konzeptionell eine außerordentlich schwierige Aufgabe dar. Angesichts der mentalen Schwierigkeiten, die die Verwalter der Moskauer Außenpolitik mit dem offenkundigen Machtverlust hatten, und der vielen sonstigen drängenden Probleme, mit denen sich Gorbatschow im Moment des Durchbruchs der Perestroika konfrontiert sah, war sie kaum zu bewältigen. So fiel der Preis, den die Sowjetführung für Jahrzehnte der Unterdrückung selbstbestimmten Denkens und Handelns zu zahlen hatte, doch höher aus, als Gorbatschow mit seinem Werben für das »Europäische Haus« im Blick gehabt hatte. Daß er ausgerechnet von jenem Politiker entrichtet werden mußte, der die Aufhebung der Unterdrückung durchsetzte, entbehrt nicht einer gewissen Tragik.



*Fehlentscheidungen*

Die strukturelle Abhängigkeit des Beitrittsgebiets von der alten Bundesrepublik, die sich aus der Entscheidung für die rasche Währungsunion ergab, wurde sodann durch zwei weitere Entscheidungen noch verstärkt: die Entscheidung zur Privatisierung der DDR-Betriebe ohne vorherige Sanierung und die Festlegung auf das Prinzip der Rückgabe vor der Entschädigung von Alteigentümern. Beide entsprachen der wirtschaftspolitischen Philosophie, die sich mit dem Wahlsieg der »Allianz für Deutschland« durchgesetzt hatte, und wurden zudem aus Scheu vor den Kosten getroffen, die bei der Verwirklichung von Alternativen auf Steuerzahler und Schuldner im Westen zukamen.

Privatisierung vor Sanierung oder ohne flankierende staatliche Sanierungsmaßnahmen führte nicht nur zu einer erdrückenden Dominanz westdeutscher Kapitalbesitzer in den neuen Bundesländern, sondern auch, was langfristig gravierender ist, zu einem beträchtlichen Deindustrialisierungsschub. Zum größeren Teil resultierte er aus der Diskrepanz zwischen dem Substanzwert der Unternehmen und ihrem aktuellen Marktwert: die optimale Nutzung ihrer Ressourcen war für das anlagebereite Kapital einfach nicht attraktiv genug; so kam es zu einem weitgehenden Ausverkauf der DDR-Unternehmen. Eine gewisse Rolle spielte wohl auch die Inkompetenz überforderter Ex-Beamter und zweitklassiger West-Manager in der Treuhandanstalt und, damit Hand in Hand gehend, die mangelnde Seriosität mancher Geschäftemacher, die mit ihren Erwerbungen nichts anzufangen wußten oder nur auf Subventionsgewinne oder die Stillegung unliebsamer Konkurrenz aus waren. Experten schätzen, daß die Treuhand höchstens 30 Prozent der Betriebe gerettet hat, die sanierungsfähig gewesen wären.<sup>20</sup> Mit dem maroden Zustand der DDR-Wirtschaft allein ist die Differenz zwischen den 600 Milliarden DM Verkaufserlös, mit denen der erste Treuhandchef, Detlev Karsten Rohwedder, gerechnet hat, und den 230 Milliarden DM Defizit, mit denen die Treuhand-Nachfolgerin BvS endete, jedenfalls nicht zu erklären. Wenn die öffentliche Hand die Summen, für die sie jetzt geradestehen muß, in den industriellen Aufbau gesteckt hätte, sähe die Bilanz gewiß anders aus.

---

20 So der Unternehmer Jens Fischer. Siehe Michael Sanga: Da kommen die Ostleute. In: »Der Spiegel«. Hamburg. Nr. 40 vom 2.10.2000. S. 82.

Rückgabe vor Entschädigung bremste den Aufschwung, weil unklare Besitzverhältnisse an Zehntausenden von Immobilien möglichen Investoren die Hände banden, und das auf Jahre hinaus, weil die Ämter und Gerichte mit der Klärung der Verhältnisse einfach nicht nachkamen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag schätzt die Höhe möglicher Investitionen, die wegen ungeklärter Vermögensfragen unterblieben, auf bis zu 200 Milliarden DM. Hinzu kommen die sozialen Kosten, die sich daraus ergaben, daß sich Einkaufszentren mangels sicherer Möglichkeiten in den Innenstädten auf der grünen Wiese angesiedelt haben.

Indessen gilt auch für diese Fehlentscheidungen, daß sie durch die Wahlen vom 18. März 1990 legitimiert waren. Charakterisierungen des Vereinigungsvorgangs als Landnahme oder Kolonisierung durch den Westen sind daher ganz verfehlt. Sie verkennen nicht nur den tatsächlichen Entscheidungsprozeß, sondern lenken auch davon ab, sich mit den Fehlern und Versäumnissen derjenigen zu beschäftigen, die Alternativen zu dem schließlich beschrittenen Weg zur Einheit im Sinn hatten. Sich über ungeschehene Geschichte Gedanken zu machen, ist nur dann produktiv, wenn man es nicht beim Klagen beläßt, sondern bereit ist, auch eigene Fehler zu erkennen. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst – das gilt auch heute, zehn Jahre nach der schnellen Einheit von 1990.



ANDRÉ HAHN

## Zur Geschichte des Parteiensystems im Freistaat Sachsen

Es sei zu Beginn darauf hingewiesen, daß es in diesem Rahmen nicht möglich ist, eine halbwegs differenzierte Wertung zur Geschichte des sächsischen Parteiensystems seit 1990 vorzunehmen. Selbst wenn nur die Gründungsdaten aller Parteien, die Namen der jeweiligen Landes- und Fraktionsvorsitzenden sowie deren Amtsdauer genannt würden, wäre bereits der zeitliche Rahmen gesprengt. Deshalb soll nur ein schlaglichtartiger Abriss gegeben und auf einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte eingegangen werden.

Wenn man die Entwicklung des Parteiensystems im Freistaat Sachsen betrachtet, dann ist zunächst zu konstatieren, daß es weitgehende Parallelen zu den anderen neuen Bundesländern gibt. Auch in Sachsen bzw. in den zuvor existierenden Bezirken Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) entstanden Ende 1989/Anfang 1990 zahlreiche neue Parteien und politische Bewegungen, nahmen die Runden Tische der unterschiedlichsten Art auf den verschiedenen Ebenen ihre Arbeit auf. Ich erinnere an die Entstehung des Neuen Forums, zu dessen Erstunterzeichnern auch Bürgerrechtler aus Sachsen gehörten. Ich erinnere an den Demokratischen Aufbruch, an die Grüne Liga, die Deutsche Soziale Union, die Forumspartei und andere Kräfte. Gruppen, wie Demokratie Jetzt und die Initiative für Frieden und Menschenrechte, die ihren Schwerpunkt in Berlin und Umgebung hatten, spielten im Gebiet des späteren Freistaates Sachsen eine eher untergeordnete Rolle. Und ich erinnere nicht zuletzt an die Gründung der SDP, also der Sozialdemokratischen Partei.

In der Folgezeit gab es Spaltungen, Auflösungen, Zusammenschlüsse und Wahlbündnisse, in die auch einige der ehemaligen Blockparteien einbezogen waren. So bildeten unter massivem westdeutschen Einfluß die CDU, der Demokratische Aufbruch und die DSU die sogenannte Allianz für Deutschland bei den letzten Volkskammerwahlen am 18. März 1990. LDPD, NDPD, FDP und die Deutsche Forumspartei verschmolzen zum Bund freier Demokraten. Neues Forum, IFM, Demokratie Jetzt schlossen sich zum Bündnis 90 zusammen und bildeten in der Volkskammer dann

eine Fraktion mit den Grünen. Im Vorfeld der Landtagswahlen fusionierten Teile der Demokratischen Bauernpartei und die große Mehrheit des Demokratischen Aufbruchs mit der nunmehr regierenden CDU. Aus der SDP wurde die SPD, aus der SED über den Zwischenschritt SED-PDS die PDS. Auf all dies kann hier nicht näher eingegangen werden.

Ich beschränke mich daher auf Ausführungen zu den wichtigsten derzeit noch existierenden Parteien. Wenn ich eingangs feststellte, daß es viele Ähnlichkeiten zwischen den neuen Bundesländern gibt, dann sei auch festgehalten, daß es zugleich erhebliche Unterschiede gibt, die ich u. a. in folgenden drei Punkten sehe:

1. Die CDU erreichte in Sachsen bei allen bisherigen Landtagswahlen jeweils die absolute Mehrheit. Dies gelang in den letzten zwanzig Jahren nur noch der CSU in Bayern. Und: Die sächsischen Christdemokraten gewannen bei allen drei Wahlen sämtliche Direktmandate. Das schaffte nicht einmal die bayerische Schwesterpartei.
2. Ein Unterschied zu den anderen ostdeutschen Ländern liegt auch in der eklatanten Schwäche der sächsischen SPD, und dies nicht erst seit der letzten Wahl, sondern bereits von 1990 an.
3. Abweichend von anderen Regionen im Osten existierte und existiert – ich füge hinzu: noch – eine zeitweilig relativ starke rechts-konservative Partei neben der CDU, ich meine die DSU.

Nun jedoch zu den einzelnen Parteien im Freistaat Sachsen, denen ich mich in der Reihenfolge ihrer derzeitigen Stärke widmen möchte. Deshalb zuerst zur CDU.

Die CDU hatte von allen heute etablierten Parteien mit Abstand die besten Ausgangsbedingungen, sowohl durch den Erfolg bei der Volkskammerwahl als auch durch die CDU-geführte Bundesregierung. Die Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei der DDR liefen in Sachsen deutlich stärker als anderswo im Osten zur CDU über und auch vom Demokratischen Aufbruch kam erheblicher Zulauf. Zahlreiche frühere Mitglieder des DA spielen bis heute eine maßgebliche Rolle in der seit zehn Jahren regierenden Partei. Auch bei der Wahl ihres Spitzenkandidaten hatte die sächsische Union eine glückliche Hand, nachdem Heiner Geisler abgesagt und man den damaligen Landesvorsitzenden Klaus Reichenbach auf Grund seiner Vergangenheit in der Block-CDU aufs Abstellgleis geschoben hatte.

Kurt Biedenkopf hat es meisterhaft verstanden, sich als Landesvater zu gerieren und den Eindruck zu erwecken, er setze sich unermüdlich für die Belange der sächsischen Bürgerinnen und Bürger ein. In Wahrheit hat er sich mehr und mehr aus der Landespolitik verabschiedet und sich fast

ausschließlich bundespolitischen Themen gewidmet, von der Renten- über die Steuerreform bis hin zum EURO und der EU-Osterweiterung. Gleichwohl spielte »König Kurt« – wie er sich gern nennen läßt – bei den zurückliegenden Wahlen eine erhebliche und vermutlich sogar entscheidende Rolle. Die Demoskopken vermuten, daß die CDU durch die Kandidatur Biedenkopfs zwischen 10 bis 15 Prozent Stimmen gewonnen hat. Wenn das zutrifft, dann wird es bei den nächsten Wahlen spannend, nachdem der 70jährige Ministerpräsident seinen Verzicht erklärt hat.

Bislang ist es der CDU gelungen, ihr Vorhaben umzusetzen und nach bayerischem Vorbild eine relativ stabile absolute Mehrheit zu installieren. Zweimal schrammte sie sogar knapp an der Zweidrittel- und damit der verfassungsändernden Mehrheit vorbei. Trotz verschiedener Skandale um die Minister Rudolf Krause, Heinz Eggert, Steffen Heitmann und Hans-Joachim Meyer sowie den früheren Fraktionschef Herbert Goliasch konnte sich die CDU behaupten. Sie stellt nicht nur die absolute Mehrheit und gewann alle Direktmandate, sondern besetzte auch sämtliche Landratsposten im Freistaat Sachsen. Ganz zu schweigen vom Filz in den Ministerien und nachgeordneten Behörden. Selbst bei einem Verlust der Mehrheit hätte die CDU daher auch weiterhin einen massiven Einfluß auf die politischen Entscheidungen in Sachsen.

Dennoch bleibt spannend, was geschieht, wenn Biedenkopf geht. Eine erneute absolute Stimmenmehrheit ist wenig wahrscheinlich, eine Mehrheit der Mandate jedoch nicht völlig auszuschließen. Vieles wird davon abhängen, wie sich die Partei in den kommenden Monaten entwickelt. Es scheint so, daß der Machtkampf in der CDU nunmehr offen ausgebrochen ist und auch die Biedenkopf-Nachfolge-Debatte nicht länger unterdrückt werden kann. Noch ein letzter Satz zur CDU: Es ist gut möglich, daß die Ära Biedenkopf-Hähle sehr viel schneller zu Ende geht, als die meisten vermuten.

Nun einige Bemerkungen zur PDS, wobei ich bewußt darauf verzichte, auf die innerparteiliche Diskussion und Entwicklung der letzten zehn Jahre einzugehen.

Die wohl erstaunlichste Feststellung bei der PDS ist die umgekehrt proportional verlaufende Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Wahlergebnisse der Partei. Trotz der Belastungen aus der DDR-Vergangenheit, trotz Mitgliederschwund und einer überalterten Basis erreichte die Partei beeindruckende und beständig steigende Resultate.

Naturgemäß war der Start in den Jahren 1990/91 unter dem Vorsitz von Klaus Bartl besonders schwierig, im Parlament und außerhalb des Landtages, und das nicht nur auf Grund der Diskussionen um die Verstrickungen mit dem MfS. Erinnert sei auch daran, daß die PDS bei den ersten Landtagswahlen noch eine Listenverbindung mit der KPD, den Nelken, der FDJ und der marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke eingegangen war und die Fraktion den Namen Linke Liste/**PDS** trug.

Probleme bereitete auch die Bildung des sächsischen Landesverbandes aus den drei früheren Bezirksorganisationen. Böse Zungen behaupten, dieser Prozeß sei noch immer nicht abgeschlossen, alte Strukturen wirkten bis heute fort. Verwiesen wird dabei u. a. auf die jüngst veranstalteten drei Regionalkonferenzen im Vorfeld des Cottbusser Parteitag. In den anderen ostdeutschen Ländern gab es diesbezüglich jedenfalls nichts Vergleichbares.

Auch sonst hatte es die sächsische PDS nicht eben leicht. Auf Grund der absoluten Mehrheit und des strikten Ausgrenzungskurses durch CDU und SPD fungierte die PDS fast zwangsläufig als Fundamentalopposition. Zunehmend wurde sie jedoch auch mit klaren eigenen Politangeboten wahrgenommen. Aus den 10,2 % von 1990 wurden 16,5 % im Jahr 1994 und schließlich 22,2 % im letzten Jahr.

Die sächsische PDS mit ihrem Fraktions- und Landesvorsitzenden Peter Porsch ist nunmehr seit über einem Jahr Oppositionsführer im Landtag, demonstriert mehr oder weniger erfolgreich ihren politischen Gestaltungsanspruch und befördert durch ihr Agieren mittelfristig die Option der Ablösung der schwarzen Mehrheit. Dazu bedarf es natürlich eines potentiellen Partners, und dafür kommt angesichts der gegenwärtigen politischen Konstellation ungeachtet aller Bedenken wohl nur die SPD in Frage, der ich mich nunmehr kurz zuwenden möchte.

Die sächsische SPD war von 1990 an der schwächste Landesverband der Sozialdemokraten, und das nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland. Schon die Wahl der Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen erwies sich als Fehlgriff. Ich erinnere nur daran, daß Anke Fuchs, die heutige Bundestagsvizepräsidentin, zwei Tage vor der Wahl öffentlich erklärt hatte, wenn sie nicht Ministerpräsidentin würde, ginge sie zurück nach Bonn. Als Oppositionsführerin stehe sie nicht zur Verfügung. Dies haben ihr viele Sachsen übel genommen.

Im neuen Landtag kam es dann schon bald zu einem innerparteilichen Machtkampf zwischen dem ersten Landesvorsitzenden Michael Lersow und dem Fraktionschef Karl-Heinz Kunckel. Nachdem dieser zugunsten Kunckels entschieden worden war, gab es über viele Jahre hinweg einen

weitgehenden Anbiederungskurs gegenüber der CDU-Regierung, der die eigene Profilierung erheblich behinderte. Hinzu kam die akute Mitgliederschwäche und die nicht zuletzt daraus resultierende unzureichende kommunale Verankerung der SPD. Bis 1999 gab es faktisch keine Bereitschaft zu einer wenigstens partiellen thematischen Zusammenarbeit mit der PDS.

Das desaströse Ergebnis von 10,7 % bei den letzten Landtagswahlen war auch eine logische Quittung für diesen Blockadekurs, und es war in erster Linie hausgemacht. Der bundespolitische Negativtrend verstärkte nur noch den ohnehin unvermeidlichen Absturz der Kunckel-SPD. Inzwischen gibt es erste zaghafte Ansätze einer sachbezogenen Zusammenarbeit, die ausbaufähig scheinen.

Fakt ist: Viel tiefer als bei den letzten Wahlen kann es für die SPD wohl kaum noch gehen. Wenn die CDU ihre absolute Mehrheit verliert, dann besteht im Jahr 2004, spätestens jedoch 2009, für die Sozialdemokraten durchaus die Chance für eine Teilhabe an der Regierung im Freistaat Sachsen. Nach Lage der Dinge wird sie sich dann zwischen CDU und PDS entscheiden müssen.

Damit habe ich auch deutlich gemacht, daß es auf absehbare Zeit weiterhin in Sachsen im parlamentarischen Bereich ein Dreiparteiensystem geben wird. Dennoch will ich auch zu den anderen, außerparlamentarischen Parteien noch einige Ausführungen machen.

Bündnis 90/Die Grünen und die FDP gehörten dem Sächsischen Landtag nur in seiner ersten Wahlperiode an, und schon damals gelang ihnen der Einzug ins Parlament mit 5,6 bzw. 5,3 Prozent nur relativ knapp. Inzwischen sind beide Parteien in keinem ostdeutschen Parlament mehr vertreten (Ausnahme Berlin), und dies ist sowohl die Folge ihrer unzureichenden Verwurzelung in den neuen Ländern als auch ihrer praktischen Politik in Sachsen, vor allem jedoch ihrer Haltung als Koalitionspartner auf Bundesebene.

Bündnisgrüne und FDP hatten im ersten Landtag durchaus interessante Persönlichkeiten und trugen unbestritten zur Belebung der parlamentarischen Diskussion bei. Zugleich begingen beide Parteien jedoch auch schwere und vielleicht irreparable Fehler.

Die FDP hatte als Juniorpartner in der Regierung Kohl nahezu jedes eigenständige Profil verloren und wurde spätestens nach der Selbstcharakterisierung als »Partei der Besserverdienenden« aus naheliegenden Gründen für die allermeisten Menschen in Sachsen schlichtweg unwählbar. Weder die Fraktionsvorsitzenden Günter Kröber und Ludwig Martin Rade noch



die diversen Landesvorsitzenden, unter ihnen mit Rainer Ortleb immerhin ein früherer Bundesminister, konnten den Niedergang der Partei stoppen. 1,1 Prozent bei den letzten Landtagswahlen waren der vorläufige Tiefpunkt der Entwicklung. Gegenwärtig lebt sie nur noch von einigen diffusen Presseerklärungen ihres aus den Jungliberalen stammenden Vorsitzenden und einer Reihe von Kommunalpolitikern, insbesondere Bürgermeistern, die im übrigen auch wesentlichen Anteil daran haben, daß die FDP in einigen Kreistagen überhaupt noch präsent ist.

Aus meiner Sicht hat die FDP in Sachsen keine Zukunft mehr. Wenn die derzeitigen Bürgermeister aus Altersgründen ausscheiden, verliert die Partei vollends ihr Gesicht und wird vermutlich in der absoluten Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Das gleiche Schicksal droht den Bündnisgrünen, ungeachtet des Engagements einzelner Aktivisten. Die Fraktion im 1. Sächsischen Landtag hat sich vor allem mit der Abwicklung und Aufarbeitung der DDR befaßt, eine verdienstvolle und notwendige Aufgabe. Eigene zukunftsorientierte politische Konzepte und ein für die Öffentlichkeit erkennbares Profil vermochte sie jedoch nicht zu entwickeln. Unmittelbar vor der Landtagswahl 1994 kam die Partei zwar in die Schlagzeilen auch der überregionalen Medien, aber womöglich waren die von der Führungsspitze angestoßenen Debatten über eine sogenannte schwarz-grüne Koalition bereits der Todesstoß für die sächsischen Bündnisgrünen. Ihr letztes Wahlergebnis von 2,6 Prozent war jedenfalls mehr als ernüchternd, zumal mit Gunda Röstel schließlich die Bundessprecherin als Spitzenkandidatin ins Rennen ging.

Da auch die aktuelle Politik der Grünen innerhalb der Bundesregierung für sächsische Wählerinnen und Wähler kaum attraktiv sein dürfte und die Protagonisten von nahezu allen bisherigen Grundpositionen abgerückt sind – erinnert sei an die Zustimmung zu den NATO-Angriffen auf Jugoslawien – läuft die Partei in Sachsen Gefahr, auf die Dauer ein unbedeutendes Nischen-Dasein fristen zu müssen. Eine bessere Zukunft ist jedenfalls nicht in Sicht.

Selbiges gilt im übrigen auch für die rechtskonservative DSU, die in Sachsen nach wie vor ihre Hochburg hat. Die DSU spielte in den Jahren nach 1990 in einigen Regionen Sachsens eine durchaus wichtige Rolle, errang zahlreiche kommunale Mandate und auch mehrere Bürgermeisterposten. Bei den Wahlen zum 1. Sächsischen Landtag erreichte die Partei immerhin 3,6 Prozent der Zweit- und sogar 5,8 Prozent der Erststimmen.

Innerparteiliche Querelen und der gescheiterte Versuch, sich als Ostab-

leger der CSU zu etablieren, sorgten für einen kontinuierlichen Niedergang der Partei, die 1999 schließlich nur noch 0,4 Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen erreichte und bei den Kommunalwahlen mehr als die Hälfte ihrer Mandate verlor. Nicht zuletzt deshalb sind mehrere auf DSU-Ticket gewählte Bürgermeister in den letzten Monaten zur CDU übergetreten, um überhaupt eine Chance auf ihre Wiederwahl zu haben. Nach den Landrats- und Bürgermeisterwahlen im kommenden Jahr wird die DSU daher kaum noch wichtige Funktionen besetzen können. Da die bisherigen Bürgermeister in erheblichem Maße auch zum Gewinn von Kreistagsmandaten beigetragen haben, ist davon auszugehen, daß die Partei spätestens nach den Wahlen des Jahres 2004 weitgehend von der politischen Bühne Sachsens verschwinden wird.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu den rechtsextremistischen Parteien und ihrem Wirken im Freistaat. Im Gegensatz zu Brandenburg und vor allem Sachsen-Anhalt gelang es bei uns keiner rechtsradikalen Partei, ins Landesparlament einzuziehen.

Die NPD, die in Sachsen ihren stärksten Landesverband hat, kam 1990 auf gerade einmal 0,7 Prozent. 1999 konnte sie dieses Resultat verdoppeln, blieb aber immer noch weit entfernt von der ominösen 5-Prozent-Hürde. Gleiches gilt auch für die Republikaner, deren Resultate im Regelfall eine Eins vor dem Komma aufwiesen. Die DVU hat auf Landesebene bislang noch nicht kandidiert. Als sie bei den Bundestagswahlen 1998 antrat, erzielten die drei rechten Parteien zusammen jedoch immerhin 5,7 Prozent. Dies ist ein ernst zu nehmendes Alarmsignal, unabhängig von der Rechts extremismus- und NPD-Verbots-Debatte der zurückliegenden Monate. Schließlich erreichten die Rechten in einigen Gebieten auch bei der Landtagswahl zweistellige Resultate und bei den Kommunalwahlen etwa ein Dutzend Mandate.

Ja, es stimmt leider: Ausländerfeindlichkeit und nationalistisches Gedankengut kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft und müssen auch dort attackiert und geächtet werden. Es sind mitnichten »nur« die Ausgegrenzten, die Arbeitslosen und sozial Schwachen, aus denen sich die Rechte rekrutiert.

Der NPD-Chef von Königstein beispielsweise betreibt eine Fahrschule, ist nebenbei Spitzenmann im örtlichen Tischtennisverein und will im kommenden Jahr erster NPD-Bürgermeister in Deutschland werden. Der Sebnitzer Stadt- und Kreisrat der NPD ist Facharzt in einer Kurklinik und unter den im Zusammenhang mit der Polizeirazzia bei den »Skinheads

Sächsische Schweiz« Festgenommenen befanden sich ein Jugendfürsorger der Arbeiterwohlfahrt und ein Gemeinderat der Freien Wähler.

Angesichts dessen dürfte klar sein, daß ordnungsstaatliche Maßnahmen allein viel zu kurz greifen. Es bedarf vielmehr einer Vernetzung aller staatlichen, politischen und gesellschaftlichen Kräfte, und es bedarf vor allem der Zivilcourage jedes einzelnen Menschen. Die geltenden gesetzlichen Regelungen sind weitgehend ausreichend, es geht darum, diese endlich vollständig anzuwenden, um rechtsextremistische Straftaten zu verhindern und konsequent zu verfolgen. Wer jetzt die Einführung von Schnellgerichten fordert, das Demonstrationsrecht einschränken, die ohnehin fragwürdige Videoüberwachung in Deutschland ausbauen und die Zensur im Internet einführen will, der muß sich die Frage gefallen lassen, ob es ihm tatsächlich um die Bekämpfung des Rechtsextremismus geht oder nicht doch eher um den weiteren Abbau von Demokratie.

Auch ein eventuelles Verbot der NPD löst kein einziges Problem wirklich. Dennoch halte ich es für richtig, diesen Schritt gründlich zu prüfen. Ein Parteiverbot wäre ein klares Signal, daß Politik und Justiz dem rechten Treiben nicht widerstands- und machtlos zusehen, nicht nur reden und appellieren, sondern auch handeln können.

Ein Parteiverbot entzöge den ideologischen Köpfen der Neonazis (zumindest vorübergehend) einen wichtigen organisatorischen Boden, und auch die als Demonstrationen getarnten Aufmärsche der Rechten wären zumindest massiv erschwert. Ein Parteiverbot entzöge schließlich den Rechtsextremisten auch erhebliche finanzielle Mittel, die sie gegenwärtig nach dem Parteiengesetz bzw. auf Grund ihrer Wahlergebnisse de facto als staatliche Zuschüsse erhalten.

Wenn die für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes notwendigen Beweise trotz aller Verschleierungsversuche der NPD wirklich ausreichend sind, sollte man diesen Schritt gehen. Wenn es jedoch Zweifel an der Durchsetzbarkeit gibt – und wir alle kennen das Material des Bundesinnenministers bislang noch nicht – dann sollte man auf einen entsprechenden Antrag verzichten und auch die permanenten Ankündigungen unterlassen, denn sie nutzen am Ende den Rechten. Nichts wäre schlimmer, als wenn die NPD sich durch eine Ablehnung des Verbotsantrages quasi verbrieft als demokratische Partei gerieren könnte. Im übrigen könnte sich ein Verbotverfahren möglicherweise über mehrere Jahre hinziehen und hätte daher kurzfristig nahezu keine Wirkung. Doch gerade darum geht es, und hier sind letztlich wir alle gefragt.

Soweit der Blick auf das Parteiensystem in Sachsen. Ob es uns gefällt oder nicht, es sieht alles danach aus, daß wir es mindestens mittelfristig hier mit einem Drei-Parteien-Parlament zu tun haben werden. Innerhalb dieses Systems ist einiges in Bewegung. Vor allem der CDU stehen Klärungsprozesse mit vermutlich heftigen Auseinandersetzungen bevor. Auch die SPD muß ihren Platz noch eindeutiger bestimmen. Die neue Landeschefin Constanze Krehl hat bisher eine klare Absage an den Kurs ihres Vorgängers Kunckel vermissen lassen.

Die PDS als Oppositionsführer hat trotz ihrer Altersstruktur eine relativ günstige Ausgangsposition und nach dem Cottbusser Bundesparteitag auch gute Chancen, die innerparteiliche Entwicklung sowie die programmatische Diskussion voranzubringen und sich selbst, damit auch in Sachsen strategische Optionen zu eröffnen. Jetzt geht es darum, diese Chance auch zu nutzen.



KLAUS BARTL

## Verlorene Chancen auf dem Weg zum Rechtsstaat

Zu den Aufbrüchen jener Zeit, die die Periode nach den unmittelbaren Wendeereignissen charakterisieren, zählte auch der Anspruch, diese auf dem Weg zur Wiedervereinigung befindliche deutsche Republik als ein sich neu konstituierendes, demokratisch und rechtsstaatlich verfaßtes Gemeinwesen, als einen Rechtsstaat, auszuprägen.

Um historisch nicht verkürzt anzusetzen: Den Anspruch, *der* deutsche Rechtsstaat zu sein, erhoben seit 1949 stets beide deutsche Staaten. Seit dem Beginn ihrer Existenz nach dem Zweiten Weltkrieg mit den zunächst in ihren Grundrechtsstrukturen ähnlichen Verfassungen, entbrannte der Streit unter Juristen, Politikern und in den Medien, welches von beiden Systemen – wenn überhaupt – das »rechtsstaatlichere« sei. Diese Auseinandersetzung wurde im Westen wie im Osten – hier weniger offen – sowohl intern als auch über die Trennlinien hinweg geführt, stark beeinflusst von propagandistischen Elementen, und nicht zuletzt um die Spaltung und Teilstaatlichkeit auf deutschem Boden jeweils zu legitimieren.

Im Programm der SED (1963) fand sich mit Bezug auf die DDR die Formel: »Unser Staat, der Gerechtigkeit gegenüber jedermann übt, der – zum ersten Mal in der deutschen Geschichte – Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenrechte seiner Bürger achtet und sichert, ist *der* deutsche Rechtsstaat!«<sup>1</sup>

Es fällt allerdings auf, daß in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR es eher nur noch die Politik war, die die Begrifflichkeit des Rechtsstaates ab und an für sich reklamierte. Jedenfalls verschwand der Begriff in der für breitere Kreise gedachten juristischen Fachliteratur weitgehend. Weder im Lehrbuch des Staatsverlages »Marxistisch-Leninistische Staats- und Rechtstheorie«, erschienen 1975, in der zweiten, vollständig überarbeiteten Auflage des Lehrbuches »Staatsrecht der DDR« von 1984, noch in dem für den allgemeinen Normenadressaten gedachten »Rechtshandbuch für den Bürger«, herausgegeben vom Staatsverlag der DDR im Jahr 1986,

---

1 Kleines Politisches Wörterbuch. Berlin 1967. S. 546.

fand der Leser im Stichwortverzeichnis den Begriff »Rechtsstaat« – wohl eine Reflexion der sich unter den Rechtswissenschaftlern und -praktikern immer mehr verstärkenden Erkenntnis offenkundiger wesentlicher Defizite im Verhältnis zu jenem oben genannten Programmsatz der SED. Und eben diese Defizite an Freiheits-, an Menschenrechten, auch an Gleichberechtigung und in diesem Sinne natürlich an Rechtsstaatlichkeit, lösten weithin den Unwillen, den Frust unter breiten Teilen der Bevölkerung aus.

Und selbstverständlich war die DDR im System und bei Heranziehung der Maßstäbe, die im heutigen Rechtsverständnis den Rechtsstaat prägen, kein Rechtsstaat. Diese Merkmale sind: funktionierende Grundrechte, die Entschädigung bei staatlichen Eingriffen, allgemein die Gleichbehandlung, die Gewaltenteilung, der Vorrang der Verfassung und des Gesetzes, der Rechtsschutz gegenüber der öffentlichen Gewalt, das rechtliche Gehör, die Gewährleistung des gesetzlichen Richters, der Vorbehalt des Gesetzes und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sowie das Prinzip des Rückwirkungsverbots.

Sie war allerdings auch nicht der »Unrechtsstaat« – ohnehin kein juristischer, sondern ein politisch-moralisch definierter Begriff, der in den letzten 10 Jahren geradezu inflationär zum Einsatz gebracht wurde.

Der im April 1990 von der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« vorgelegte Entwurf einer neuen Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, der in Artikel 41 – Grundsätze und Organe des Staates – bestimmte: »Die Deutsche Demokratische Republik ist ein rechtsstaatlich verfaßter, demokratischer und sozialer Bundesstaat und besteht aus den Ländern ...« meinte ein auf weitaus höherer rechtsstaatlicher Ebene verfaßtes Gemeinwesen als das damals bestehende.<sup>2</sup> In seiner ganzen Semantik war dieser Verfassungsentwurf auf die eben konstitutive Verankerung von Menschen-, Bürger-, Freiheits- und Emanzipationsrechten in der Verfassung ausgerichtet. Die meisten von uns waren Zeitzeugen, daß dieser Entwurf bedauerlicherweise nie die Chance einer wirklich konstruktiven Debatte im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bekommen hat – *eine vertane Chance*.

Statt einer – auf seiten der überwiegenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung gewollten und erwarteten – selbstbestimmten politischen, wirtschaftlichen, demokratischen und auch rechtlichen Neuordnung, die bewährte

---

2 Verfassung der DDR. Art. 41. Entwurf der Arbeitsgruppe »Neue Verfassung der DDR« des Runden Tisches vom 4. April 1990. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. April 1990. S. 10.

Erfahrungen beider deutscher Staaten aufnimmt, kam die Wiedervereinigung entgegen Artikel 146 Grundgesetz nicht als gemeinsam gestaltete Ordnung zustande, sondern als von vielen in Ost und West als Unterwerfung verstandene Einordnung der ostdeutschen Länder in die damit vergrößerte und in ihrem Zustand als alternativlos konservierte Bundesrepublik.

Auf diesem Weg entfiel nicht nur jede Debatte bezüglich der Übernahme durchaus für das westdeutsche System konformer bewährter Erfahrungen aus der DDR-Rechtspraxis, der modernen Regelungen des Zivilgesetzbuches der DDR im Bereich der Bürgerbeziehungen und des Familienrechts etwa oder der strafprozessualen Regelungen zum Schutze der Opfer und ihrer Schadensersatzansprüche, auch bestimmter Formen der außergerichtlichen Streitschlichtung durch gesellschaftliche Gerichte wie den territorial demokratisch gewählten Schiedskommissionen; auch alle Reformansätze, die in der alten Bundesrepublik Deutschland selbst herangereift waren, wurden eingefroren.

Unter Zurückstellung sämtlicher Debatten, die bis hinein in das Jahr 1990 in der alten Bundesrepublik bezüglich notwendiger und ernsthaft nicht bestrittener Reformbedürftigkeit des westdeutschen Rechtssystems stattgefunden hatten, wurde dieses mehr oder weniger 1 : 1 und ohne Prüfung etwaiger Vorzüge ostdeutscher Rechtsentwicklung und fortgebildeter Rechtsvorstellungen dem Beitrittsgebiet »übergestülpt« und damit auch in seinem reformbedürftigen Zustand als gesamtdeutsches Recht konserviert. Mehr als eine vertane Chance; der Sündenfall selbst.

Mit der Entscheidung der letzten, »ersten frei gewählten« Volkskammer der DDR, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 des Grundgesetzes der alten Fassung beizutreten, hat zunächst der ostdeutsche Vertragspartner, später auch der gesamtdeutsche Verfassungsgeber zugleich auf einen *verfassungsrechtlichen Neubeginn verzichtet*. Alles blieb beschränkt auf beitriffsbedingte Änderungen des Grundgesetzes, die in Artikel 4 des Einigungsvertrages auf ein Minimum begrenzt wurden. Unter den sechs Änderungen war auch die Neufassung des Artikels 146 Grundgesetz, der die Legitimität des Grundgesetzes als gesamtdeutsche Verfassung konstatiert, wenngleich daran festgehalten wird, daß auch nach der Wiedervereinigung die geltende Verfassung durch eine neue ersetzt werden *darf*.

Vom »Dürfen« aber wurde in den zehn Jahren nach dem Beitritt kein Gebrauch gemacht. Auch die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, die aufgrund von Artikel 5 des Einigungsvertrages eingesetzt wurde, brachte keine Verfassungsreform aus Anlaß der deut-



schen Wiedervereinigung, die eine Chance gewesen wäre, zumindest in Ansätzen bewährte ostdeutsche Rechtsvorstellungen und Konfliktlösungsmodelle in die Rechtsordnung einfließen zu lassen. Zugleich bewirkte diese Erweiterung der grundgesetzlichen Ordnung auf Ostdeutschland einen vollständigen Transfer der im Grundgesetz normierten Institutionen. Dem Gesetzgeber, der Verwaltung und den Gerichten oblag es »nur noch«, die rechtlichen Übergänge zwischen der Ausgangsgesellschaft DDR und der Ankunftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland entsprechend den grundgesetzlichen Vorgaben zu gestalten. Allein schon dieser in Artikel 3 des Einigungsvertrages festgelegte und brachial vollzogene Weg der »Rechtsordnungserstreckung« auf das Beitrittsgebiet, war – bereits seinerzeit durch die PDS auch als solche prophezeit – *eine vertane Chance*.

Dieser Weg der Juridifizierung der mit dem Beitritt einhergehenden politischen Prozesse mußte sich den Ostdeutschen, die gerade in einem Akt der Selbstbefreiung ein von ihnen zunehmend als bevormundend empfundenen System überwunden hatten, in erniedrigender Weise als Dominanz der Sieger darstellen. Dies um so mehr, als er allzu pauschal als der Sieg der rechtsstaatlichen Ordnung über einen »Unrechtsstaat« umgedeutet wurde.

In der Sache führte er zur Enttäuschung vieler Erwartungen, zur Überprüfung ostdeutscher Lebensläufe, zur Abwicklung wissenschaftlicher Institutionen, zur Evaluierung geleisteter Arbeit durch die Repräsentanten der Bundesrepublik, zur Unterwerfung vorhandenen Konkurrenzpotentials in der ostdeutschen Wirtschaft unter die Kontrolle dominierender westlicher Interessenten und zur Restauration zahlloser in Jahrzehnten veränderter Besitzverhältnisse. Der beschrittene Weg schloß die Ostdeutschen von wirklicher Teilhabe am Aufbau eines neuen rechtsstaatlichen Gemeinwesens aus. Das Recht, das auf sie »erstreckt«, ihnen übergestülpt wurde, stellte sich daher um so mehr als ein fremdes dar, nicht zuletzt schon in seiner Sprache. Es blieb das Recht des anderen deutschen Staates, entwickelt unter einer ganz anderen Konfliktkultur.

Der zur Verfügung stehende Raum gestattet nur, die drastischsten Auswirkungen dieses Weges anzureißen:

*Zum ersten* die Transformation, in großen Teilen die Abwicklung, des »Öffentlichen Dienstes« der DDR. Zwar normierte Artikel 20 Abs. 1 des Einigungsvertrages in Verbindung mit dessen Anlage 1 für die etwa 1,75 Millionen Ex-DDR-Bürger, die im »Öffentlichen Dienst« tätig waren, daß sie grundsätzlich im Interesse der Verwaltungskontinuität und der Be-

schäftigten im öffentlichen Beschäftigungsverhältnis verbleiben sollten.<sup>3</sup> Als Dienstherrn sollten je nach Konstellation die Bundesrepublik, der Landkreis bzw. die Kommune Rechtsnachfolger der DDR sein. Diese Regelung besagt jedoch nichts über das Ausmaß von Kontinuität und Diskontinuität im Öffentlichen Dienst. Verlässliche Schätzungen sprechen von etwa einer Million ehemaliger Staatsbediensteter der DDR, die über Warteschleife, Abwicklung und Kündigung aus dem Öffentlichen Dienst »ausgeschieden« wurden. Niemand kennt genaue Zahlen, wievielen davon die Sonderkündigungsbestimmungen der Anlage 1, Kapitel XIX des Einigungsvertrages zum Verhängnis wurden, die bestimmten, daß die ordentliche Kündigung eines Arbeitnehmers in der öffentlichen Verwaltung wegen »mangelnder fachlicher Qualifizierung oder *persönlicher Eignung*« zulässig ist. Die Übernahme der Rechtsordnung und der Rechtsprechung der alten Bundesrepublik bewirkte auch, daß der bis heute herrschende Eignungsbegriff, welcher auf den »Radikalen-Beschluß« des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Mai 1975 zurückgeht, zur Bewertung der Eignung der Betroffenen heranzuziehen war.

Danach gehört zur Eignung gemäß Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes auch die Verfassungstreue in einem umfassenden Sinn. Geeignet für die Berufung in das Beamtenverhältnis ist im Sinne dieses Artikels nur derjenige, der »jederzeit bereit ist, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten«. Zur Verneinung der Eignung reichte es demzufolge aus, daß der für die Einstellung oder für die Entscheidung über die Weiterbeschäftigung Verantwortliche im Augenblick der Entscheidung nicht überzeugt war, daß der Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Bis 1995 bewirkte dieser Eignungsbegriff die quasi automatische Kündigung all jener, für die die »Gauck-Behörde« eine Mitarbeit beim MfS beauskunftete.

Ausnahmen gab es wohl, etwa die, daß im Bereich des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren zahlreiche hauptamtliche und informelle Mitarbeiter des MfS übernommen wurden – schlicht, weil sie als Spezialisten unverzichtbar waren. Demgegenüber reichte im Kultusministerium oder im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst bildlich gesprochen schon die Nähe zu den drei Buchstaben MfS für die Entlassung

---

3 Siehe Einigungsvertrag vom 31. 08. 1990. Anlage I. Kapitel XIX. Abschnitt III. Ziffer 1 – Siehe auch Bundestagsdrucksachen 11/7817. S. 170.

aus. Bei Lehrern und Wissenschaftlern lagen ja auch die Vorgaben für den Personalabbau im fünfstelligen Bereich.

Als nicht geeignet, weil vermeintlich nicht verfassungstreu, galten auch die früheren DDR-Staatsbediensteten, denen aufgrund einer bestimmten Funktionsebene und der darin zum Ausdruck kommenden vermeintlich besonderen Loyalität, mangelnde Verfassungstreue zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat des Grundgesetzes unterstellt werden konnte. Für die Auswüchse, die dies annahm, steht nicht zuletzt die Praxis im Freistaat Sachsen. Ich erinnere hier nur an jene Beschlußempfehlung des sogenannten Sonderausschusses für Amts- und Machtmißbrauch des Sächsischen Landtages als Untersuchungsausschuß, der in der Drucksache 1/395 des 1. Sächsischen Landtages im Mai 1991 unter anderem wörtlich ausführte: »Ergebnis der Diskussion« – im Sonderausschuß – »war die überwiegende Meinung, daß im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen keine Personen angestellt sein dürfen, die dem alten SED-Regime gedient haben; sie sind als ungeeignet abzulehnen. Dies ist der Wählerwille und ein Signal an die Regierung, ihn zu respektieren.«<sup>4</sup> Es folgte ein Beschlußvorschlag, wonach der Landtag beschließen sollte, daß bei allen, die in einer der 54 aufgeführten Funktionsebenen in der DDR tätig waren, der Ausschluß aus dem Öffentlichen Dienst erfolgen sollte. Die Liste reichte von Politbüromitgliedern über Leiter von Betrieben, ärztlichen Direktoren, Leitern von allgemeinen und medizinischen Einrichtungen, hauptamtlichen Kulturfunktionären, hauptamtlichen Sportfunktionären, leitenden Mitarbeitern in Justiz und Strafvollzug bis zum sämtlichen Personal an Botschaften oder anderen diplomatischen Vertretungen und Handelsvertretungen der DDR. Nachdem der Antrag im Landtag zurückgezogen worden war, gab Ministerpräsident Biedenkopf diese Liste auf dem Verwaltungswege in alle ministeriellen und Verwaltungsebenen des Freistaates als Anhalt für die Nichteignungsvermutung.

Erinnert sei auch an jenen Index, den Staatsminister Meyer Anfang der neunziger Jahre an alle Rektoren und Kanzler der sächsischen Universitäten und Hochschulen versandte, in welchem über 700 Naturwissenschaftler namentlich aufgeführt waren, denen auf ministerielles Geheiß, soweit

---

4 Sächsischer Landtag. Drucksache 1/395. Beschlußempfehlung des Sonderausschusses zum Entschließungsantrag der F.D.P.-Fraktion vom 4.2.1991 und der Stellungnahme der Staatsregierung (SMJ) vom 21. 2.1991– Drucksache 1/139. »Ausschluß von Verantwortungsträgern des vergangenen SED-Regimes vom öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen als nichtgeeignete Personen.

noch nicht erfolgt, die Kündigung auszusprechen war. Unter anderem, weil sie als Sekretäre der SED-Abteilungsparteiorganisationen neben ihrem Beruf als Mediziner »herausgehoben systemtragend« gewesen seien. Die Beanstandung des Datenschützers wegen dieser Grundrechte verletzenden »Schwarzen Liste« verlief im Sand.

Es ist wenig tröstlich, daß das Bundesverfassungsgericht mit seinem sogenannten Polizisten-Beschluß vom 21. Februar 1995 diese Praxis als rechtswidrig brandmarkte, indem es feststellte: »Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Radikalen-Beschluß [...] für die Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern aus der Bundesrepublik entwickelt hat, können [...] nicht rückwirkend auf das Verhalten im Öffentlichen Dienst der DDR angewandt werden. [...] Hohe Ränge im Öffentlichen Dienst oder hauptamtliche Parteiarbeit können Indiz für eine Nichteignung sein. Auch dann sind aber Feststellungen dazu erforderlich, daß sie den Bediensteten im Einzelfall für seine Aufgaben im Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland als ungeeignet erscheinen lassen.«<sup>5</sup> Für all jene, die sich gegen ihre Kündigung wegen Nichteignung aufgrund früherer Funktionen in der DDR nicht gewehrt hatten oder deren Prozesse zu ihrem Nachteil beendet waren, half diese Entscheidung nicht mehr. Es wird ihren Frust auch nur begrenzt mildern, daß sie für sich in Anspruch nehmen können, widerrechtlich, ja verfassungswidrig, gekündigt worden zu sein. Dies deshalb, weil der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes im sogenannten Elfes-Urteil vom 16.01.1957 entschieden hat, daß jeder rechtswidrige Eingriff zugleich ein grundrechtswidriger Eingriff ist, der als Verletzung von Art. 2 Abs.1 des Grundgesetzes gerügt werden kann.

*Eine zweite*, die Rechtsstaatshoffnung vieler Ostdeutscher im Mark erschütternde Auswirkung hatte der unter Berufung auf das Grundrecht auf Eigentumsschutz und Eigentumsgarantie nach Art. 14 Grundgesetz im Einigungsvertrag verankerte Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«. Mit Zahlen und Auswirkungen der Exekutierung dieses Grundsatzes zu operieren, erübrigt sich, denn heute bestreitet kein seriöser Politiker mehr, daß das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« einer der größten Geburtsfehler der Rechtsgrundlagen für den Einigungsprozeß war. Er führte nicht nur zur Vertreibung zahlloser ostdeutscher Mieter, Pächter und Eigentümer und dazu, daß die statistische Bilanz, wonach in Westdeutschland immerhin jeder zweite Haushalt über Wohn- oder Grundeigentum verfügt, in Ost-

---

5 BVerfGE 92. 140 gleich NJW 1995. 307.

deutschland nur etwa jeder vierte, weiter zuungunsten der Ostdeutschen verschlechtert wurde. Er erwies sich auch als ein riesiges Investitionshemmnis.

Gerechtfertigt wurde dieses Prinzip mit der Erklärung, daß die durch die sowjetische Besatzungsmacht und nachfolgend durch die DDR geschaffene Eigentumsordnung Ausdruck eines »fundamentalen Unrechtssystems« sei und die dadurch bewirkten Eigentumsverschiebungen deshalb keinen Bestand haben dürften. Betroffene waren über Jahre durch Unsicherheit, Angst vor dem Verlust des Heims oder des Datschengrundstückes und – wer sich wehrte – von den psychischen und finanziellen Lasten der zu führenden Prozesse geprägt.

*Ein dritter*, hohes Konfliktpotential und Rechtsverdrossenheit bewirkender Komplex war der gesamte Regelungsinhalt zur Altschuldenproblematik, unter dessen Wirkung unter anderem bundesdeutsche Banken, die die betreffenden Kredite niemals vergeben hatten, jetzt den im Vergleich zur DDR siebenfachen Zins einstreichen, zu Lasten von Kommunen, Agrar- und Wohnungsgenossenschaften und in der »Durchreichung« zu Lasten der Ex-DDR-Bürger. Sie streichen Kreditrückzahlung und Zinsen heute weiter ein, auch von jenen am Rande des Konkurses stehenden Wohnungsunternehmen, die wegen des hohen Leerstandes »rückbauen« müssen, welcher wiederum vor allem durch Flucht vor Arbeitslosigkeit in die alten Bundesländer begründet ist.

*Als viertes* nenne ich nur als Stichwort die den Anspruch der Rechtsstaatlichkeit geradezu konterkarierende Wirkungsweise der Treuhand. Nicht einmal die Spitze des Eisberges ist bislang bloßgelegt von dem, das sich hier unter den Augen der in diesen ehemals volkseigenen bzw. Staatsbetrieben der DDR Beschäftigten an Veruntreuung, an Bereicherung, an Verschwendung von Gesamthandeigentum vollzog. Dies alles geschah in der Reichweite des Anspruchs der Bundesrepublik Deutschland, ein Rechtsstaat zu sein.

*Fünftens*, und auch nur als Stichpunkt genannt, sei der Umgang mit in der DDR erworbenen Rentenansprüchen. Es mag sein, daß hier jenes Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1999, mit welchem entschieden wurde, daß die in der DDR erworbenen Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen grundrechtlichen Eigentumsschutz genießen, manches gerade rückte und bei einer erheblichen Zahl Überlebender auch zu Nachleistungen führte. Für wieviele Senioren kam dieses Urteil zu spät, nach ihrem Tod. Wieviel Ver-

trauen auf den Rechtsstaat war in den acht Jahren des Prozessierens um diese Entscheidung in die Brüche gegangen?

*Sechstens:* Als Vergehen am Rechtsstaatsgedanken empfanden unzählige Betroffene die Nichtanerkennung noch in der DDR erworbener und anerkannter Berufsabschlüsse – solcher Fach- und Ingenieurschulabschlüsse, die keine Entsprechung an Fachhochschulen der Bundesrepublik Deutschland haben. Betroffen sind Berufe aus den Bereichen der Medizintechnik, der Pharmazie, der Tierproduktion, der Museumskunde, des Brandschutzes, der Sportwissenschaften, der Pädagogik; betroffen auch die an Offiziersschulen erworbenen Zivilberufe. Auch dies ist eine jeder Rechtsstaatsgewährung hohnsprechende, in der Sache willkürliche Benachteiligung Ostdeutscher.

*Siebtens* sind schließlich zu nennen die zahlreichen Sonderrechtsregelungen für Ostdeutschland, die auch im zehnten Jahr der deutschen Einheit noch fort dauern, im Bergrecht etwa, im Atomrecht, auch noch im Rentenrecht. Auf den Vorwurf der damaligen Bundestagsgruppe der PDS in den frühen 90er Jahren, wie sich solche Rechtsungleichheit in einem einheitlichen Staatswesen rechtfertigte, antwortete die Bundesregierung: Es gab zu allen Zeiten solcher Umbrüche »Reservatsrecht«.

Last but not least und auch nur in Stichworten: Eine für viele deprimierende Rechtsstaaterfahrung war und ist schließlich der spezifisch deutsche Weg der sogenannten »strafrechtlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechts«. Der ausgewiesene Rechtswissenschaftler Uwe Wesel, Professor für Zivil- und Römisches Recht an der Freien Universität Berlin, überschrieb einen am 26. September 2000 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Beitrag, der zehn Jahre staatlicher Wiedervereinigung in den Kontext mit zehn Jahren strafrechtlicher Verfolgung von DDR-Hoheitsrechtsträgern stellt, mit den Worten: »Auf Biegen und Beugen«. Ein durchaus bezeichnendes, in der Sache höchst zutreffendes und im Urteil vernichtendes Sprachbild. Ich teile mit nahezu allen meinen Berufskollegen, die in diesen politischen Strafprozessen Betroffene zu verteidigen hatten, die Einschätzung: Was hier geschah war wissentliche und willentliche Rechtsbeugung, war Bruch des verfassungsmäßig zugesicherten Rechtsstaatsprinzips »keine Strafe ohne Gesetz« aus Gründen der politischen Opportunität. In eingeweihten Juristenkreisen spricht man von der bundesdeutschen Form der Parteilichkeit, hier »richterliches Grundverständnis« genannt. Den Rechtsstaat beschädigt hat die Aufweichung des Rückwirkungsverbots, indem die Radbruchsche Formel, entwickelt für schwerstes staatliches Unrecht in der NS-Zeit, auf nicht vergleichbare Hand-

lungszusammenhänge in der DDR adäquat übertragen wurde. Den Rechtsstaat im Kern getroffen haben die mehrfachen Verjährungsverlängerungsgesetze, darunter jenes Gesetz über das »Ruhens der Verjährung von SED-Unrechtstaten« vom 26. März 1993, das zur Wiederherstellung der Verfolgbarkeit von Straftaten aus vier Jahrzehnten DDR schlicht bestimmte, daß die Verjährung der Verfolgung von Taten »die während der Herrschaft des SED-Regimes begangen wurden, aber entsprechend dem ausdrücklichen oder mutmaßlichen Willen der Staats- und Parteiführung der ehemaligen DDR aus politischen oder sonst mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbaren Gründen nicht geahndet worden sind«, in der Zeit vom 11. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 geruht hat. Den Rechtsstaat beschädigt haben die Urteile des Bundesgerichtshofes in den Verfahren gegen Krenz und andere politische Verantwortungsträger unter Verwendung des Konstrukts der mittelbaren Täterschaft. Den Rechtsstaat verhöhnt haben die jüngst nahezu zeitgleich ergangenen Urteile eines Thüringer Landgerichts und des 5. Strafsenats des BGH mit Sitz in Leipzig. Das Thüringer Gericht verurteilte einen DDR-Grenzer, der die Schußwaffe mit tödlicher Wirkung zur Anwendung brachte, wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Der 5. Strafsenat verurteilte jenen Bundesbürger, der zum Zwecke der »Fluchthilfe« den damaligen Grenzsoldaten der DDR, Reinhold Huhn, auf deren Territorium aus nächster Nähe erschoss, zwar wegen Mordes, jedoch nur zu einer Freiheitsstrafe von *einem* Jahr auf Bewährung. Ein Jahr auf Bewährung für Mord!

Oder: Was hat es mit Gleichheit vor dem Gesetz zu tun, wenn Spione pro DDR auch in diesen Tagen noch im Strafvollzug oder in Untersuchungshaft sitzen, während Spione der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland gegen die DDR als politisch Verfolgte gelten, seit langem in vollem Umfang rehabilitiert sind und hohe Entschädigungssummen kassierten.

Was hat es mit Rechtseinheit zu tun, wenn noch 1997, nämlich am 22. Dezember 1997, der Deutsche Bundestag ein drittes Verjährungsgesetz erläßt, in welchem bestimmt wird, daß selbst *nach dem 03.10.1990* auf dem Territorium der ehemaligen DDR begangene Straftaten, nämlich solche der sogenannten »vereinigungsbedingten Wirtschaftskriminalität« anders verjähren als gleiche Straftaten, die auf dem Territorium der Altbundesländer begangen werden. Vereinigungsbedingte Wirtschaftskriminalität war natürlich nicht nur auf dem Boden des Beitrittsgebiets möglich. Selbst die Kommentierung zum Strafgesetzbuch von Tröndle/

Fischer, eine der gängigsten Kommentierungen zum StGB, stellt sarkastisch zu diesem Gesetz fest: »Die unterschiedlichen Verjährungsstufen für in den alten und neuen Bundesländern begangene Taten gleichen Unrechtsgehalts sind in der Sache kaum begründbar.«<sup>6</sup>

Fakt ist: Die nach den bekannten Zahlen weit über 65.000 Ermittlungsverfahren gegen mehr als 100.000 Beschuldigte im Zuge der strafrechtlichen Aufarbeitung von sogenannten »DDR-Unrechtstaten« geschahen in Verwirklichung jenes Auftrages des seinerzeitigen Justiz- und späteren Außenministers der Bundesrepublik Deutschland Klaus Kinkel auf dem Deutschen Richtertag Anfang 1991, die bundesdeutsche Justiz müsse ihren Beitrag leisten, »die DDR zu delegitimieren«. Auftragserteiler war also der frühere Chef eines westdeutschen Geheimdienstes. Der Auftrag erging zur selben Zeit, als Markus Wolf, der Chef der ostdeutschen Auslandsaufklärung, seinen ersten Spionageprozeß durchzustehen hatte.

Der Hauptverlust dieses dienstbaren Weges jener bundesdeutschen Justiz, die nahezu alle Nazi- und Blutrichter unter Anwendung des sogenannten Richterprivilegs freisprach, sind nicht einmal die immensen Aufwendungen, die dem Steuerzahler aus Personal- und Verfahrenskosten entstanden sind – der Hauptverlust trifft den Rechtsstaat, seine Glaubwürdigkeit.

Bleibt festzuhalten: Die staatliche Einheit brachte den ostdeutschen Landeskindern zweifellos ein wesentliches Mehr an Rechtsstaatlichkeit – konstitutionell, strukturell und in der individuellen Wirkung. Sie brachte den Ostdeutschen ganz ohne Zweifel auch ein wesentliches Mehr an Rechtswegemöglichkeiten, an Verteidigungsrechten, an Grundrechtsgarantien, an gerichtlich durchsetzbarem Minderheitenschutz. Sie brachte den Ostdeutschen die hochzuschätzende Verfassungsgerichtsbarkeit. Sie brachte auch ein weit größeres Maß an Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Sie brachte das Prinzip der gesetzlichen Richters. Die deutsche Einheit brachte Gewaltenteilung und gegenseitige Kontrolle der Gewalten als Prinzip, wenn auch, wie jüngste, zum Rücktritt des sächsischen Justizministers Heitmann führende Erfahrungen belegen, nicht zwangsläufig als funktionierende Praxis.

Sie brachte den Ostdeutschen in den zehn Jahren ihres Bestehens aber weder eine seeligmachende Gerechtigkeit noch den Rechtsstaat.

Auch der heutige bundesdeutsche Rechtsstaat hat bei allen Vorzügen zahlreiche Defizite:

---

6 Herbert Tröndle/Thomas Fischer: Strafgesetzbuch und Nebengesetze. 49. neubearbeitete Aufl. München 1999. S. 653.



- die fortbestehende Rechtsungleichheit in der Behandlung ost- und westdeutscher Lebens- und Erwerbsbiographien etwa;
- die mangelnde Sicherung der Würde des Menschen in der Ausländer- und Asylrechtspraxis (nur als Stichwort: Abschiebungspraxis);
- die Tatsache auch, daß Rechtsverteidigung und Rechtsweginanspruchnahme natürlich ein gutes Stück vom Geldbeutel abhängen;
- die Rechtsentfremdung ebenso, die eine dem Bürger als Normenadressaten kaum noch nachvollziehbare Rechtssprache und die Hypertrophie rechtlicher Regelungen bewirkt.

Die jetzt vorgesehenen Reformen im Zivil- und Strafprozeßrecht, die teils bereits im Geschäftsgang des Bundestages sind, verbessern an all dem nichts, sie sind eher auf Aushöhlung von Rechtsstaatsgarantien, z. B. des Rechts auf Verteidigung, gerichtet.

Nichtsdestotrotz ist das errungene Maß Rechtsstaatlichkeit ein zu hohes Gut, um wegen vertaner Chancen und bestehender Defizite nur in Schelte, Resignation oder Lamorianz auszubrechen. Die Linke muß vielmehr an eigenständigem rechtspolitischem Profil gewinnen, auch deshalb, weil sich in diesem System Politik zu erheblichen Teilen über das Recht vermittelt. Die Linke muß jene Verfassungsreformen, jene Schritte zur Modernisierung des Rechtsstaates, zur Überwindung auch noch obrigkeitsstaatlicher Reste im Aufbau und in der Organisation der Justiz annehmen, die eigentlich als Chance des Neuanfang nach der Wiedervereinigung gegangen werden mußten. Unser Reformansatz muß der Ausbau der Bürger-, Grund- und Freiheitsrechte sein, das Drängen auf transparente Verfahren, auf verständliche Entscheidungen, klare Gesetzessprache, ausreichende Information und Beteiligung der Bürger am Verfahren, auf die Etablierung außergerichtlicher Streitbeilegungsmodelle in den Fällen, wo es juristischen Sachverständes im Detail nicht bedarf.

Bärbel Bohley irrt doppelt: Man bekommt weder Gerechtigkeit noch den Rechtsstaat. Beides steht im Spannungsfeld von Politik und Demokratie und ist nur durch Druck auf die politische Klasse zu haben.

WERNER BRAMKE

## Wirtschaftsstrukturen in Sachsen

Bei der Ankündigung von Informationen über Wirtschaftsstrukturen werden vielleicht mit einem leichten Grausen furchtbar viele Angaben über Industriezweige, Handwerksbranchen, Landwirtschaft und eventuell (hoffentlich) auch über die Vergnügungsindustrie erwartet. Ich darf Sie zum Glück etwas enttäuschen; ich werde mit Einzelheiten relativ sparsam umgehen und diese in einem Anhang verstauen, muß Sie dafür allerdings bitten, mir über etwas längere Zeiträume zu folgen. Warum, erfahren Sie aus folgender Reminiszenz:

Im Februar 1991 fanden sich an der Ruhr-Universität Bochum vielleicht 30 Forscher verschiedener Disziplinen aus einem halben Dutzend Länder zusammen, um sich über Entwicklung und Schicksal altindustrialisierter Industrieregionen auszutauschen.<sup>1</sup> Ich war relativ früh mit meinem Beitrag über Sachsens Industrie an der Reihe und machte, angekommen in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und mit dem Blick auf die Weiterentwicklung bis heute, die Bemerkung: »Im Grunde war eine strukturelle Dauerkrise vorprogrammiert.«<sup>2</sup> Und seltsam, fast alle folgenden Redner kamen bei der Behandlung ihrer Regionen zur gleichen Erkenntnis, mit fast denselben Worten, wenn auch mit zeitlichen Modifikationen. Da hatte ich, damals ohne die genaue Kenntnis der meisten anderen altindustrialisierten Regionen, eine hochinteressante, aber irgendwie verquere, weil fast auf eine alternativlose Entwicklung dieser Regionen hinzielende Diskussion angestoßen, die mich bald zur Frage veranlassen sollte: Also gab es zur weitgehenden Deindustrialisierung des ehemals mit Abstand mit der größten Industriedichte ausgestatteten Flächenlandes Deutschlands 1990/93 keine Alternative?

---

1 Siehe Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich. Hrsg. von Rainer Schulze. Essen 1993.

2 Werner Bramke: Die Industrieregion Sachsen. Ihre Herausbildung und Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Krieges. In: Ebenda. S. 312.

Das ist keine bloße rhetorische Frage, wie mein Exkurs durch wichtige alte Industrieregionen Europas im Stenogramm gleich zeigen wird: Die Textilindustrie im englischen Lancashire,<sup>3</sup> mit der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Industrielle Revolution begann, befand sich seit dem Ersten Weltkrieg wegen der überseeischen Konkurrenz in einer Dauerkrise, unterbrochen allerdings von einem kräftigen Aufschwung im Zweiten Weltkrieg. Doch die Modernisierungsversuche mit kräftiger Hilfe des Staates seit den späten Fünfzigern scheiterten, so daß die Region in den Siebzigern der fast vollständigen Deindustrialisierung überlassen blieb.

Die Nordostenglische Region um Newcastle<sup>4</sup> stieg in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem der führenden Industrieviere Großbritanniens auf und blieb dies für viele Jahrzehnte. Aber die Konzentration auf Kohle, Stahl und Schiffsbau erwies sich als zu eng. Die zu späte Modernisierung konnte auch nicht durch die weitgehende Verstaatlichung in den fünfziger Jahren nachgeholt werden. Die »Entlassung« 1979 auf den freien Markt durch den Thatcherismus führte zum Zusammenbruch. Heute liegt dort eines der großen Armenhäuser des Vereinigten Königreiches.

Der Schiffs- und Schiffsmaschinenbau im schottischen Clydeside<sup>5</sup>, gestützt auf Kohle, Stahl und sonstige Schwerindustrie, war bis 1914 führend in der Welt und bis zum Zweiten Weltkrieg trotz mancher Krisensymptome immer noch bedeutend. Dann folgte ein rascher Abstieg mit haargenau dem gleichen Entwicklungsmuster wie in Nordostengland. Heute sind nur noch dürftige Reste der alten Industrie vorhanden, ein durchaus respektables Dienstleistungsgewerbe kann nicht annähernd die verlorenen Industrie-arbeitsplätze wettmachen.

Lothringen<sup>6</sup> war seit seinem wirtschaftlichen Aufstieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts bald und lange eines der wichtigsten Industriezentren Frankreichs. Kohle und vor allem Stahl, aber auch eine bedeutende chemische und Textilindustrie schienen lange unerschütterlich. Als aber die notwendige Diversifikation in der Zwischenkriegszeit ausblieb, verhindert

---

3 Siehe John Singleton: Showing the white Flag. The Lancashire Cotton Industry 1945–1965. In: Ebenda. S. 96–116.

4 Siehe Clive H. Lee: Industrialisation and Structural Change. Growth and Decline in the North East of England. In: Ebenda. S. 146–173.

5 Siehe William Knox/Alan McKinlay/James Smyth: Industrialisation, Work and Labour Politics, c. 1850–1990. In: Ebenda. S. 196–224.

6 Siehe Gérard Noissel: Die verspätete Industrialisierung der Lothringischen Eisen- und Stahlregion. In: Ebenda. S. 366–388.

durch die Kurzsichtigkeit der Konzerne, war der Abstieg seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts tatsächlich vorprogrammiert. Die Linksparteien setzten in den siebziger Jahren einzig auf Verstaatlichung, doch die Eisen- und Stahlunternehmen gingen bankrott.

Und schließlich noch ein Blick auf Südschweden<sup>7</sup>, dessen Industrientwicklung zeitlich und strukturell der sächsischen sehr ähnlich war, nämlich mit dem Beginn in der Textil- und Tabakindustrie und der folgenden Forcierung des Maschinen(Schiffs)baues und der Ansiedlung weiterer Gewerbe, gefördert durch ein erfahrenes Handelsbürgertum. Doch auch diese lange moderne, alte Industrieregion geriet trotz früher Stützungen durch den schwedischen Wohlfahrtsstaat in den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in eine Dauerkrise, die Textil- und Werftindustrie verschwanden fast vollständig, statt dessen wuchs der öffentliche Dienst in einem Maße, daß er bald nicht mehr bezahlbar wurde. Gerade von hier aus wurde das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates in den Grundfesten erschüttert.

Noch einmal: Ist es also nicht doch so, daß 150 oder 200 Jahre alte Industrieregionen trotz verschiedener Modernisierungsversuche sozialistisch-sozialdemokratischer oder konservativer Regierungen zum Abstieg verurteilt sind, ob es nun 70 Jahre wie in England, 40 Jahre wie in Frankreich, 20 Jahre wie in Schweden oder zwei Jahre wie in Sachsen dauert? Die Frage ist berechtigt, aber noch nicht entschieden, und für das Beispiel Sachsen kann ich auch andere Argumente anführen.

Bereits im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg wies nach mehr als hundertjähriger Entwicklung die sächsische Industrie gegenüber der der Vergleichsregionen beträchtliche Unterschiede auf; sie war erheblich vielfältiger und damit reaktionsfähiger als andere.<sup>8</sup> Zwar dominierte immer noch quantitativ eine alles in allem nicht sehr moderne Textilindustrie, übrigens bis zum Ende der DDR.<sup>9</sup> Aber zum Führpferd wurde ein vielfältiger Maschinenbau, und die neuen Industrien, die Elektro-, optische und chemi-

---

7 Siehe Mats Greiff/Lars Berggren: The Malmö Region in Southern Sweden. In: Ebenda. S. 392–412. – Bo Stråth: Structural Change and Cultural Transformation of Industrial Relations. The case of Skipbuilding in the Gothenburg and Malmö Region. In: Ebenda. S. 415–431.

8 Siehe Werner Bramke: Sachsens Industrie(gesellschaft) in den Jahren der Weimarer Republik. In: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Werner Bramke und Ulrich Heß. Leipzig 1998. S. 27–35. Vgl. auch Tab. 1.

9 Siehe die Tabellen 2 und 3.

Gewerbegruppe	Betriebe		Beschäftigte		davon weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bergbau, Salinen, Torfgräberei	106	0,1	33 417	2,1	482	0,1
Industrie der Steine und Erden	2 838	1,2	67 170	4,2	10 140	1,8
Eisen- und Metallgewinnung	294	0,1	31 838	2,0	1 230	0,2
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	11 541	4,9	102 448	6,4	25 340	4,6
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	4 253	1,8	178 204	11,1	10 926	2,0
Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik	3 861	1,7	47 428	3,0	10 263	1,9
Chemische Industrie	1 170	0,5	23 267	1,5	8 493	1,5
Textilindustrie	71 974	30,8	423 713	26,5	263 695	47,6
Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	5 481	2,3	113 572	7,1	42 212	7,6
Leder- und Linoleumindustrie	2 580	1,1	11 832	0,7	2 254	0,4
Kautschuk- und Asbestindustrie	139	0,1	3 787	0,2	1 897	0,3
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	16 209	7,0	89 004	5,6	10 569	1,9
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	7 451	3,3	32 282	2,0	10 472	1,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	26 112	11,2	132 012	8,2	58 484	10,6
Bekleidungs-gewerbe	62 945	27,0	160 636	10,0	94 952	17,1
Baugewerbe (incl. Bauneben-gewerbe)	15 839	6,8	136 846	8,3	2 229	0,4
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	550	0,2	13 786	0,9	647	0,1
Insgesamt	233 343	100,0	1 601 260	100,0	554 285	100,0

Tabelle 1: Betriebe und beschäftigte Personen in Industrie und Handwerk in Sachsen nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925  
Quelle: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes. Dresden 72/73 (1926/ 27). S. 248.

sche Industrie – letztere vor allem in den 30er Jahren – gewannen immer mehr an Bedeutung. Diese Grundstruktur blieb im wesentlichen bis zum Ende der DDR erhalten, lediglich die Wismut brachte größere strukturelle Veränderungen ein. Die während des Zweiten Weltkrieges »transferierte« beträchtliche Flugzeugindustrie war nicht autonom in Sachsen gewachsen und verschwand nach Kriegsende fast vollständig, das Intermezzo der Flugzeugindustrie des Dresdner Raumes scheiterte in den fünfziger Jahren.

Branchen mit Zugewinnen		Branchen mit Verlusten	
Branche	1964	Branche	1964
1. Chemie	290	1. Bekleidungsindustrie	51
2. Feinmechanik/Optik	225	2. Textilindustrie	57
3. Elektrotechnik	192	3. Druckgewerbe	75
4. Bergbau	190	4. Nahrungs- und Genussmittel	72
5. Holz- und Schnittstoffe	121	5. Bauindustrie	76
6. Maschinen- und Fahrzeugbau	115	6. Eisen- und Metallwaren	78
		7. Metallurgie	88

Tabelle 2: Struktureller Wandel der sächsischen Industrie von 1939 bis 1964, gemessen an der Beschäftigtenentwicklung (1939 = 100)

Bereich	1956	1966	Platz 1956/66
Textilindustrie	24,2	19,0	1./1.
Chemische Industrie	12,1	12,8	2./2.
Fahrzeugbau	7,9	7,8	3./5.
Allgemeiner Maschinenbau	7,0	10,7	4./3.
Elektrotechnische Industrie	6,6	10,4	5./4.
Bekleidungsindustrie	5,4	4,8	6./7.
Schwermaschinenbau	5,3	6,0	7./6.
Metallurgie	5,2	3,5	8./10.

Tabelle 3: Anteile ausgewählter Branchen an der industriellen Bruttoproduktion der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig 1956 und 1966 (in Prozent)

Am Ende der DDR waren von den 2,47 Millionen Erwerbstätigen in den drei sächsischen Bezirken 1,14 Millionen in der Industrie beschäftigt.<sup>10</sup> Sachsen war also an seinem Neubeginn ein klassisches Industrieland, in dem aber seit Jahrzehnten gerade in den klassischen Industriezweigen auf Verschleiß gefahren worden war, was sich an den Gebäuden und am Alter der Ausrüstungen ablesen ließ. Diese Wende zum Negativen war Anfang bis Mitte der sechziger Jahre eingetreten, trotz der Ansätze im Neuen Ökonomischen System. Bis dahin hatten wichtige der hier situierten Industrie-

<sup>10</sup> Berechnet nach Angaben in: Die DDR im Spiegel ihrer Bezirke. Berlin 1989. S. 69, 181 und 201.

zweige noch wenig oder keine Rückstände gegenüber der Konkurrenz des westlichen Auslandes, so in der Motorradherstellung, in der Kameraproduktion und z. T. auch in der Textilindustrie.<sup>11</sup> In der neuen Hightech-Industrie (Robotron) wurde zu aufwendig geforscht und gearbeitet. Die Infrastruktur war veraltet und überlastet.

Die Bildung der Kombinate sollte sich gerade für Sachsen als unzuweckmäßig erweisen, weil dessen auf Fertigwaren ausgerichtete Industrie mit der Dominanz von Klein- und Mittelbetrieben sowie einer erheblichen Zahl von Großbetrieben mit mehreren tausend Beschäftigten, aber bei einem fast völligen Fehlen von Konzernen bis 1945 durch die Kombinate hinsichtlich der Flexibilität besonders litt. Das galt um so mehr, als Sachsen über 100 Jahre *das* Land des Exports von Industrieerzeugnissen in Deutschland war, bedingt durch die Industriestruktur hinsichtlich der Branchen und Betriebsgrößen.

Diesen Nachteilen standen aber auch 1990 die Vielfalt der Branchen, vorzüglich qualifizierte Fachkräfte auf fast allen Ebenen, eine in ihrer Verbindung zur Industrie fast einzigartige Hochschullandschaft und eine leistungsfähige Industrieforschung gegenüber. Das waren Vorteile, die mit Ausnahme der letzteren so in den anderen alten Industrieregionen nicht gegeben waren.

Trotzdem kam es zum Zusammenbruch dieser Industriestrukturen innerhalb von kaum zwei Jahren und gleichzeitig zu einem sozialen Strukturbruch vielleicht ohne Beispiel. Es ist erneut die Frage zu stellen, ob das letztlich unvermeidlich war? Innerhalb der alten politischen und Wirtschaftseliten der DDR gab es keine *tragfähigen* Alternativvorstellungen, allerdings die nicht nur auf eigensüchtiges Überleben gerichtete Warnung vor einem zu plötzlichen Umbruch in der Wirtschaft auf der Grundlage der Währungsunion. Vor dieser warnten auch Skeptiker im Westen. Dieser war wirtschaftlich auf den »rush« zur deutschen Einheit genausowenig vorbereitet wie der Osten und vertraute blind auf die Heilungskräfte des Marktes. Umfassende staatliche Steuerung erschien nicht nur aus ideologischen Gründen suspekt, sie hatte auch – siehe oben – unter kapitalistischen Bedingungen sich als wenig erfolgreich erwiesen. Die Transition-Theorie, die Wege des Übergangs weniger entwickelter kapitalistischer Länder mit

---

11 Siehe Rainer Karlsch: Rekonstruktion und Strukturwandel in der sächsischen Industrie von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. In: Werner Bramke/Ulrich Heß: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Leipzig 1998. S. 117–124.

autoritären politischen Strukturen in moderne Gesellschaften entwirft, war für sozialistische Staaten des Ostblocks nicht anwendbar.

Doch hier ist kritisch anzusetzen. Sachsen hatte strukturelle Vorteile in seiner Industrie, auch am Ende der DDR. Und es gab die bisher ausgesparten Erfahrungen in der Umstrukturierung des Ruhrgebietes, die ab 1987 im hochgeförderten IBA-Emscher-Projekt verdichtet wurden. Schon Anfang der neunziger Jahre war klar, daß die vor allem massive Stützung der großen Konzerne diese nicht veranlaßte, im Revier zu modernisieren, sondern ganz woanders.<sup>12</sup> Dennoch wurde beim Aufbau Ost in prinzipiell gleicher Weise verfahren und wurden die an sich beeindruckenden Transferleistungen von West nach Ost in besonderer Weise den Großen für den Aufbau Ost zugedacht. Oft wird beklagt, daß die Konzerne diese kräftigen Milliardenspritzen für den Ausbau ihrer Imperien, nicht aber für die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft verwendet haben. Sicher gibt es dabei Ausnahmen, Siemens und VW-Mosel haben der einheimischen Industrie beträchtliche Impulse gegeben, was man aber von Lippendorf nicht mehr so sagen kann, trotz der 4,8 Milliarden Förderung.<sup>13</sup> So ist Edelbert Richters Wertung der Transferleistungen so falsch nicht, daß sie mit ihren Wirkungen und Rückwirkungen vor allem »in Westdeutschland für zusätzliches Wachstum, zusätzliche Gewinne und Arbeitsplätze« sorgten und eine eigenständige Entwicklung im Osten verhinderten.<sup>14</sup>

Die Strukturen, die *jetzt* die sächsische Wirtschaft charakterisieren, weisen auf eine extrem verdünnte, aber die alten Strukturen immer noch erkennenlassende Industrie, ein erstarktes, aber nicht starkes Handwerk, eine interessante Landwirtschaft und ein überdimensioniertes Dienstleistungsgewerbe hin. Vor allem in der Leipziger Region hat sich die Konzentration auf dieses als verhängnisvoll erwiesen, das dramatische Schrumpfen der Industrie auf ein Viertel des Bestandes von 1991, landesweit ein Drittel, setzt auch dem Dienstleistungsgewerbe klare Grenzen.<sup>15</sup> Der Ausblick von

---

12 Siehe Dietmar Petzina: Von der industriellen Führungsregion zum Krisengebiet. Das Ruhrgebiet in historischer Perspektive. In: Industrieregionen im Umbruch. Hrsg. von Rainer Schulze. Essen 1993. S. 272f.

13 Siehe Der Westen richtet's. In: »Focus«. Nr. 40. Hamburg vom 2. Oktober 2000. S. 71–74. – Edelbert Richter: Eine allzu herzliche Umarmung. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 28. September 2000. S. 10.

14 Edelbert Richter: Eine allzu herzliche Umarmung. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 28. September 2000. S. 10.

15 Siehe Der Regierungsbezirk Leipzig auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Ein Regionalportrait. Hrsg. vom Regierungspräsidium Leipzig. Leipzig 2000. S. 8.



diesem erreichten Standort aus kann nicht sehr optimistisch sein. Ich will mich dabei auf mögliche Strukturveränderungen beschränken.

Die Stagnation, ja das Zurückfallen der sächsischen Wirtschaft hinter das Niveau der meisten westdeutschen Länder (und vermutlich auch ostdeutscher, wie das Beispiel Thüringen andeutet), wird mittelfristig nicht zu vermeiden sein. Diese Frist muß genutzt werden zum Umsteuern. Ansätze dafür bieten die neuen, aber verspäteten Akzentsetzungen in der Biotechnologie. Genauso sollten die sogenannten alten Industrien auf ihre Exportfähigkeit hin geprüft und gefördert werden. Dazu muß aber ein Instrumentarium entwickelt werden, um die viel zu kleinen Betriebe exportfähig werden zu lassen; die Konjunktur in ganz Deutschland hängt unverändert vor allem vom Export ab. Das verlangt eine grundlegende Veränderung nicht nur der Förderrichtlinien, auch der Förderprinzipien, was sich insbesondere auf ein neues Herangehen an die Wiederbelebung der Industrieforschung in Sachsen beziehen muß. Neugründungen müssen gleichzeitig mit der Förderung zur Forschungsfähigkeit verbunden werden, wofür es in Sachsen gute Möglichkeiten gibt.

Jahr	Anzahl
1933	48
1939	127
1945	12
1956	258
1965	245

Tabelle 4: Zahl der sächsischen Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten 1933 bis 1965

	Erwerbstätige (in 1.000 Personen)				Veränderung 1998/97
	1991	1996	1997	1998	
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	101,3	55,2	55,7	57,6	3,5
Produzierendes Gewerbe:	1.008,7	710,2	689,1	679,9	-1,3
– Energie, Wasservers., Bergbau	65,4	31,1	28,4	25,7	-9,8
– verarbeitendes Gewerbe	738,6	352,5	351,2	362,5	3,2
– Baugewerbe	204,7	326,5	309,4	291,7	-5,7
Handel und Verkehr	350,7	335,4	320,7	318,6	-0,6
Dienstleistungsunternehmen	281,1	410,5	405,3	426,3	5,2
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	451,3	410,2	389,7	383,2	-1,7
Insgesamt	2.193,2	1.921,5	1.860,6	1.865,6	0,3

Tabelle 5: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen, 1991 bis 1998

Quelle: Statistisches Bundesamt. Ergebnisse der VGR, Inlandskonzept, Jahresdurchschnittswerte; 1998 vorläufige Ergebnisse der 2. Schnellrechnung (Stand März 1999)

	Anteil der Wirtschaftsbereiche (in %)		
	Sachsen	alte Bundesländer	neue Bundesländer
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	3,1	2,5	3,5
Produzierendes Gewerbe:	36,4	33,0	33,3
– Energie, Wasservers., Bergbau	1,4	1,2	1,3
– verarbeitendes Gewerbe	19,4	25,7	16,6
– Baugewerbe	15,6	6,1	15,5
Handel und Verkehr	17,1	19,5	17,6
Dienstleistungsunternehmen	22,8	24,8	23,0
Staat, Private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	20,5	20,3	22,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 6: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Erwerbstätigkeit 1998

Quelle: Statistisches Bundesamt. Vorläufige Ergebnisse der 2. Schnellrechnung (Stand März 1999).

Wirtschaftssektor	Sachsen			Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1991	1995	1998	1991	1995	1998	1991	1995	1998
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	2,3	1,2	1,4	3,3	1,6	1,8	1,3	1,0	1,0
Produzierendes Gewerbe:	38,9	37,2	35,9	36,1	35,5	34,1	39,3	34,0	32,8
– Energie, Wasservers., Bergbau	9,1	4,0	4,0	7,7	3,8	4,0	2,9	2,7	2,3
– verarbeitendes Gewerbe	18,1	15,4	19,0	16,6	14,7	17,6	31,0	26,1	26,4
– Baugewerbe	11,7	17,7	12,9	11,8	17,0	12,5	5,4	5,2	4,2
Handel und Verkehr	14,8	12,9	11,6	14,6	13,2	12,7	15,2	15,2	14,7
Dienstleistungsunternehmen*	21,2	29,0	32,8	21,4	28,6	32,0	31,0	36,2	38,6
Staat**	22,9	19,7	18,2	24,6	21,1	19,4	13,2	13,6	12,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

\* einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe

\*\* einschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Tabelle 7: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (unbereinigte Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen). Berechnungsstand März 1999

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts

DIETER JANKE

## **Sachsen im Strudel zweier Transformationen – Fakten und Alternativen**

### *Ausgangsbedingungen – Das Erbe der DDR*

Gerade auch in jüngster Zeit wurde die These von der »maroden DDR-Wirtschaft« strapaziert, um die zum Sachzwang erklärte Art und Weise des Anschlusses der DDR an die BRD als alternativlos darzustellen. Dem gleichen Zweck dient die Behauptung ihrer Zahlungsunfähigkeit. Sachliche Analysen aber belegen, so marode, daß ausnahmslos jeder Betrieb keine Überlebenschance hatte, war die Wirtschaft der DDR nicht. Auch die Zahlungsfähigkeit des Staates auf den internationalen Kapitalmärkten war keineswegs so eingeschränkt, daß keine Kreditwürdigkeit mehr gegeben gewesen wäre.

Eines gilt allerdings uneingeschränkt: Weder die Wirtschaft der DDR noch einzelne ihrer Struktureinheiten waren voraussetzungslos in der Lage, im Wettbewerb der internationalen Märkte zu bestehen.

Ursachen dafür waren festgezurte und unflexible Kombinarsstrukturen, die ihre Befehle aus der Zentrale in Berlin erhielten. Ein flexibler Mittelstand – einst eine Domäne der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Sachsen – existierte so gut wie nicht mehr. Die Kombinate ihrerseits lebten wiederum im Prinzip von der Substanz. So wie die Investitionsrate der DDR allgemein den Ansprüchen einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur nicht mehr entsprach, hatten sie vielfach sogar substanzielle Probleme, ihre Wirtschaftskraft wenigstens auf dem bisherigen Niveau zu erhalten.

Die Ausnahme war freilich der Bereich Mikroelektronik – ein Steckenpferd Günter Mittags. Doch die Konzentration auf diesen Bereich wie auch die wachsenden Aufwendungen zur Sicherung einer weitestgehend autarken energetischen Basis durch die Braunkohle ließen die Mittel für andere Bereiche fast gegen Null gehen.

Das Zehren an der wirtschaftlichen Substanz der DDR, von dem vor allem die achtziger Jahre gekennzeichnet waren, betraf den Südosten der Republik durch die systemtypischen Umverteilungsmechanismen in beson-

derem Maße. Dennoch war das ökonomische Erbe, das Sachsen in das geeinte Deutschland einbrachte, nicht ausschließlich von Hypotheken belastet. So hat sich auch der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf mit seinen Kontakten noch aus der »Vorwendezeit« den Ort seiner zweiten politischen Karriere sehr bewußt ausgesucht. Er wußte um die traditionell relativ starken Seiten der Bezirke Dresden, Chemnitz und Leipzig.

Dicht besiedelt und mit einer für damalige Verhältnisse günstigen Infrastruktur waren sie die wirtschaftlich potentesten der 15 DDR-Bezirke. Hinzu kommt der zentraleuropäische Standort mit seinen traditionellen Kontakten im Handel mit Ost- und Südosteuropa. Auch das intellektuelle Potential, wie überhaupt die hohe Qualifikation und der Erfahrungsschatz der von Werktätigen zu Arbeitnehmern Mutierten, war ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Bei lediglich 16,3 % des Territoriums der DDR waren hier 29,6 % der Wohnbevölkerung konzentriert.<sup>1</sup> Fast 30 % der Berufstätigen der DDR arbeiteten in deren südöstlichen Bezirken, überdurchschnittlich viele – 35,2 % – in der Industrie und 27,2 % in der Bauwirtschaft. Über 40 % der industriellen Produktion der DDR wurden hier erarbeitet. Bezieht man sie auf die ca. 30 % Berufstätigen, heißt das natürlich auch, hier handelte es sich um die produktivsten Bezirke, was ursächlich wiederum auf die hier vorhandene Wirtschaftsstruktur zurückzuführen ist. Relativ hoch war der Anteil der Baumaterialienindustrie (30,1 %), vor allem aber des Maschinen- und Fahrzeugbaus (39,7 %) und der Elektrotechnik/Elektronik (33,6 %). Bei letzterer lag der Bezirk Dresden mit 16,5 % an der Spitze, noch vor Erfurt und Berlin. Einen absoluten Spitzenwert erreichten die sächsischen Bezirke bei der Textilproduktion. Hier waren es 75,3 %, die in erster Linie auf den Bezirk Karl-Marx-Stadt (52 %) konzentriert waren.

Diese Relationen sagen natürlich nichts über die internationale Leistungsfähigkeit jener Strukturen aus. Sie machen aber deutlich, daß das »Erbe der DDR« im Positiven und Negativen territorial betrachtet durchaus nicht zu gleichen Teilen in die föderalen Strukturen der BRD überging. Die sächsischen Bezirke hatten die vergleichsweise besten Startbedingungen. Eine »weiche Landung« in den Strukturen der Bundesrepublik hätte – im Sinne von denkbaren Alternativen – mit Sicherheit auch beim Start Sachsens in die Bundesrepublik und die Weltwirtschaft andere Chancen und Ergebnisse gezeitigt.

---

1 Siehe dazu und im folgenden: Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1990. S. 65.

Eine spezielle Erblast bildeten die zentralistischen Umverteilungsmechanismen der DDR. Hier ist z. B. der Anteil der Bauindustrie in den Bezirken und im Vergleich dazu der Anteil der hier gebauten Wohnungen interessant. Während die drei sächsischen Bezirke bei der Bauproduktion im Verhältnis zur Wohnbevölkerung eine »normale« Leistung erbrachten (Dresden 8,4 %, Karl-Marx-Stadt 8,2 % und Leipzig 9,0 %; bei einem Bevölkerungsanteil von 6,2 %, 5,5 % und 4,6 %) entfielen auf sie an insgesamt gebauten bzw. modernisierten Wohnungen relativ wenige im Vergleich zur Hauptstadt Berlin.<sup>2</sup> Diese Begünstigung der Hauptstadt zeigte sich auch beim Einzelhandelsumsatz.<sup>3</sup> Diese Umverteilungsmechanismen hatten ihre Wirkungen auch auf den Ablauf des Herbstes 1989 und dessen politische Folgeprozesse. Das belegen die Angaben zur Abwanderung in der Endphase der DDR.<sup>4</sup> Es ist kaum anzunehmen, daß der Unmut der Leipziger, Dresdner und Karl-Marx-Städter auf der Lektüre des Statistischen Jahrbuchs der DDR basierte. Jene Probleme spürte man im Alltag! So kann es auch nicht verwundern, daß die größte Abwanderungsbewegung in die BRD vor und nach der Öffnung der Mauer in den drei sächsischen Bezirken zu verzeichnen war.<sup>5</sup> Ca. 41 % derer, die mit ihren Füßen abstimmten, kamen aus Sachsen bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von 29,6 %.<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund wage ich die These: In der zeitlichen Abfolge war die DDR noch vor ihrer politischen Agonie und dem wirtschaftlichen Absturz – gemessen an ihren eigenen Werten – moralisch verbraucht. In Sachsen waren die Gräben besonders tief. Sie brachen hier frühzeitig und mit besonderer Vehemenz auf.

Das wirtschaftliche Erbe der DDR war insgesamt vielschichtig. Die Abwesenheit demokratischer Strukturen im Politischen hatte letztlich einen

- 
- 2 Bei Altbauten insgesamt lediglich 24,4 Prozent, bei Neubauten gar nur 22,9 Prozent.
- 3 Während er sich in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig mit 10,9 %, 10,4 % und 8,1 % in etwa auf der Ebene der Anteile bei der Wohnbevölkerung bzw. noch darunter bewegte (10,4 %, 14,1 % und 8,1 %), sah die Relation in Berlin deutlich anders aus. Bei einem Bevölkerungsanteil von 7,8 % hatte die Hauptstadt einen Anteil am Einzelhandelsumsatz von 10,9 % – darunter bei Industriewaren sogar von 11,7 %.
- 4 Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1990, S. 401.
- 5 1989 wanderten aus dem Bezirk Dresden 41 939 Bürger in die BRD ab, aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt 37 535 und aus dem Bezirk Leipzig 25 654. Aus der Hauptstadt der DDR waren es »nur« 29 991.
- 6 Rechnet man auf die einzelnen Bezirke herunter, lag Dresden bei rund 16 % (Bevölkerungsanteil: 10,4 %), Karl-Marx-Stadt bei rund 15 % (Bevölkerungsanteil: 14,1 %) und Leipzig bei rund 10 % (Bevölkerungsanteil: 8,1 %).

wirtschaftspolitischen Zentralismus und Dirigismus hervorgebracht, der im Systemwettbewerb offensichtlich unterlegen war. Für die hier eingebundenen Wirtschaftseinheiten bedeutete das, daß sie mit der Agonie des Systems zunächst lernen mußten, im Rahmen der für sie neuen marktwirtschaftlichen Umwelt auf eigenen Beinen zu stehen. Ohne eine Übergangsphase war das schlicht und einfach unmöglich. Die Voraussetzungen dafür waren jedoch unterschiedlich. Es gab Kombinate, die wie die bezirksgeleiteten vornehmlich für den Binnenmarkt produzierten. Folglich hing ihre Perspektive in erster Linie von ihrer zukünftigen Präsenz auf den heimischen Märkten ab. Andere, die vornehmlich für den Export produzierten, waren entweder von der Zukunft der RGW-Strukturen oder aber ihrer Behauptung auf den kapitalistischen Weltmärkten abhängig.

Die Entscheidung über das Zustandekommen einer Übergangsphase im Sinne einer gestaltbaren Alternative allerdings war ein Feld der Politik. Hier schieden sich die Geister. So war auch der Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung, Christa Luft, klar, daß der historisch einmalige Transformationsprozeß von der Plan- zur Marktwirtschaft ohne größere Verwerfungen nur mit einer längeren Transformation möglich ist. »Sie sollte in einem *noch* für mehrere Jahre *noch* politisch souveränen und *ökonomisch* selbständigen Staat DDR erfolgen und bei Nutzung der Erfahrungen der BRD eigenständig gestaltet werden« – faßt sie in Rückblick auf ihre Amtszeit die Bedingungen ihres Reformkonzepts zusammen.<sup>7</sup> Es basierte auf einer schrittweisen Auflösung der zentralistischen Strukturen und zielte auf die Chancengleichheit unterschiedlicher Eigentumsformen, Wettbewerb als Grundprinzip des Wirtschaftens, freie Preisbildung bei staatlicher Regulierung in wenigen ausgesuchten Bereichen, außenwirtschaftliche Öffnung und eine schrittweise Herstellung der Konvertierbarkeit der Landeswährung. Das alternative Wirtschaftskonzept der Modrow-Regierung – oder besser: seine Grundidee – hatte keine Chance. Spätestens mit dem Vorziehen der ersten freien Wahlen auf den 18. März 1990 und mit Blick auf die hier zu schaffende Ausgangslage für die ersten gesamtdeutschen Wahlen begannen zusehends politische Machtinteressen gegenüber wirtschaftspolitischem Sachverstand zu dominieren. Mit der nun einsetzenden konservativen Offensive, die in Sachsen aus verschiedenen Gründen auf besonders fruchtbaren Boden fiel, hatten alternative politischen Strategien kaum eine reale Chance.

---

7 Christa Luft: Zwischen Wende und Ende. Reminiszenzen einer Zeitzeugin. Berlin 1999. S. 99.

*Die Wirtschaft Sachsens zwischen 1990 und 2000*

Die ökonomische Entwicklung des am 3. Oktober 1990 entstandenen Freistaates ist ohne zwei, wiederum zentralistische, politische Entscheidungen nicht zu erklären. Ihr Zustandekommen lag jedoch bereits vor jener eher formalen Zäsur: zum einen die Einführung der D-Mark in der noch existierenden DDR am 1. Juli 1990 und zum anderen die Entscheidung über die Politik der noch unter Modrow geplanten Treuhandanstalt.

Mit dem währungspolitischen Urknall wurde versprochen, eine Neuauflage des westdeutschen Wirtschaftswunders zu initiieren. Innerhalb weniger Jahre würde der Osten die Wirtschaftskraft des Westen erlangen, glaubten viele. Einige Wirtschafts- und Finanzexperten waren jedoch illusionsloser. Sie warnten vor dem schnellen und schutzlosen Hineinwerfen der ostdeutschen Wirtschaft, die sich bislang vorrangig auf den heimischen Markt oder den des RGW orientiert hatte, in die rauen Gewässer der Weltwirtschaft. Zugleich wurde über den Umtauschkurs diskutiert. Denn klar war, mit einer massiven Aufwertung durch die D-Mark-Einführung war die Wettbewerbsfähigkeit der ohnehin in einem komplizierten Umstrukturierungsprozeß befindlichen DDR-Betriebe substanziell beeinträchtigt.

Für die Unausweichlichkeit der »schnellen D-Mark« wird vielfach der Druck von der Straße ins Feld geführt. Zweifellos spielte er eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dieser Druck hatte nicht unwesentliche Ursachen in der DDR selbst. Die offizielle Landeswährung, mit der die Arbeitsleistungen der Bürger vergütet wurden, hatte für den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen keinen Wert. Handwerker reagierten z. B. vielfach nur noch, wenn sie mit »blauen Fliesen« gelockt wurden. Und wenn die Bürger ins Ausland fuhren, um in Ungarn Urlaub zu machen, saßen sie mit ihrem Geld am Katzentisch.

Mit dem Besitz der »harten« Mark hofften nun viele, nicht mehr Deutsche zweiter Klasse zu sein. Man sah nicht – und wurde darüber auch nicht durch die Protagonisten der raschen Währungsunion aufgeklärt –, daß mit dem 1. Juli 1990 die DDR-Betriebe quasi über Nacht schutzlos in ein ungewohntes Wirtschaftsumfeld entlassen wurden.

Das sozialpsychologische Moment nutzte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nach seinem Dresdner Besuch vom 19. Dezember 1989 konsequent aus. Mit seinem ihm eigenen Machtinstinkt spürte er auf dem Platz vor der Ruine der Frauenkirche seine Chance beim »Bad in der Menge«. Während er noch vor wenigen Wochen im Bundestag selbst von einer Föderation der beiden deutschen Staaten gesprochen hatte, schob er nun



alle Bedenken beiseite. Ihm wurde klar, mit dem Versprechen, die DDR-Bürger könnten im Sommer mit der D-Mark in den Urlaub fahren, sind die bevorstehenden Wahlen zu gewinnen. Und er nutzte das Irrationale der Situation. Das Versprechen setzte er als »Wunderwaffe« im Wahlkampf ein.

Und er hat recht behalten. Freilich um den Preis, daß mit der selbst für viele Insider, wie den damaligen Chef der Deutschen Bundesbank Karl Otto Pöhl, überraschenden Ankündigung der Währungsunion am 7. Februar 1990, das Aus für die Masse der DDR-Betriebe in Szene gesetzt war. Dieses Aus bedeutete aber auch das Aus für das in Umrissen entwickelte Alternative Wirtschaftskonzept der Modrow-Regierung. Und das war das eigentliche Anliegen Kohls! Mit dem näher rückenden Wahltermin zeichneten sich deutlich zwei Szenarien für die Zukunft Ostdeutschlands ab: zum einen das konservative, das auf eine schnelle Liquidation der DDR unter anderem durch eine schnelle Währungsunion setzte – mit all den zumindest in den Umrissen bereits erkennbaren ökonomischen und sozialen Folgen; und als Alternative dazu eines mit stärkerem Realitätssinn, das bei allen unausweichlichen Problemen auf einen »geordneten« Einzug marktwirtschaftlicher Strukturen ausgelegt war.

Als politischen Rahmen hätte letzteres allerdings ein befristetes Fortbestehen der DDR zur Voraussetzung gehabt. Genau das aber wollte man mit der konservativen monetaristischen Offensive verhindern. Kohl hatte das Gespür, daß es bei raschem Handeln möglich war, die DDR durch eine »feindliche Übernahme« in die BRD zu integrieren. Zeitpunkt und andere Rahmenbedingungen der Währungsunion waren nicht von wirtschafts- oder finanzpolitischen Erwägungen geprägt, sondern von machtpolitischen.

Das zeigte sich z. B. auch bei Ablehnung der von Modrow zur Unterstützung der DDR-Wirtschaft erbetenen 15 Milliarden D-Mark während des Besuchs seines Kabinetts in Bonn am 13. Februar 1990. Mit einer solchen finanziellen Hilfe wären im Sinne des alternativen Modrow-Planes für erkennbare Engpässe und erste Modernisierungsvorhaben des sichtbar überalterten Kapitalstocks der DDR-Wirtschaft Lösungen möglich gewesen. Der vorgezogene Wahltermin auf den 18. März stand zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits fest. Und somit mußte diese Bitte ersatzlos abgeschlagen werden. Auch Formalitäten sprachen eine deutliche Sprache. Ob bewußte oder unbewußte Symbolik dabei eine Rolle spielte, sei dahingestellt: Die Maschine, mit der der letzte DDR-Finanzminister Walter Romberg schließlich am 18. Mai 1990 nach Bonn zur Unterzeichnung des Vertrages zur Währungsunion nach Bonn flog, war eine der Bundeswehr.

Der Sozialdemokrat Romberg hatte damals allerdings über den Zeithorizont und entsprechende Spielräume der de-Maizière-Regierung Illusionen. Heute würde er, wie er inzwischen selbst einräumt, mit seinen jetzigen Kenntnissen den Vertrag nicht noch einmal unterschreiben.<sup>8</sup> Bezugnehmend auf eine entsprechende Studie, gingen er und sein Ministerium im Sommer 1990 noch von einem Zeithorizont der Weiterexistenz der DDR von rund zwei Jahren aus und davon, daß 20 bis 25 % der DDR-Betriebe mit einem relativ geringem Aufwand überlebensfähig waren. Weitere dreißig Prozent hätten mit größeren Anstrengungen in die Marktwirtschaft überführt werden können.<sup>9</sup> Er hoffte also auf alternative Möglichkeiten zur Nachbesserung, die allerdings mit dem von Staatssekretär Günter Krause und Minister Wolfgang Schäuble Ende August unterzeichneten zweiten Staatsvertrag und der Fixierung der staatlichen Einigung auf den 3. Oktober hinfällig waren.

Ein weiteres alternatives Szenario, das zwar auf die Unausweichlichkeit einer schnellen Währungsunion, aber auch auf mögliche Nachbesserungen unter anderem im Rahmen der Treuhandpolitik setzte, wurde mit dem zweiten Staatsvertrag vereitelt. Nicht ohne Grund haben Romberg und weitere SPD-Minister im August 1990 das Kabinett verlassen. Das war um so bedauerlicher, als sein Szenario auf einen seinerzeit durchaus realistischen Kompromiß setzte. Wie schon bei der Währungsunion selbst dominierten auch hier schließlich machtpolitische Prämissen.

Die Geister der letzten DDR-Regierung schieden sich letztlich am Treuhandkonzept. Walter Romberg favorisierte eine Variante der Überführung und Verwaltung des Wirtschaftsvermögens der DDR, die zumindest auf die teilweise Lösung der absehbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme der wiederentstehenden ostdeutschen Länder abzielte. Leistungsfähige Betriebe, vor allem auch solche, bei denen keine vergleichbaren Profile in der BRD vorhandenen waren, sollten wettbewerbsfähig gemacht werden. Zu diesem Zweck sollte eine Kommission gebildet werden, die der Ministerpräsidentenkonferenz der ostdeutschen Länder unterstehen sollte.<sup>10</sup> Mit einer solchen Konstruktion wäre es möglich gewesen, die wirtschafts- und vor allem aber die strukturpolitischen Probleme mit dem Blick auf die

---

8 Siehe Gabriele Oertel/Dieter Janke: Die deutsche Einheit – nur ein Nebenergebnis. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 1./2. Juli 2000. S. 17.

9 Siehe ebenda.

10 Siehe ebenda.

Interessen der ostdeutschen Wirtschaft durch Vertreter der betreffenden Landesregierungen anzugehen. Auch regionale Besonderheiten und Interessen wären auf diese Weise in die Treuhandarbeit aufzunehmen gewesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte auch das traditionell wirtschaftsstarke Sachsen von einer solchen Konstruktion und der mit ihr möglichen Struktur- und Industriepolitik profitieren können. Von den 50 Prozent der DDR-Betriebe, deren Überführung mit einem mehr oder weniger großen Aufwand nach Walter Rombergs Vorstellungen möglich gewesen wäre, war schließlich ein überproportional hoher und leistungsfähiger Anteil in Sachsen konzentriert.

Auch diese Option blieb schließlich ungeschehene Geschichte. Krause bzw. diejenigen, die ihm die Feder führten, zurrten eine Treuhandpolitik fest, die in ihrer dirigistischen Art Parallelen zum Stil Günter Mittags hatte. Bereits die Unterstellung der Behörde unter das Bundesfinanzministerium bewirkte eine Dominanz finanzpolitischer Aspekte bei der Treuhandarbeit. Als Prinzip galt: Privatisierung um jeden Preis. Sanierung konnte schon deshalb nicht deren dominierende Aufgabe sein, weil die Lebenszeit der Treuhandanstalt möglichst kurz gehalten werden sollte.

Das Ergebnis war: »Der ostdeutsche Wirtschaftskörper [...] wurde nach der Währungsunion durch die Treuhand vornehmlich westdeutschen und westeuropäischen Unternehmen auf einem Tablett zur Selbstbedienung dargeboten.« Und weiter heißt es: »Eine gesellschaftliche Steuerung im Hinblick darauf, was im Osten an Frischzellen und Nervensträngen in Form von Innovationszentren sowie an Herz- und Hauptschlagadern in Form industrieller Kristallisationskerne hätte aus dem Vorhandenen entwickelt werden können, fand nicht statt. Einzelwirtschaftliche Interessen dominierten, gesamtwirtschaftliches Interesse wurde nicht artikuliert.«<sup>11</sup> Ein Alternative dazu setzte einen anderen Ansatz für die praktizierte Wirtschaftspolitik voraus, die z. B. von der PDS, aber auch von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vertreten wurde. Während des gesamten hier zu Diskussion stehenden Zeitraums fand sie aus den unterschiedlichsten Gründen keine Mehrheiten. Sie hätte das Setzen auf volkswirtschaftliche und sozialpolitische Prämissen bedeutet, die sich an den Besonderheiten – d. h. an den Schwächen, aber auch den Stärken – der ostdeutschen Regionen orientierte.

---

11 Christa Luft, Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland – Herausforderungen, Rückwirkungen, Alternativen. In: Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft. Protokolle der Bundesstiftung Rosa Luxemburg. Berlin 3/1999. S. 20.

Für die ostdeutschen wie auch für die meisten sächsischen Betriebe waren die bereits am Montag, dem 2. Juli 1990, mit westdeutschen Produkten gefüllten Läden eine Katastrophe. Schlagartig wurde ein Problem offenbar, das noch heute den Weg der ostdeutschen Länder zu einer eigenständigen Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft belastet: Kühl gerechnet und zugespitzt, benötigt die leistungsfähige altbundesdeutsche Wirtschaft den Osten letztlich nur als Standort von Immobilien und die hier erzielten privaten wie auch öffentlichen Einkommen als Nachfrage. Als rein betriebswirtschaftliche Größe lassen sich die ostdeutschen Bundesländer jedoch als Landesteile nicht im Sinne der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung zum Angleichen der Lebensverhältnisse entwickeln.

Die angebotspolitische Fixierung und das vordergründige Setzen auf die Regulierungsmechanismen des Marktes waren und sind die Prämissen der bisherigen westdeutschen Transformationspolitik. Auch die rot-grüne Bundesregierung hat hier keine wesentlichen neuen Akzente im Sinne alternativer Konzepte gesetzt.

Karl Mai und Klaus Steinitz sprechen in diesem Zusammenhang von einer »verfehlten Transformationsstrategie«.<sup>12</sup> Eine solche aber hat es aus meiner Sicht, bezogen auf die wirtschaftliche Transformation, zu keiner Zeit tatsächlich gegeben. Neben den inzwischen in ihrer Höhe und auch in ihren Wirkungen umstrittenen Transfers setzte man in Bonn und später in Berlin auf die Selbstregulierung durch den Markt. Kohls Vision von 1990 war letztlich rein politisch motiviert und zudem eher von Machtinstinkten als von strategischen Überlegungen geprägt. Sein parteiinterner Widerpart Kurt Biedenkopf wußte das. Es hielt ihn allerdings nicht davon ab, den konservativen Sog für seine zweite politische Karriere zu nutzen, indem er sich im Wahlkampf um das Filetstück der untergehenden DDR bewarb.

Die Währungsunion leitete eine *erste Etappe* der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands ein, die Steinitz treffend als »Abbruch oder Absturz Ost« charakterisiert.<sup>13</sup> Kennzeichnend für diese Phase, die bis zum Jahre 1992 reichte, war ein historisch beispielloser Deindustrialisierungsprozeß und ein flächendeckender Verlust von Arbeitsplätzen. Letzteres führte nur deshalb nicht zum sozialen Kollaps und zur politischen Instabilität, weil vor

---

12 Siehe MEMO-FORUM. Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Nr. 27. Bremen 2000. S. 3.

13 Siehe Klaus Steinitz: Aufschwung Ost? Ergebnisse, Probleme, Perspektiven. Berlin 1998. S. 24. (Pankower Vorträge. Heft 13).

allem durch massenhaften Einsatz der Mittel aus den Sozialversicherungen, wie großzügige Vorruhestandsregelungen, Beschäftigungs- und Weiterbildungsprojekte und dergleichen, die Wirkungen dieses Crashkurses temporär gelindert und gestreckt wurden.

Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung fiel das Bruttoinlandsprodukt der DDR bzw. der aus ihr hervorgegangenen Bundesländer 1990 im Vergleich zum Vorjahr um 17,9 %, 1991 nochmals um 22,9 %.<sup>14</sup> Noch drastischer sah der Substanzverlust bei der Industrieproduktion aus. Sie brach 1990 um 28,7 % und 1991 sogar um 55,7 % ein.<sup>15</sup> Ein Beleg dafür, daß diese Talfahrt seine Ursache nicht ausschließlich im Produktivitätsgefälle hatte, ist der Vergleich mit der Entwicklung in anderen ehemaligen RGW-Staaten. Trotz aller Probleme hatte die DDR noch die vergleichsweise günstigsten Voraussetzungen im Hinblick auf das allgemeine Niveau der Produktivität und bei den technologischen und Qualitätsstandards ihrer Produktion. Dennoch, so führt Steinitz ins Feld, war hier der damalige Produktionsrückgang allgemein, wie auch der bei der Industrie und beim Export, deutlich größer als z. B. in Polen, Tschechien oder Ungarn.<sup>16</sup>

Trifft dies auf die Relation der Ausgangsbedingungen der ostdeutschen Bundesländer allgemein zu, dann jedoch noch in stärkerem Maße auf die Bedingungen in Sachsen mit seinem, bezogen auf die DDR, überdurchschnittlichen Wirtschaftsniveau, das freilich nach Branchen differenziert werden muß. So hatte die Zwickauer »Trabbi-Schmiede« mit Sicherheit deutlich ungünstigere Voraussetzungen als z. B. einzelne Bereiche im Maschinenbau.

Bislang liegen keine offiziellen wertmäßigen Angaben über den wirtschaftlichen Absturz Sachsens in den Jahren 1990/91 vor. Einige Ziffern über den Zusammenbruch in einzelnen Branchen aus dem ersten Statistischen Jahrbuch Sachsens von 1992 können jedoch als signifikante Beispiele für diesen Prozeß dienen. So fiel die Produktion von Elektroenergie zwischen 1989 und 1991 von 21 261 Gigawattstunden auf 222, d. h. auf einen Restwert von lediglich 1 %. Warmgewalzter Stahl wurden 1989 noch 1 614 Millionen Tonnen produziert. Zwei Jahre später blieben noch 168

---

14 BIP zu Preisen von 1991. Siehe Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung. Ausgabe 4/1996. S. 43.

15 Siehe Herausforderung Ostdeutschland – Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Hrsg. von Rüdiger Pohl. Berlin 1995. S. 188.

16 Siehe Klaus Steinitz: Aufschwung Ost? S. 30.

Millionen Tonnen bzw. ca. 10 % übrig. Die Produktion von Oberbekleidung für Damen und Herren – ein gerade für den Chemnitzer Raum strukturbestimmender Zweig – reduzierte sich binnen dieser zwei Jahre auf rund ein Viertel. Leider liegen für Maschinenbauerzeugnisse und Kraftwagen keine vergleichbaren Angaben vor. Es darf jedoch angenommen werden, daß diese Branchen bei diesem Verfall keine Ausnahmen machten.<sup>17</sup>

Dieser flächendeckende Zusammenbruch ganzer Branchen mußte natürlich auch verheerende Konsequenzen für den gerade im Entstehen begriffenen Arbeitsmarkt haben. Erwerbstätige gab es in Sachsen 1991 noch rund 1,2 Millionen. Unterstellt man grob, daß in den betreffenden DDR-Bezirken rund 30 % des Beschäftigungspotentials konzentriert waren, bedeutete das einen Absturz in kürzester Zeit von rund 2,9 Millionen – auf einen Rest von lediglich 40 %. Entsprechend stieg die Zahl der Arbeitslosen, die in Sachsen im Dezember 1991 bereits eine Rate von 10,5 % erreicht hatte. Das war eine Erhöhung zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 68,4 %!

*Eine zweite Etappe* der Wirtschaftsentwicklung der ostdeutschen Länder und damit auch Sachsens setzte 1992 ein. Bis 1995/96 konnten sie durch hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, bei der Produktivität, bei der Modernisierung der Infrastruktur sowie auch bei der Einkommensentwicklung den Abstand zum Westen verringern. Durch günstige finanzpolitische Rahmenbedingungen wurden neue Produktionskapazitäten geschaffen und große Teile der in bescheidenem Umfang erhalten gebliebenen Anlagen erneuert. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt drei- bis viermal schneller als in den westlichen Bundesländern. In Preisen von 1991 stieg es in Sachsen 1993 um 10,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Im folgenden Jahr waren es nochmals 11,5 %.<sup>18</sup> Man sprach seinerzeit von den »Wachstumsregionen Europas«, meist allerdings, ohne die rechnerische Basis, die Spezifika dieser Konjunktur und das geringe Ausgangsniveau dieser Dynamik zu erwähnen.

Alternative Konzepte und Überlegungen hatten es angesichts dieser »Macht des Faktischen« schwer, Gehör zu finden. Der Boom der ostdeutschen Länder schien den Protagonisten der neoliberalen Angebotsstrategie, die mit beachtlichen Transfers und Sonderabschreibungsmodellen gekoppelt war, recht zu geben.

---

17 Siehe Statistisches Jahrbuch Sachsen 1992. Hrsg. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Dresden 1992. S. 193.

18 Siehe Statistisches Jahrbuch Sachsen 1999. Dresden 1999. S. 648.

Dennoch warnte z. B. die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik frühzeitig davor, daß die Bedingungen für die damalige Wirtschaftsdynamik endlich sind. Sie entwickelte eigene alternative Vorstellungen, die auf eine stärkere Regionalisierung und Vernetzung der Wirtschaftskreisläufe, eine Verstärkung sowie neue Akzente bei der Beschäftigungspolitik und letztlich auf einen sozial-ökologischen Strukturwandel abzielten.<sup>19</sup>

Auch im akademischen Bereich wurden Versuche unternommen, alternative Szenarien für die Transformation der ostdeutschen Länder zur Angleichung an das westdeutsche Niveau zu entwickeln. Sie blieben jedoch für die politischen Strategien und Debatten im Prinzip ohne Belang. So hat ein Autorenkollektiv unter der Leitung von Fleissner und Ludwig bereits 1992 anhand von Computersimulationen ein Referenzszenario und alternative Szenarien der Wirtschaftsentwicklung im Osten entwickelt.<sup>20</sup> Ersteres geht vom Übertragen der wichtigsten Entwicklungsdaten des alten Bundesgebiets auf die Länder, die aus der DDR hervorgingen, aus, untersucht wichtige Kennziffern wie Produktionsdynamik, den Arbeitsmarkt, die Produktivität, Einkommen und dergleichen. Es kommt in Hinblick auf die zugrunde gelegten Annahmen letztlich zu dem Schluß, daß nur eine vergleichsweise hohe Wirtschaftsdynamik in der Lage sein würde, den Osten auf absehbare Zeit aus der staatlichen Alimentierung zu entlassen.<sup>21</sup> Jede Verzögerung würde die Finanzierungslücke und damit die Belastung der öffentlichen Haushalte wieder größer werden lassen. Als alternative Szenarien wurden die eines Erholungsgebiets, eines Industriestandortes, einer Hochtechnologieregion und eines Rohstofflandes durchgerechnet. Überraschen konnte es dabei nicht, daß auf dem Entwicklungspfad Industriestandort bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Beschäftigung und der Produktivität die besten Werte erzielt wurden.<sup>22</sup>

Betrachtet man die Wirtschaftsentwicklung im Osten Deutschlands allerdings in den Jahren nach 1992, zeigt sich, daß gerade der industriepolitische Crashkurs von 1991/92 hier seinen Tribut forderte.

Mit Blick auf die Ursachen der Wirtschaftsdynamik in der zweiten Etappe der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung darf nicht unerwähnt blei-

---

19 Siehe Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '95. Köln 1995. S. 158ff.

20 Siehe Peter Fleissner/Udo Ludwig: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. Computersimulation mit einem systemdynamischen Modell. Braunschweig, Wiesbaden 1992.

21 Siehe ebenda. S. 124.

22 Siehe ebenda. S. 137.

ben, daß ihre Impulse im Prinzip exogener Natur waren und die strukturellen Defizite der sächsischen wie der gesamten ostdeutschen Wirtschaft letztlich nur überlagert und temporär ausgeglichen wurden. Industrielle Kerne, mit denen andere Akzente hätten gesetzt werden können, waren im Prinzip nicht mehr vorhanden. Und: Die Beschäftigung blieb vom Wachstum in diesem Zeitraum weitestgehend abgekoppelt. 1992 lag die Arbeitslosenrate bereits bei 13,6 % und stieg 1994 auf 15,7 %. Ein leichter Rückgang von 1995 auf 14,4 % wurde in den folgenden Jahren wieder zunichte gemacht – ein Anzeichen dafür, daß der Schiefelage auf dem Arbeitsmarkt offenbar nicht mit Wirtschaftswachstum allein und der Präferenz der Exportwirtschaft beizukommen ist.

Eine weitere Besonderheit dieser Phase des Aufholens des Ostens war der hohe Anteil der Bauwirtschaft am Wachstum. Ihre Bedeutung ging jedoch mit der dritten, 1996 einsetzenden Phase der Wirtschaftsentwicklung im Osten zurück, ohne allerdings schon jetzt westdeutsche Relationen erreicht zu haben.<sup>23</sup> Gemessen an den Wachstumsraten wurde in der 1995/96 *beginnenden dritten und bislang anhaltenden Etappe* die Aufholjagd der Ost-Wirtschaft unterbrochen, zum Teil sogar abgebrochen. Die Wachstumsraten fielen unter die der westlichen Bundesländer zurück, so daß die Ost-West-Schere wieder zunahm, wie unter anderem auch der Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit feststellen mußte.<sup>24</sup> So wurden die Ost-West-Relation beim Bruttoinlandsprodukt von ca. 60 % wie auch das Produktivitätsgefälle während der letzten Jahre eher zementiert. Beim Produktivitätsniveau, das beim Verarbeitenden Gewerbe inzwischen mit zwei Drittel des Westniveaus eingeschätzt wird, herrscht Stagnation. Ein deutliches Signal, daß die bisherige Variante des »Aufschwungs Ost« an ihre Grenzen gestoßen ist.

Als besonders problematisch erweist sich zudem, daß die gegenwärtige Konjunktur offenbar nur marginale Wirkungen für den Osten hat und mit großer Wahrscheinlichkeit kaum nennenswerte Entschärfungen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt mit sich bringen wird.

---

23 Siehe Wirtschaftstelegramm September 2000. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. S. 5. Für die alten Länder ohne Berlin wird hier der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung mit 4,5 % angegeben, während er in den neuen Ländern ohne Berlin noch 13,4 % und in Sachsen 13,3 % ausmacht.

24 Siehe Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/1825. S. 13.



In Sachsen fiel das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in dieser dritten Etappe von 4,9 % im Jahre 1995 auf einen Tiefpunkt von lediglich 1,2 % 1998,<sup>25</sup> während die Zahl der registrierten Arbeitslosen kontinuierlich bis auf derzeit ca. 18 % zunahm und offenbar hier verharret. Derzeit geht die sächsische Landesregierung von einem realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % für das erste Halbjahr des laufenden Jahres aus.<sup>26</sup> Damit würde der Freistaat zwar über dem ostdeutschen Durchschnitt von 1,7 % liegen, deutlich aber unter den Erwartungen für die »alten Länder«, für die ein Wachstum von 3,3 % für das Jahr 2000 prognostiziert wird.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat den wirtschaftlichen Annäherungsprozeß der beiden Landesteile seit Jahren kritisch begleitet und entsprechende alternative Szenarien entwickelt. Vor dem Hintergrund der sich seit Mitte der neunziger Jahre im Osten deutlich abschwächenden Dynamik warnte sie im vergangenen Jahr anhand einer eigens entwickelten Modellrechnung: »Bleibt der Anteil Ostdeutschlands am gesamtdeutschen Aufkommen des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahrzehnt weiter unter 15 %, sind bedeutende wirtschaftliche und soziale Spannungen auch im regionalen Gefüge der Bundesrepublik vorprogrammiert.«<sup>27</sup> Das Memo-Modell unterstellt ein ostdeutsches Wirtschaftswachstum von rund 2 %. Damit aber würde sich entsprechend den Werten für 1996 bis 1998 der Anteil des Ostens an der Wertschöpfung in den nächsten Jahren mit den entsprechenden Konsequenzen auch für die erforderlichen Transfers noch weiter verringern.<sup>28</sup>

Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind demnach mittelfristig höhere Wachstumsraten der ostdeutschen im Vergleich zur westdeutschen Wirtschaft erforderlich. Sie aber sind nicht in Sicht. Auch die Bundesregierung geht für die nächsten Jahre bestenfalls von einer Angleichung der Wirtschaftsdynamik aus.<sup>29</sup> Es stellt sich somit die Frage, ob eine politische Fixierung beim Prozeß der Angleichung der beiden Landesteile auf das Wirtschaftswachstum, das wiederum entsprechend der »Standortlogik« auf

---

25 Siehe Statistisches Jahrbuch Sachsen 1999. Dresden 1999. S. 648.

26 Siehe Wirtschaftstelegramm September 2000. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. S. 2.

27 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '99. Köln 1999. S. 206.

28 Siehe ebenda. S. 205.

29 Siehe Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/1825. S. 13.

mehr globale Wettbewerbsfähigkeit setzt, überhaupt realistisch ist. Dies gilt um so mehr mit dem Blick auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt, der im Osten bei einer offiziell eingestandenem Unterbeschäftigung von 25 % verharrt! Eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West aber ist ohne eine annähernde Beseitigung dieses Ungleichgewichts nicht zu haben.

Die sächsisch-bayrische Zukunftskommission wie auch die Dresdner Regierung erklären die hohen Arbeitslosenraten im Osten unter anderem mit einer »vergleichsweise hohen Erwerbsneigung«<sup>30</sup>, die zu einer überdurchschnittlichen Erwerbsquote, d. h. dem Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, führe. Sie lag im vergangenen Jahr bei 48,5 % im Westen und 53,5 % im Osten, in Sachsen mit 52,8 % leicht unter diesem Durchschnittswert. Die Kommission setzt mit ihrer tradierten Angebotslogik auf Lohn- und Sozialdumping, die als Kostenvorteile im Standortwettbewerb wirken sollen. Gleichzeitig soll durch die Senkung z. B. der Sozialhilfesätze disziplinierend auf die Arbeitnehmerseite gewirkt und der ostdeutsche Arbeitsmarkt der westdeutschen Frauenerwerbsquote angeglichen werden. Diese Strategie, wie sie insbesondere auch durch den sächsischen Wirtschaftsminister Kajo Schommer mit Vehemenz vertreten wird, dient vor allem der Zementierung des Einkommensgefälles zwischen Ost und West und dem Ausbau des bereits vorhandenen Billiglohnssektors, der durch die Grenzlage Sachsens zu Polen und Tschechien vermutlich mit der EU-Osterweiterung ohnehin einen weiteren Schub erleben wird. Problematisch ist ein derartiges Konzept schon deshalb, weil es einen zum Teil noch aus der DDR herrührenden, tatsächlich vorhandenen Standortvorteil des Ostens und auch Sachsens völlig vernachlässigt und sogar in sein Gegenteil kehren könnte: das hier konzentrierte relativ hohe Qualifikationsniveau.

So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1999/2000 durch eine detaillierte Analyse der Differenzierungen zwischen den ostdeutschen Regionen nachgewiesen, daß neben dem ohnehin im Osten höheren Anteil der Hochqualifizierten<sup>31</sup> diese Konzentration in Sachsen noch ausgeprägter

---

30 Siehe Wirtschaftstelegramm September 2000. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Dresden 2000. S. 7.

31 So beträgt der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Hoch- und Fachschulabschluß in Relation zur Zahl der Einwohner im Osten 3,1 zu 2,6 % im Westen. Siehe Jahresgutachten 1999/2000 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Deutscher Bundestag. Drucksache 14/2223. S. 80.

ist. Den absoluten Spitzenwert für Ostdeutschland hat Dresden inne. Bei der Bruttowertschöpfung nehmen Dresden, Leipzig und Görlitz eine Spitzenposition unter den ostdeutschen Arbeitsamtsbezirken ein, was zweifellos neben anderen Faktoren auch eine Ursache im entsprechenden Qualifikationsniveau hat.

In ihrem jüngsten Gutachten gehen die Wirtschaftweisen von einer stärkeren Differenzierung unter den ostdeutschen Regionen aus, die bei den entsprechenden Fördermechanismen berücksichtigt werden sollte. Sie zählen die drei sächsischen Ballungszentren um Dresden, Leipzig und Chemnitz inzwischen zu »Wachstumspolen«. Diese Differenzierung gilt auch, wenn man das inzwischen erreichte Wirtschaftsniveau der ostdeutschen Länder allgemein wie auch Sachsens und die Entwicklungsperspektiven bzw. -alternativen näher betrachtet.

### *Stand der Transformation und Perspektiven*

Will man den Entwicklungsstand der neuen Bundesländer und Sachsens im zehnten Jahr der deutschen Einheit im Hinblick auf sein sozialökonomisches Niveau näher charakterisieren, muß man sich über zwei Grundprozesse im klaren sein, die sich irreversibel und global vollziehen. Der eine – die Transformation der ehemals staatssozialistischen Wirtschaftsstrukturen der Länder des RGW in die kapitalistischen Marktwirtschaft – wurde in den Grundzügen und Problemen der vergangenen Jahre für Ostdeutschland bereits umrissen. Das ist auch der Prozeß, der aus der Sicht der Alltagserfahrungen am greifbarsten ist.

An dieser Stelle soll allerdings zum einen noch einmal betont werden, daß es sich um eine *objektive* und *unumkehrbare* Entwicklung handelt, die sich aus der Auflösung der bipolaren Weltarchitektur, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war, erklärt. Zum anderen, und das ist damit schon angedeutet, handelt es sich um einen *globalen Prozeß*. Das darf man bei der berechtigten Fixierung auf den uns betreffenden Umbruch in Ostdeutschland nicht aus dem Blick verlieren. Allerdings handelt es hier bei allen Gemeinsamkeiten mit anderen Transformationsländern in vielen nicht unwesentlichen Fragen um einen Sonderfall. Und schließlich: Dieser Weg führt nicht etwa – wie das vor Jahren oft undifferenziert formuliert wurde – in die Marktwirtschaft schlechthin, sondern in eine sozialpolitische regulierte *kapitalistische Marktwirtschaft*. Für die Scheu, das Adjektiv »kapitalistisch« in diesem Zusammenhang zu benutzen, gibt es keinen sachlichen

Grund. Die kapitalistische Marktwirtschaft aber, in der wir angekommen sind – oder besser noch ankommen werden – ist aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr mit der identisch, wie sie vor 1989/90 in Westeuropa, Nordamerika und Asien dominierte. Einer dieser Gründe ist der aufgelöste Systemkonflikt, der das Modell der europäischen »Sozialen Marktwirtschaft« nach 1945 geprägt hat und nunmehr als systemstiftende Komponente nicht mehr existiert.

Auch eine Prognose des zu veranschlagenden Zeithorizontes für diese Transformation ist im Prinzip unmöglich. Manche sprechen von der Hälfte des Weges, die bereits zurückgelegt worden sei. Das sind jedoch, wie auch andere Zeitraster, Spekulationen, zumal dabei mehr oder weniger unterstellt wird, hinsichtlich wirtschaftlicher, sozialer Parameter sei der Nachbau altbundesdeutscher Strukturen möglich. Das aber scheint bereits angesichts der derzeit zu beobachtenden Verfestigung der Niveauunterschiede eher unwahrscheinlich. Geradlinige Fortschreibungen abstrahieren zudem von konjunkturellen Schwankungen, die bei wichtigen Kennziffern, wie dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, Auftragseingängen, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit aufgrund der differenzierten Ausgangslage zwischen Ost und West unterschiedliche Wirkungen zeitigen werden und dergleichen.

Eine Entwicklung, deren Konsequenzen für im Prinzip ausnahmslos alle gesellschaftlichen Strukturen – von den sozialökonomischen über die politischen bis hin zu geistig-kulturellen – derzeit insgesamt weit weniger erfaßt und überschaut werden, ist der sich vollziehende technologische Umbruch, an dessen Anfängen wir uns erst befinden. Das betrifft den revolutionären Wandel der Informationstechnologien, der in seiner Tiefe und seinen Wirkungen wohl nur mit der Industriellen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts verglichen werden kann. Damals löste sich die Menschheit – oder besser: der Teil, der dazu in der Lage war – durch den massenhaften Einsatz der Werkzeugmaschine von den Grenzen seiner körperlichen Leistungsfähigkeit. Die sozialökonomischen und politischen Folgen sind bekannt.

Mit der gegenwärtigen Revolution der Informationstechnologien löst sich der Mensch durch die Verbreitung der Computertechnik und deren örtlicher, regionaler und globaler Vernetzung von den Grenzen seiner geistigen Möglichkeiten, diesmal allerdings nicht auf die Sphäre seines Arbeitslebens begrenzt, sondern bis hinein in den normalen Alltag. Und wie schon vor 200 Jahren wird auch mit diesem Umbruch »kein Stein auf dem anderen bleiben«.

Der Amerikaner Jeremy Rifkin hat in seinem jüngsten Buch »Access – Das Verschwinden des Eigentums«<sup>32</sup> einen bemerkenswerten Versuch unternommen, diesen Prozeß in seinen unterschiedlichen Facetten zu beleuchten. Unter der aufschlußreichen Überschrift »Der Kapitalismus erreicht eine neue Stufe« kommt er unter anderem zu dem Ergebnis: »Die Umstrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen ist Teil einer weit *umfassenden* Transformation *des* kapitalistischen Systems insgesamt. Langfristig wird die rein industrielle Produktion an Bedeutung verlieren. Statt auf traditionelle Industriegüter und Dienstleistungen wird sich das Kerngeschäft zunehmend auf die Vermarktung von Erlebnissen und Erfahrungen konzentrieren. Reisen in alle Welt, Themenstädte und -parks, Entertainmentzentren, Wellness, Mode und Essen, Profisport, Glücksspiel, Musik, Film, Fernsehen, die virtuelle Welt des Cyberspace und elektronisch vermittelte Unterhaltung jeglicher Art – diese Produkte werden im Zentrum eines neuen Hyperkapitalismus stehen, der den Zugang zu den kulturellen Erfahrungen kommerziell verwertet.«<sup>33</sup> Der Osten Deutschlands hat es demnach gleichzeitig mit zwei sich überlagernden Transformationsprozessen zu tun. Das wird bei den Debatten um die ostdeutschen Probleme vielfach zu wenig berücksichtigt. Es stellt sich damit aber auch die Frage, ob wirtschaftliche Szenarien, die von einer nachholenden Industrialisierung als Eckpfad zu mehr Stabilität und Beschäftigung für den Osten ausgehen, überhaupt realistisch sind.

Der von Rifkin beschriebene Prozeß ist allerdings der von beiden Transformationsebenen gravierendere und weitreichendere. Mit den Netzwerken der modernen Informationstechnologien, meint er, werden sich nicht nur die herkömmlichen Wirtschaftsstrukturen lokal gravierend verändern. Auch hier verankerte Warenmärkte des Industriezeitalters werden zunehmend obsolet. In den globalen virtuellen Märkten wird die Bodenständigkeit und regionale Vernetzung der Produzenten und auch der Händler mehr und mehr bedeutungslos. Aber nicht nur das. Indem jene Netzwerke in alle Poren der Gesellschaft dringen und selbst die Grenzen der an sich autonomen Persönlichkeit nicht unberührt lassen, bleibt kein gesellschaftlicher Bereich vom Schmelztiegel des Cyberspace verschont. So werden sich der Heimarbeitsplatz und die mit ihm verbundenen sozialen Strukturen, aber auch neue arbeits- und sozialrechtliche Verhältnisse ausbreiten, die Ähn-

---

32 Jeremy Rifkin: Acces – Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt, New York 2000.

33 Ebenda. S. 14.

lichkeiten mit den dezentralen Manufakturen des vorindustriellen Zeitalters aufweisen.

Nationale wie regionale Grenzen, im herkömmlichen Sinne standortbestimmende Faktoren wie auch kulturelle und ethnische Besonderheiten verlieren ihre Bedeutung. Sie drohen, falls sie nicht im positiven Sinn aufgehoben werden, zu verschwinden. Das gilt weltweit, natürlich auch für den Osten Deutschlands und Sachsen. Mit der entsprechenden Technik ist es heute bereits möglich, Produktions- und Verwaltungsstrukturen örtlich fast vollständig voneinander zu trennen.

Rifkin sieht mit diesen Umwälzungen neue zivilisatorische Herausforderungen wachsen. Als Gegengewicht zu diesen Umbruchs- und Nivellierungsprozessen fordert er ein neues Gleichgewicht zwischen Kultur und Kommerz: »Es müssen kommerzielle Netzwerke mit kulturellen Netzwerken, virtuelle Erfahrungen mit Erfahrungen im realen Leben, kommerzielle Vergnügungen mit kulturellen Ritualen ausbalanciert werden.«<sup>34</sup> Wirtschaft und Handel sind für ihn entwickeltere Formen von Zivilisation und Kultur. Sie sind auf ihnen gewachsen und nähren sich aus dieser Basis. Indem sie sich diese mit den neuen Technologien unterzuordnen drohen, laufen sie Gefahr, ihre Basis selbst zu zerstören. Somit wird »der räumlich-geografische Bezug wichtiger denn je«, meint deshalb Rifkin.<sup>35</sup> Das aber läuft auf eine Neu- und Höherbewertung des Regionalen hinaus.

Damit wächst auch eine neue Herausforderung für die ostdeutsche Wirtschaft wie auch für deren gesamte Gesellschaft. Rifkins Szenario zeigt Chancen und Risiken auf den unterschiedlichsten Ebenen. Es macht politische Spielräume deutlich, aber auch deren Grenzen. Respektiert man seine Ausgangsthesen, werden Maßstäbe sichtbar, an denen sozialökonomische Realitäten wie auch politische Konzepte sowohl des neoliberalen Mainstream als auch alternativer Denker zu messen sind.

Verkürzt könnte man es auf die Fragen bringen: Gibt man sich auch in Sachsen politisch bedingungslos den »Sachzwängen« der Globalisierung hin? Oder aber nutzt man die nicht zuletzt auch in der Systemtransformation liegenden Chancen, um sich politisch gestaltend auf die unausweichliche, technologisch bedingte Transformation mit dem Ziel einzustellen, günstige Bedingungen für diesen Prozeß zu schaffen? Oder noch prinzipi-

---

34 Ebenda. S. 339.

35 Ebenda. S. 340.

eller: Gibt sich die Politik selbst auf, oder aber will sie, was ihr eigentlicher Zweck ist, gestalten?

Mit dem Anschluß der DDR an die »ehemalige Bundesrepublik« wurden hier wichtige Modernisierungschancen vertan. Ob es die überfällige Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik betraf oder auch die der Modernisierung der Sozialversicherungssysteme – der »Aufschwung Ost« sollte als »Nachbau West« inszeniert werden. Die Konsequenz: Der Osten läuft derzeit Gefahr, bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgehängt zu werden. Sachsens Wirtschaft – eine spezielle Spielweise neoliberaler Konzepte – hat aufgrund traditioneller Stärken und einer von Ministerpräsident Biedenkopf favorisierten Politik der »Leuchttürme« wirtschaftlich vergleichsweise starke Zentren etablieren können. Die Landeshauptstadt Dresden und deren Umfeld können auf einen leistungsfähigen Kern bei den neuen Technologien verweisen. Leipzig gilt als moderner Banken- und Medienstandort. Seinen Platz als Messestadt jedoch kann es trotz milliardenschwerer Investitionen derzeit nur mehr schlecht als recht verteidigen. Und an der Chemnitzer Universität wurde kürzlich ein Rechnersystem in Betrieb genommen, das im Kosten-Nutzen-Vergleich internationalen Maßstäben gerecht wird. Hier wurden Pflöcke eingeschlagen, die perspektivisch nicht ohne Wirkung sein werden.

In linken alternativen Konzepten fehlt allerdings oft die Problemsicht auf das technologisch bedingte Transformationsproblem wie auch die Analyse und Würdigung solcher Ansätze. Die Folge ist, die politische Gestaltung dieser Transformation und ihrer Konsequenzen einer neoliberalen Hegemonie zu überlassen. Das betrifft sowohl das »Rostocker Manifest« der PDS als auch die kritische Analyse und die alternativen Vorschläge der Memoranden-Gruppe. Beide setzen mit der Benennung der Ost-West-Transformationsdefizite auf einen »sozial-ökologischen Umbau«, der angesichts der hier inzwischen offenkundigen Defizite nicht nur schlechthin seine Berechtigung als Alternative für den Osten hat. Die politischen Eckdaten des PDS-Manifests weisen auf die Defizite des neoliberal bestimmten Anschlusses des deutschen Ostens hin und leiten daraus unter anderem eine stärkere Nutzung der weitestgehend brachgelegten ostdeutschen Entwicklungspotentiale ab.

Die Memo-Gruppe analysiert in ihrem jüngsten Gutachten auch die durch die Politik zu verantwortenden Defizite des Einigungsprozesses und überschreibt den betreffenden Abschnitt »Ostdeutschland: Der Aufschwung findet nicht statt«. <sup>36</sup> Sie verweist, wie auch andere Analysen, auf das grundlegende Problem der ostdeutschen Bundesländer: Ihre Ökonomie

ist eine *Dependancewirtschaft*. Sowohl hinsichtlich ihrer Eigentumsstrukturen als auch beim Verhältnis zwischen Produktion und Verbrauch sind sie vom Westen der Republik gesteuert und damit nur bedingt in der Lage, Potentiale für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung zu begründen und auszubauen. Im jüngsten Memorandum heißt es dazu: »Für Ostdeutschland [...] hatte die schlagartige Ansiedlung externer Unternehmen einschneidende sozialökonomische Konsequenzen. Sie rissen die von westlichen Eigentümern erworbenen Produktionskapazitäten aus den in den ostdeutschen Regionen gewachsenen, wenn auch modernisierungsbedürftigen Produktionsstrukturen heraus, und integrierten sie in die jeweiligen unternehmensinternen Verbünde und Netze westlicher Konzerne und Firmengruppen.«<sup>37</sup> Hinzu kommen *fehlende industrielle Strukturen* und die *Dominanz eigenkapitalschwacher und existenziell labiler Klein- und Kleinstbetriebe*.

So waren nach Angaben des Dresdner Wirtschaftsministeriums 1998 auch rund 80 000 bzw. 60 % der Betriebe Sachsens solche mit einem bis vier sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten,<sup>38</sup> während es im Durchschnitt der westlichen Bundesländer nur rund 40 % sind. Diese Tendenz ist steigend. Zwei Drittel davon entfallen auf den Dienstleistungssektor. Das aber bedeutet nicht, es handele sich dabei um Dienstleistungen im Bereich der Zukunftstechnologien. Hier dominieren Handel, Gastgewerbe, die Versicherungswirtschaft und dergleichen, also Bereiche, die in der Peripherie der Wertschöpfung angesiedelt sind.

Betrachtet man die Struktur des Arbeitsmarktes, zeigt sich eine ähnliche Erosion herkömmlicher »Normalitäten«. Nach einer Stichprobe nahm in Sachsen sowohl der Anteil der Teilzeit- als auch der befristet Beschäftigten zwischen 1996 und 1999 zu.<sup>39</sup> Mit durchschnittlich 9 % im Osten und 8 % in Sachsen liegen letztere deutlich über dem westdeutschen Wert von 5 %. Auch die Zahl der »geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse« hat zugenommen. Sie liegt allerdings mit 20 % der befragten Betriebe derzeit noch unter dem Schnitt der westdeutschen Länder, wo 47 % der Betriebe

---

36 Siehe Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2000. Köln 2000. S. 158ff.

37 Ebenda. S. 164.

38 Siehe Wirtschaftstelegramm Juni 2000. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Dresden 2000. S. 3.

39 Siehe ebenda. S. 5.



derartige Formen nutzen.<sup>40</sup> Bei der Zahl der geleistete Überstunden hält Sachsen den deutschen Spitzenwert mit 35 Stunden pro Arbeitnehmer und Jahr.<sup>41</sup>

Die vielfach angemahnte Flexibilität der Arbeitnehmer wie auch die der kleinen Unternehmensstrukturen ist in Sachsen demnach im wesentlichen vorhanden, auch eine vergleichsweise geringe Bindung an überbetriebliche Tarifnormen. Sie besteht nach Angaben des sächsischen Wirtschaftsministeriums lediglich bei 23 % der Betriebe mit 55 % der Beschäftigten.<sup>42</sup>

Das sind von neoliberaler Seite favorisierte »Standortvorteile«. Dennoch scheint sich der wirtschaftliche Niveauunterschied zwischen Sachsen und dem »alten Bundesgebiet« trotz einer wieder lebhafteren Investitionstätigkeit der Betriebe und beachtlicher Wachstumsraten einzelner Bereiche weiter zu verfestigen. Eine der Ursachen ist die »Leuchturmpolitik« des Biedenkopf-Kabinetts, die zwar regionale Schwerpunkte ausgestalten kann. Einen spürbaren Substanzgewinn für den Freistaat bei der Bewältigung des Ungleichgewichts auf den Arbeitsmarkt wird sie mittelfristig aufgrund der hohen Produktivität der betreffenden Branchen allerdings nicht mit sich bringen. Sie zielt auf technologieintensive Bereiche mit vergleichsweise geringen Beschäftigungseffekten. Aus dieser Sicht allerdings hat das neoliberale Gesellschaftskonzept der »Zukunftskommission« einen Sinn, indem es auf eine angebotspolitische Bereinigung des Arbeitsmarktes zielt. Eine begrenzte Zahl hochqualifizierter und entsprechend vergüteter Jobs soll mit einer wachsenden Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse kombiniert werden. Wer für beides nicht paßt, belastet nur die entsprechend zu bereinigende Statistik.

Mit einem solchem Konzept jedoch wird ein Grundkonsens der europäischen Zivilisation in Frage gestellt: der des solidarischen Ausgleichs. Biedenkopfs Vision stellt deren Grundannahmen in Frage. Sie hat allerdings einen rationalen Kern, der in Rifkins Analyse angesprochen ist. Der technologische Umbruch verlangt einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der entweder auf einen qualitativ neuen Gesellschaftsvertrag mit einem modernen Verständnis des Sozialstaatsgedankens hinausläuft – oder aber auf dessen Negation.

---

40 Siehe ebenda. S. 6.

41 Siehe ebenda. S. 7.

42 Siehe ebenda.

Verkürzt formuliert geht es um zwei Szenarien, vor denen nicht nur der Standort Sachsen, sondern der Osten Deutschlands generell steht. Ein erstes ist das von der sächsisch-bayrischen Zukunftskommission umrissene. Es setzt auf Deregulierung und angebotspolitische Standortfaktoren, um die Investitionsneigung vor allem international agierender Unternehmen zu bedienen. Die ohnehin vorhandene strukturelle Abhängigkeit von regional nicht verankerten Investoren würde damit weiter zunehmen, und der Dependenzcharakter auch der sächsischen Wirtschaft weiter zementiert. Als logische Konsequenz bleiben Transfers im Bereich der Sozialversicherungen oder aber deren Minimierung auf ein Niveau der »Armenpflege«. So forderte z. B. der sächsische Wirtschaftsminister Schommer bereits mehrfach, die sozialen Transfers durch die Angleichung der Arbeitslosenhilfe an die Sozialhilfe drastisch zu beschneiden. Betrachtet man die politischen Umfragen, scheint ein solches neoliberale Szenario derzeit in Sachsen durchaus mehrheitsfähig zu sein!

Eine alternative Lösung muß auf die stärkere Berücksichtigung regionaler Eigenheiten und auf Beschäftigungsförderung zielen. Mit einem Konzept der *Regionalisierung* der Wirtschaftskreisläufe können endogene Potentiale der sächsischen Wirtschaft erschlossen werden. Ihr weist die Memoranden-Gruppe völlig zu Recht eine Schlüsselfunktion für die ostdeutsche Wirtschaft zu.<sup>43</sup> Auch eingedenk der vom Sachverständigenrat ausgemachten Differenzierung der ostdeutschen Regionen gilt es, entsprechend differenzierte Entwicklungskonzepte zu formulieren, die auf Produkte und Dienstleistungen mit starker regionaler Verankerung und Vernetzung abzielen. Dabei geht es jedoch nicht darum, auf die Einbindung in die globale Arbeitsteilung zu verzichten. Vielmehr soll die vorrangige Marktregulierung durch eine gestaltende regionale Strukturpolitik ergänzt werden, die ihrerseits mit entsprechenden technologie- und bildungspolitischen Elementen untersetzt werden muß. Regionalisierung kann allerdings nicht bedeuten, Autarkiekonzepte in irgend einer Form zu entwickeln und zu versuchen, sie an den Mann zu bringen.

Sie setzt eine Erweiterung der Einflußnahme auch der Kommunen sowie regional tätiger Verbände und Organisationen auf entsprechende Konzeptionen und die Förderpolitik sowie deren Konzentration auf Schwerpunkte des ökologischen und sozialen Umbaus voraus. Bedingung

---

43 Siehe Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2000. Köln 2000. S. 184.

dafür ist eine Fortsetzung der »Sonderförderung Ost« auch nach dem Auslaufen der bis 2004 gültigen Regelung.

Ein noch zu entwickelndes links-alternatives Zukunftsszenario bedeutet eine Kombination staatlicher Regulierungsmechanismen mit denen des Marktes, um jene regionalen Strukturen bewußt auch im Hinblick auf ihre beschäftigungspolitischen Wirkungen zu entwickeln. Steinitz fordert deshalb für den anstehenden sozial-ökologischen Umbau und eine innovative Reindustrialisierung der Regionen, ohne die eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung des Ostens Illusion bleiben wird, eigens ein »Zukunftsinvestitionsprogramm«. <sup>44</sup> Mit einem solchen könnten wirtschaftspolitische Instrumente auf den unterschiedlichsten Ebenen zweckmäßig gebündelt und eingesetzt werden. Außer Frage steht jedoch, daß ein solches Programm ohne die gebührende Berücksichtigung der Zukunftstechnologien nicht auskommen wird.

Dem hohen Beschäftigungsdefizit ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, mit der Favorisierung privater Investitionstätigkeit, wie sie von neoliberaler Seite betrieben wird, allein nicht beizukommen. Aufgrund der strukturell verfestigten und sehr hohen Arbeitslosigkeit wird mittelfristig dieses Grundproblem aller ostdeutschen Bundesländer nicht ohne staatliche Förderung von Beschäftigungsprogrammen und moderne Arbeitszeitmodelle zu bewältigen sein. Die derzeitige, auf einer personellen Förderung basierende ABM-Praxis kann dieses Defizit nicht ausgleichen und muß im Sinne eines zu schaffenden Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) auf gemeinnützige Projekte umgestellt werden. Hier, bei dem für die ostdeutschen Probleme offenbar untauglichen und ohnehin im vergangenen Jahrzehnt ausgedünnten Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit, zeigt sich der größte Reformbedarf. Sachsen könnte bei seiner Bewältigung, wie auch andere ostdeutsche Länder, eine Pionierrolle spielen.

Ein alternatives Zukunftsprojekt aber, das auf Regionalisierung und Beschäftigungsförderung zielt, setzt *andere politische Mehrheiten nicht nur im Dresdner Landtag* voraus.

---

44 Siehe Klaus Steinitz: Aufschwung Ost? Berlin 1998. S. 53.

HELGA GANTZ

## **Probleme aktueller demographischer Entwicklungen in Sachsen**

Demographische Prozesse haben ihre Ursache in der Vergangenheit, und sie haben langfristige Wirkung für die Zukunft. Es handelt sich hier um außerordentlich integrative Prozesse, die vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen und Probleme widerspiegeln und beeinflussen.

Die Kenntnis demographischer Entwicklungen sollte für Politiker zu jenen kontinuierlichen Ausgangsinformationen gehören, auf deren Basis Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Als problematisch erweist sich hier offensichtlich die Tatsache, daß Wirkungen dieser Prozesse oft erst nach längeren Zeiträumen spürbar werden und oft innerhalb einer Wahlperiode durch aktuelle Probleme überlagert, verdrängt werden.

So wurde auch in Sachsen – wie in Deutschland insgesamt – über einen längeren Zeitraum nur wenig, meist ohne Beachtung des Gesamtzusammenhangs, über demographische Prozesse diskutiert. Zwar wurden ab und an z. B. die Geburtenentwicklung oder Wanderungen thematisiert, die Konsequenzen dieser Entwicklungen fanden allerdings nur in geringem Umfang Einfluß auf politische Entscheidungen.

Die Bevölkerungsentwicklung Sachsens folgt den allgemeinen Trends entwickelter Länder im modernen Europa. Diese werden vor allem durch eine rückläufige Geburtenentwicklung über viele Jahre charakterisiert, die sich nunmehr auf sehr niedrigem Niveau einpendelt. Damit verbunden sind für die nächsten Jahre und Jahrzehnte in der BRD insgesamt und ebenso in Sachsen erhebliche Reduzierungen der Wohnbevölkerung.

Sachsen ist von diesen Prozessen sehr viel heftiger betroffen als das Gesamtbundesgebiet. Im Bundesgebiet sind manche Verwerfungen schon durch Einwanderungen ausgeglichen oder zumindest für einige Zeit nivelliert worden. Der Zugewinn an Einwohnern durch Einwanderung ist in Sachsen dagegen gering.

Vor allem Mitte der 90er Jahre erlebte Sachsen auch ein drastisches Geburtentief mit Werten weit unter den alten Bundesländern. Ebenso wir-

ken die Bevölkerungsverluste durch Abwanderungen in der Wendezeit 1989/91 stark.

Sachsen erlebt mit diesen Faktoren in relativ kurzer Zeit einen erheblichen Rückgang der Wohnbevölkerung. Betrug die Bevölkerung 1989 noch 5,03 Millionen, so sind es 1999 4,46 Millionen, also ein Verlust von 570.000 Einwohnern. Die Bevölkerung ist in diesem Zeitraum um 11,3 % geschrumpft. Die neuesten Prognosen des statistischen Landesamtes zielen auf das Jahr 2015, und sie weisen, wie zu erwarten, einen weiteren Bevölkerungsrückgang aus. Im Jahr 2015 wird Sachsen noch eine Einwohnerzahl zwischen 4 und 4,1 Mio. Bürgern haben (siehe Abbildung 1).

Da der Bevölkerungsrückgang in den anderen ostdeutschen Ländern in ähnlicher Geschwindigkeit verläuft, bedeutet das auch, daß der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung abnehmen wird und damit auch die Vertretung von Interessen dieser Bevölkerungsgruppe schwieriger wird, ostdeutsche Politik steht damit in Gefahr, in der BRD marginal zu werden. Bereits aus diesem Grund haben sächsische Politiker Anlaß, sich mit demographischen Prozessen zu beschäftigen.

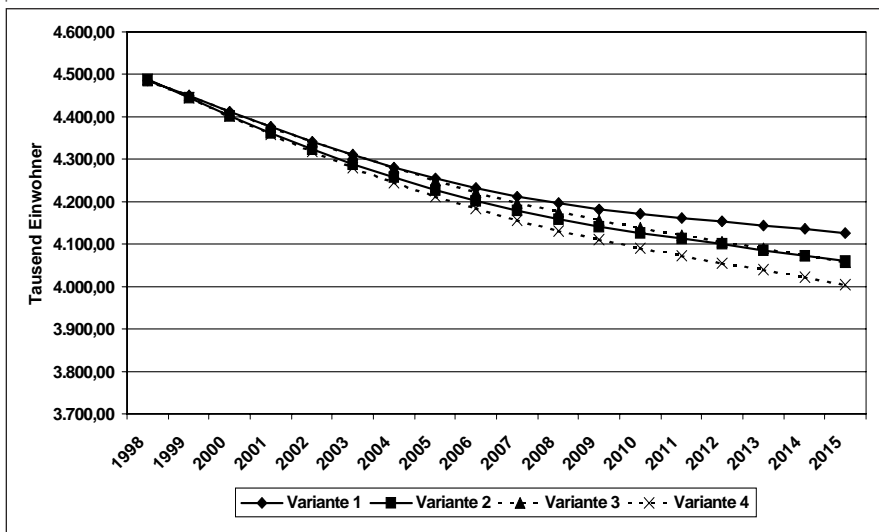


Abbildung 1: Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2015 (Berechnet nach: Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2015. Statistisches Landesamt. Sonderheft 1/2000. Kamenz 2000).

Die Ursachen für diese Prozesse sind in der Bevölkerungstheorie einfach. Es gibt zwei Möglichkeiten, die Bevölkerungsentwicklung zu beeinflussen, einmal durch die natürliche Bevölkerungsbewegung und zweitens durch die Wanderung. Die natürliche Bevölkerungsbewegung hat immer langfristige, aber auch interessante Aspekte, weil gerade sie Probleme und Risiken der menschlichen Lebensweise in der Geschichte widerspiegelt.

Ein Blick auf die Entwicklung der Geburtenrate in Sachsen zeigt bereits Ursachen aktueller und noch zu erwartender demographischer Probleme (siehe Abbildung 2). 1989 wurden im sächsischen Gebiet 11,3 Kinder pro 1000 Einwohner lebend geboren. 1991 waren es noch 6,6, und 1994 war mit 4,9 Kindern pro 1000 Einwohner der absolute Tiefpunkt erreicht. Diesen Negativrekord teilt Sachsen mit den anderen ostdeutschen Ländern. 1999 hatten wir wieder 7,0 Kinder je 1.000 Einwohner zu verzeichnen. Das ist tatsächlich schon ein merklicher Erfolg, wenn auch die Zahlen der 80er Jahre längst nicht erreicht wurden und dies auch für die nächsten Jahre mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist. Allerdings geht man von einer weiteren Annäherung an die Werte der alten Bundesländer

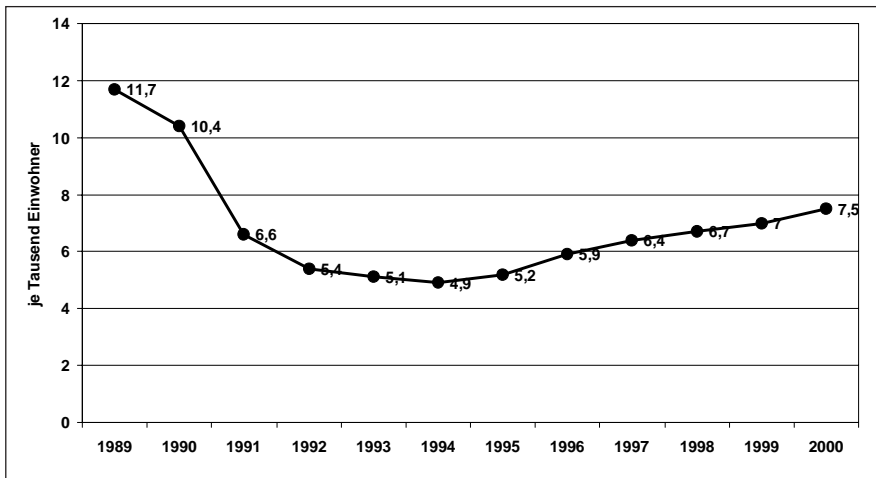


Abbildung 2: Lebendgeborene je 1 000 Einwohner im Freistaat Sachsen (bis 1990 Gebiet der ehemaligen Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig) (Berechnet nach: Regionalisierte Bevölkerungsprognose. Statistisches Landesamt. Sonderheft 1/2000. Kamenz 2000).

aus. Es verbleibt jedoch im Prognosezeitraum ein kontinuierlicher Gestorbenenüberschuß, so daß die natürliche Bevölkerungsentwicklung der nächsten Jahre kaum Chancen zur Erhaltung der jetzigen Bevölkerungszahlen erkennen läßt.

Bei der Bevölkerungswanderung handelt es sich vorwiegend um Abwanderungen zum Erreichen einer Ausbildung bzw. zur Erlangung eines Arbeitsplatzes. Wer diesen Schritt in die alten Bundesländer (vorwiegend die wirtschaftlich prosperierenden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg) einmal vollzogen hat, bleibt oft auch dort. Die in letzter Zeit immer häufiger ausgeübte »Verschickung« zur Ausbildung ist daher zwar individuell oft wertvoll, weil der einzelne eine Chance zur beruflichen Entwicklung erhält, bedeutet aber für Sachsen insgesamt eine weitere Ausdünnung der Wohnbevölkerung. Junge Bürger verlassen so Sachsen, und das Fehlen ihrer Kinder und Kindeskiner werden wir in den nächsten Jahren beobachten können. Der sächsische Bevölkerungsbaum hat bereits jetzt einen dünnen Stamm (siehe Abbildung 4).

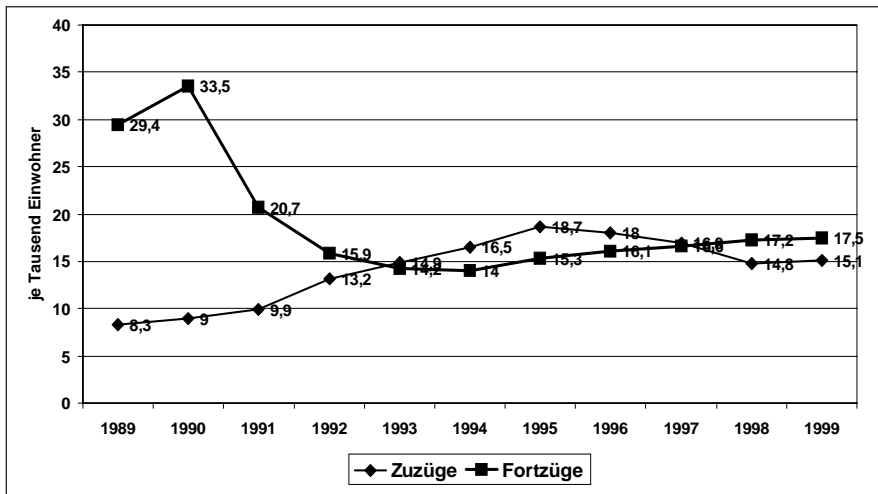


Abbildung 3: Zuzüge und Fortzüge je 1 000 Einwohner im Freistaat Sachsen (bis 1990 Gebiet der ehemaligen Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig) (Berechnet nach: Regionalisierte Bevölkerungsprognose. Statistisches Landesamt. Sonderheft 1/2000. Kamenz 2000).

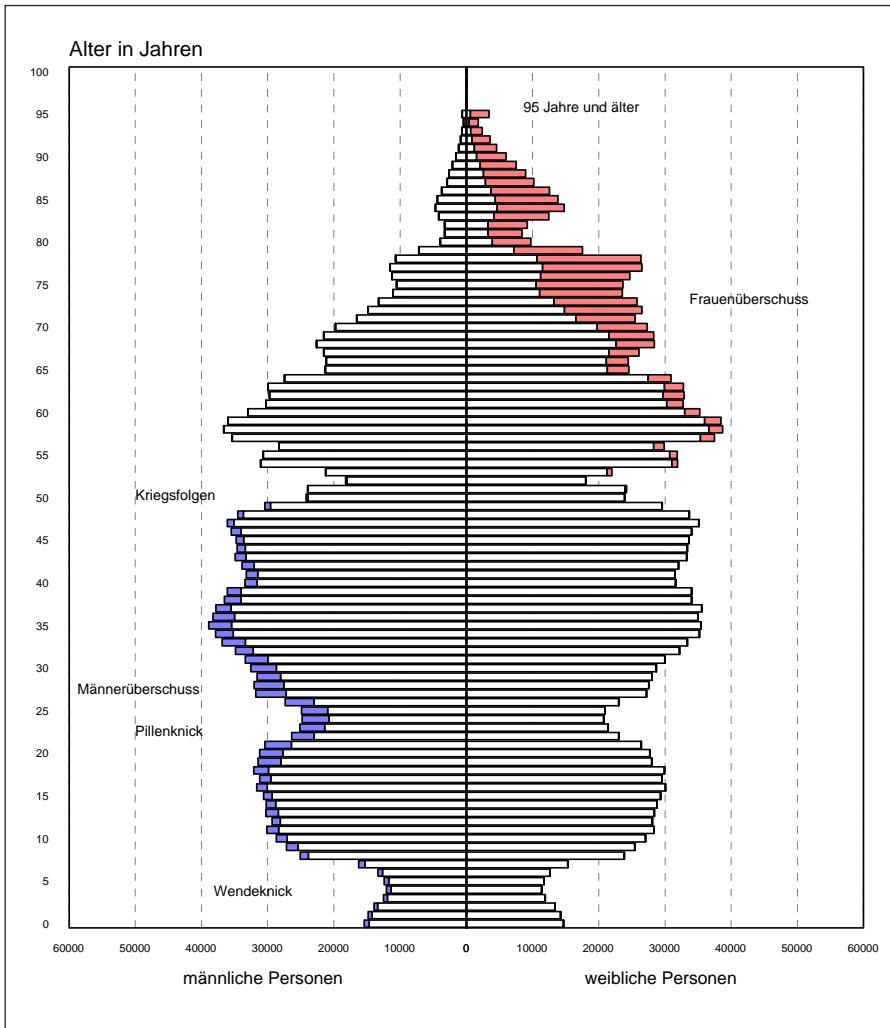


Abbildung 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Sachsen am 31.12.1998  
 (Quelle: Regionalisierte Bevölkerungsprognose. Statistisches Landesamt. Sonderheft 1/2000. Kamenz 2000).



Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, mit welchen Problemen das Land Sachsen und die sächsische Politik in den nächsten Jahren durch die demographischen Prozesse konfrontiert sein wird.

Hierzu gehört z. B. ein Blick über das Prognosejahr 2015 hinaus. Zu diesem Zeitpunkt werden die Kinder aus den geburtschwachen Jahrgängen Eltern. Die Anzahl der zu erwartenden Kinder wird dann nochmals deutlich geringer sein als heute. Die sächsische Wohnbevölkerung wird danach zunehmend mit einer erheblichen Altenlast konfrontiert. Erste Anzeichen dieser Entwicklung sehen wir bereits heute in den zunehmenden Disproportionen sozialer Probleme.

Es stellt sich die Frage, wie ein Land den Problemen der Globalisierung und den technologischen Anforderungen begegnen will, das sich mit kontinuierlichem Bevölkerungsrückgang und Überalterung auseinandersetzen muß. Bei fehlendem politischem Einfluß ist es durchaus möglich, daß Sachsen durch diese Entwicklung weiter an Attraktivität als Wirtschaftsstandort verliert.

Der kontinuierliche Bevölkerungsverlust wird sich in Sachsen sehr unterschiedlich darstellen. Ansätze sind hier schon sichtbar. Es gibt Regionen, die vom Bevölkerungsrückgang sehr drastisch betroffen sind, wie Hoyerswerda oder Zittau, die immense Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben und vielfältige neue Lösungen zur weiteren Entwicklung finden müssen. Es ist aus diesem Blickwinkel eine wichtige und aktuelle Aufgabe der Politik, dafür Sorge zu tragen, daß im Land nicht regelrecht verödete Regionen entstehen, die beständig an Lebensqualität für die Bewohner verlieren.

Wichtig erscheint auch die Beantwortung der Frage, ob man sich den Trends der Bevölkerungsentwicklung fatalistisch anpassen muß oder ob man Möglichkeiten steuernder Einflußnahme gegeben sieht. Die meisten Politiker scheinen zur Zeit eher auf Anpassungskurs zu sein. Aber auch in diesem Fall wären viele Probleme vorsorglich zu ordnen.

Eine steuernde Einflußnahme scheint ohnehin nur in begrenztem Umfang möglich. Für die Bevölkerungsentwicklung Sachsens erscheint jedoch ein problemmindernder Einfluß schon als Gewinn.

In der Literatur zählt die kurze Frist der DDR, in der man sozialpolitische Maßnahmen eingesetzt und tatsächlich eine Erhöhung der Geburtenrate erzielt hat, als Beispiel dafür, daß Steuerung möglich ist. Unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen ist der Einsatz solcher Methoden jedoch schwieriger. Dennoch sollte man nicht darauf verzichten, durch vielfältige miteinander verbundene Maßnahmen ein gesellschaftliches Klima

zu erzeugen, das jungen Frauen die Signale gäbe, daß Kinder erwünscht sind und gefördert werden. Das funktioniert natürlich schlecht, wenn wir in der Zeitung lesen müssen, und durch Untersuchungen begründen und bestätigen können, daß in jedem siebtem Kinderzimmer Armut herrscht. Und wenn eine Karriere im Beruf für Frauen nur möglich ist, wenn die Anzahl der Kinder unter eins liegt.

Bisher gibt es in Sachsen nur wenige Signale, daß man Einfluß auf die natürlicher Bevölkerungsentwicklung nehmen möchte. Ebenso gibt die wirtschaftliche Situation des Landes, eingeschlossen die Stagnation der Arbeitslosenzahlen, wenig Anreize für Zuwanderung.

Es wäre auch ein Blick auf die Vermögensentwicklung im Osten zu werfen. Wir haben im Moment eine ältere Generation, die im Rentenalter sehr wohl gut leben kann, aber keine größeren Vermögen mehr anhäuft, die den Kindern vererbt werden könnten. Wir haben noch immer eine Einkommenssituation, die hinter den westlichen Bundesländern zurückliegt. Wenn wir in die nächsten Jahre weiterdenken, wird sich bei dieser Bevölkerungsstruktur ergeben, daß Ältere ihr Vermögen eher aufzehren und daß die junge Generation, die sehr viel einbringen könnte, zu erheblichen Teilen wegwandert. Das heißt also, daß die Vermögensbildung im Osten noch mehr erschwert und aus eigener Kraft der ansässigen Bevölkerung auch keine Investitionen möglich sein werden. Dazu fehlen kleine Gewerbetreibende, und der Mittelstand wächst nur langsam. Das würde bedeuten, daß Sachsen langfristig auch auf anderen Gebieten Nachteile gegenüber den westlichen Bundesländern hätte und die Integration noch schwieriger würde. Dann ist damit zu rechnen, daß soziale Differenzierungen noch sehr viel weiter ausgeprägt werden, sowohl innerhalb der östlichen Bundesländer als auch im Vergleich zu den westlichen.

Die Demographie bietet also eine Vielzahl von Ansatzpunkten für Analyse und Politik. In den letzten Jahren ist schon viel versäumt worden.



HANNES SIEGRIST

## **Konsum und Alltagskultur in den neuen Bundesländern**

Zur Wende 1989/90 gehörte der Aufstand der Konsumenten. Das Ende der DDR läßt sich sicher nicht allein mit dem Protest für mehr und bessere Güter sowie alternative Formen des Konsumierens erklären, doch konsumpolitische Anliegen haben dem Prozeß der Wende und der Vereinigung zusätzliche Schubkraft verliehen.<sup>1</sup> Indem sich die Unzufriedenheit in der Sphäre der Konsumtion mit den Spannungen in den Sphären der Produktion und Herrschaft verband, entstand jene Dynamik, die zur Auflösung des sozialistischen Staates führte.

Staat und Partei hatten die steigenden Erwartungen der Konsumenten trotz erheblicher Anstrengungen schon länger nur unvollkommen erfüllen können. Das zentralistische System hatte die alleinige Zuständigkeit für die Versorgung mit Gütern und die ständige Verbesserung der Lebensweise und Kultur beansprucht. Vor dem Hintergrund des Systemwettkampfs und zwecks Beruhigung und Integration der Bürger hatten Parteiführung und Staat oft mehr versprochen, als sie halten konnten. Sie hatten die Bürger nicht wirklich überzeugen können, daß die Erfüllung der Bedürfnisse des Konsumenten von seiner Pflichterfüllung und Effizienz als Produzent abhing, denn die Bürger wußten oder spürten, daß die Defizite im Konsum nicht bloß durch ihre Leistung, sondern auch durch Probleme in der Produktion und Planung begründet waren.<sup>2</sup>

---

1 Siehe Rainer Gries/Volker Ilgen/Dirk Schindelbeck: »Ins Gehirn der Massen kriechen!«. Werbung und Mentalitätsgeschichte. Darmstadt 1995. S. 197.

2 Siehe Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR. Köln 1999. – Stephan Merl: Sowjetisierung in der Welt des Konsums. In: Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970. Hrsg. von Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist. Frankfurt am Main 1997. S. 167–194. – Stephan Merl: Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder. In: Europäische Konsumgeschichte. Hrsg. von Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka. Frankfurt am Main 1997. S. 205–241.

## 1.

Die DDR war eine Industriegesellschaft und eine Konsumgesellschaft, ihre Konsumkultur unterschied sich erheblich von einer westlichen. Die Konsumkultur der DDR war geprägt durch Vorstellungen, Normen und Institutionen, die von der Vision des sozialistischen Menschen und der sozialistischen Gesellschaft abgeleitet waren. Sie war eingebettet in das System der Planung, Lenkung und Versorgung. Ihre Motivation bezog sie zudem aus der Ablehnung der Vergangenheit und der realen und vermeintlichen Defizite der westlichen Konsumkultur. Sie war materiell reicher und kulturell differenzierter als die sowjetische Konsumkultur, an der sie sich orientieren sollte.<sup>3</sup> Sie maß sich, und mußte sich messen lassen, an der materiellen Kultur des Westens und der Konsumkultur der Bundesrepublik, über die die Bürger durch Medien und verwandtschaftliche Beziehungen gut informiert waren. In der real-sozialistischen Konsumkultur herrschte, nicht nur dem Anspruch nach, sondern auch in der Realität, ein spezifisches Verhältnis zwischen den Menschen und bestimmten Gütern, die weniger rasch ausgewechselt wurden als im Westen.<sup>4</sup> Aufgrund der realen Bedingungen, der individuellen und kollektiven Erfahrungen und der ideologischen Vorgaben bildeten sich spezifische Mentalitäten und Einstellungen zum Konsum heraus. Die Funktion und Bedeutung der Güter und Dienstleistungen richtete sich weniger auf die Individualisierung als auf die Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Menschen im Kollektiv. Die DDR-Konsumkultur war, wie jede moderne Konsumkultur, hybrid. Das setzte den Versuchen einer ideologischen Homogenisierung durch Partei und Staat Grenzen.

Die Unterschiede zwischen der Konsumkultur der DDR und der der Bundesrepublik waren teils gradueller, teils prinzipieller Natur. Hinsichtlich des Pro-Kopf-Verbrauchs mancher Güter lag die DDR vielfach bloß um einige Jahre zurück, in einigen Bereichen war das Westniveau erreicht. In der Gestaltung des Handels, in der Formgebung und in der Handhabung der Werbung setzte man indessen auf andere Prinzipien. Für die Wahrneh-

---

3 Siehe Stephan Merl: Sowjetisierung in der Welt des Konsums. In: Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970. Hrsg. von Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist. Frankfurt am Main 1997. S. 167–194.

4 Siehe Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR. Köln 1999.

mung und Interpretation der Wirklichkeit waren indessen oft nicht die objektiven Ähnlichkeiten und Unterschiede entscheidend, sondern die Erwartungen, die man hatte, und die Vorstellungen, die man sich von den Verhältnissen machte. Das galt für die Führung genauso wie für die Bevölkerung.

Die Partei- und Staatsführung wies hinsichtlich der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen auf die Ebenbürtigkeit und Überlegenheit gegenüber dem Westen hin, betonte aber gleichzeitig die Verschiedenartigkeit der Bedeutung und Funktion des Konsums im Sozialismus, indem sie diesen als Element der sozialistischen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Lebensweise und Kultur darstellte. Die Konsumenten und Bürger spalteten sich in die Zufriedenen und die Unzufriedenen. Zu den Zufriedenen gehörten etwa diejenigen, die froh waren, billig und warm zu wohnen und hinreichend mit den Gütern des Alltags versorgt zu werden. Unzufrieden waren, erstens, diejenigen, die das quantitative und qualitative Warenangebot als Ausdruck von Mangelwirtschaft und planwirtschaftlicher Bevormundung betrachteten und keine objektive Annäherung an den Westen erkennen konnten. Unzufrieden waren, zweitens, diejenigen, die das sozialistische Gleichheitsversprechen angesichts der tatsächlich unterschiedlichen Zugangschancen zu den Waren für eine Illusion hielten. Zwar seien die Konsumchancen weniger als im Westen durch das Einkommen bestimmt, die Ungleichheit beruhe nun einfach auf Devisenbesitz, Westverwandtschaft und den politischen Prioritäten in der Versorgung der Regionen. Die dritte Gruppe der Unzufriedenen deutete die Konsumpolitik als Gleichmacherei und verlangte mehr persönliche Gestaltungsmöglichkeiten im Konsum, von denen sie sich Vorteile für die Individualisierung und soziale Distinktion erhofften.

Die Motive für Zufriedenheit wie Unzufriedenheit waren vielfältig. So oder so wurde in der Zentralverwaltungswirtschaft über die Akzeptanz von Partei und Staat im Konsumentenalltag mitentschieden, d. h. in den tagtäglichen Erfahrungen beim Kaufen, Verbrauchen, Gebrauchen und Haben von Gütern. Der Konsumentenaufstand von 1989/90 richtete sich gegen die realen und vermeintlichen Ursachen der Defizite. Nach dem Zusammenbruch des Staates bestanden indessen einige der in der DDR geformten und eingeübten Einstellungen und Praktiken fort. Die Tatsache, daß die DDR-Gesellschaft hinsichtlich der Interpretation der Konsumwirklichkeit differenziert war, ja selbst der Einzelne je nach Situation zwischen verschiedenen Deutungsmöglichkeiten schwankte, bestimmte nicht nur die Konsum- und Lebensweise in der DDR, sondern hatte dann auch Folgen

für die Erfahrung, Wahrnehmung und Interpretation des Wandels in den 1990er Jahren.

## 2.

Mit dem Ende der DDR wandelten sich die wirtschaftlichen und organisatorischen Formen und Funktionen der Produktion und Distribution von Waren. Gegenstände und Dienstleistungen, mit denen man bis dahin vom Staat versorgt worden war, wurden kommerzialisiert und von der Werbung und den Medien mit Bedeutungsvorgaben ausgestattet. Das Konsumieren bekam neue Funktionen und Bedeutungen, indem der Konsument aus einem quantitativ und qualitativ erweiterten Angebot wählen konnte – und mußte. Im Prinzip war er nun auch legitimiert, dem Konsumieren subjektive Funktionen und Bedeutungen zu geben. Die Herauslösung aus den traditionellen Strukturen und Sinnordnungen war Chance und Zumutung zugleich. Jedem einzelnen stellte sich die Frage, wie er das Konsumieren in seine Strategien der Individualisierung und in das Bild der eigenen Person integrierte; wie er das Konsumieren mit der Gestaltung der sozialen Beziehungen verband; und wie er sich durch das Konsumieren sozialen und kulturellen Milieus und Gruppen zuordnete. Die Verortung in einer sozialen Gruppe und deren Sinn- und Werteordnung artikulierte sich im Kaufen und in der Wahl der Orte des Konsumierens, in Konsumritualen, in Diskursen über den Konsum, in der Art des Verbrauchens und Gebrauchs von Gütern im öffentlichen und privaten Raum. Gegenstände, die man besaß, konstituierten in neuer Weise die Person und ihr Selbst. Sie hatten in höherem Maße eine soziale Demonstrationsfunktion. Güter und konsumbezogenes Handeln wurden zu Zeichen für Selbstbilder, Status, Lebensstil und Weltanschauung.

Im Zusammenhang mit den großen historischen Prozessen – dem Ende des Sozialismus und der DDR, schließlich der deutsch-deutschen Vereinigung und der Transformation der ehemaligen DDR in die neuen Bundesländer – wurde das Konsumieren der Ostdeutschen vielfach als Verwestlichung, Bundesrepublikanisierung, Europäisierung, wenn nicht Amerikanisierung interpretiert; oder als Distanzierung vom Osten und vom Sozialismus. Daß das Konsumieren und die Güter auch noch etwas anderes bedeuten konnten, wurde erst nach und nach deutlicher erkannt, als den Akteuren wie den Beobachtern klar wurde, daß die einmal in Gang gebrachten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozesse eine eigene Dynamik entwickelten, und daß sich nicht nur neue Strukturen

herausbildeten, sondern auch neue symbolische Ordnungen und soziale Praktiken, in denen sich Altes und Neues, Eigenes und Fremdes in neuen Mischungen kombinierte. Zunächst hatte es vielen geschienen, als seien die Ostdeutschen eine Konsumenten-Masse, die den westlichen Verhaltensweisen folgte. Bald wurde aber deutlicher, daß der Konsumenten-Bürger ein Subjekt war, mit eigenen Wünschen und Strategien. Der aus eigenen Erfahrungen und Idealisierungen des Westens inspirierte Konsumenten-Aufstand von 1989/90 verwandelte sich in den 90er Jahren in eine permanente Revolution des Konsums und der Konsumenten. Universalistische Muster vermischten sich mit alten Gewohnheiten und neuerfundenen Traditionen wie der »Ostalgie«.

Nachdem der Realsozialismus die traditionellen Klassenmilieus und Geschlechterbarrieren im Feld des Konsums und der Alltagskultur weitgehend abgebaut hatte, dann aber als Konsumparadies in Verruf geraten war, blieb in den neuen Bundesländern bei der Einführung und Durchsetzung der zugleich sozial nivellierenden wie kulturell pluralisierenden neuen Konsumkultur der klassische Protest gegen die ›Entfremdung‹ und den ›Sinn- und Kulturverlust‹ durch Konsumieren schwach. Die öffentliche Konsumkritik wurde vor allem stellvertretend von westdeutschen Bürgern, Politikern, Kulturexperten und Medien übernommen. Diese bekundeten indessen öfter erhebliche Mühe, die Veränderungen der Konsumkultur, des Alltags und der Lebensweise in den neuen Bundesländern wirklich zu begreifen. Konsumkritik war für sie vielfach ein Mittel oder ein Vorwand für eine verspätete Sozialismuskritik und allgemeine Ostdeutschen-Schelte. Ina Merkel meinte 1999 dazu resümierend und kritisch: »In den Medien herrschte in den letzten Jahren die Deutung vor, daß eine Reihe von Phänomenen, wie die Konsumgier Ostdeutscher – festgemacht am Bild der Banane, der Schnäppchenjagd nach Billigangeboten usw. – Ergebnis jahrzehntelangen Mangels wären. Geprägt von den Zumutungen einer grauen, langweiligen und altmodischen Produktkultur wären die Ostdeutschen allem bunten Tand und Tinnel aufgesessen. Ostdeutsche erscheinen in solchen Darstellungen gierig, anmaßend und ewig unzufrieden. Die in der Wendezeit überquellenden Sperrmüllcontainer und die am Straßenrand stehengelassenen Trabanten werden als Symbole des Abstreifens einer lästig gewordenen Vergangenheit gedeutet. Im Gegenzug gelten Menschen, die noch über ihre alte DDR-Einrichtung verfügen, als hoffnungslos altmodisch oder sogar ostalgotisch. DDR-Bürger meint man noch heute an ihrem Outfit erkennen zu können: bunter Jogginganzug und Einkaufsbeutel, aufgemotzter Kleinwagen und neuerdings das lässig auffällig getragene Handy.



Die Ostdeutschen erscheinen in dieser Perspektive als soziale und kulturelle Underdogs, die lange aufgeschobene Bedürfnisse nun in unangemessener Weise befriedigen.«<sup>5</sup>

Teilweise erinnert diese Konsumkritik an die westdeutsche Kulturkritik linker wie kulturkonservativer Kreise der 1950er bis 1970er Jahre, teilweise aber auch an die offizielle antikapitalistische und antiimperialistische Konsumkritik der DDR. Den Kritikern erschien Konsumieren als mangelnde Fähigkeit und Bereitschaft zur ästhetischen Kultivierung des Individuums, als Entfremdung und als Verstoß gegen das Gebot der Menschenbildung in der solidarischen Gemeinschaft. Nach 1989 wird dem Ostdeutschen – im Gegensatz zum schon länger eingeübten westlichen Konsumenten – unterstellt, daß seine Subjektivität als Konsument noch nicht gereift und gefestigt sei. Sie gilt deshalb als illegitim. Der ostdeutsche Konsument erscheint als unfähig zu Selbstbestimmung und Selbstkultivierung im Medium des Konsums.

Solche Diskurse gingen von Einzelfällen aus. Untersuchungen darüber, ob die Beobachtungen verallgemeinerbar und gruppentypisch waren, wurden höchstens am Rande zur Kenntnis genommen. Deshalb sagen solche Diskurse oft mehr über die Redenden oder Schreibenden aus als über das Konsumieren in den neuen Bundesländern. Die vorgefaßte sozialphilosophische oder moralisierende Deutung ersetzt die genauere empirische Analyse der vielfältigen und vieldeutigen Erscheinungen. Das Reden über das Konsumieren der Ostdeutschen wird zum Anlaß genommen, um sich selbst über den Sinn des Lebens und die beste soziale, politische und kulturelle Ordnung zu verständigen; und um soziale und regionale Stereotypen zu bestätigen und sich abzugrenzen.

### 3.

Ein realistischeres Bild gewinnen wir aus der *empirischen* wirtschafts-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung über das Konsumverhalten in den 1990er Jahren. Hier wird wirklich untersucht, wie das Konsumieren die materielle Kultur, die symbolische Ordnung und die sozialen Beziehungen verändert hat.

---

5 Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR. Köln 1999. S. 358.

Die Gesellschaft der neuen Bundesländer ist zu einer marktwirtschaftlich und sozialstaatlich verfaßten Konsumgesellschaft geworden. Seit 1989/90 sind die Konsumchancen in den neuen Bundesländern insgesamt erheblich gestiegen, weil die Haushalts-Nettoeinkommen kräftige Zuwächse erfahren haben.<sup>6</sup> Grundsätzlich gilt auch in den neuen Bundesländern die Regel, daß Arbeit und Leistung die Konsumchancen erhöhen. Aufgrund der enormen Zahlen der Frühverrentungen, der hohen Arbeitslosigkeit und der harten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat dieser Zusammenhang indessen eine spezifische Ausprägung gefunden. Zur mittleren und unteren mittleren Konsumentenschicht gehört eine beträchtliche Gruppe von Rentnern und Beziehern sozialstaatlicher Transferzahlungen. Manche leistungsfähige Inhaber von Arbeitsplätzen dagegen beziehen Einkommen, die wenig Spielraum für den Konsum lassen und sich kaum mehr von den Sozialhilfe-Einkommen abheben.

In den frühen 90er Jahren veränderte sich das Gewicht der einzelnen Posten im Haushaltsbudget ganz erheblich.<sup>7</sup> Zwischen 1991 und 1995 stieg der Anteil der Budget-Kategorie »Wohnungsmiete und Energie« von 9 % auf 21 %, während sich die Anteile für Bekleidung und Schuhe, Verkehr und Kommunikation sowie für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren verringerten. Beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch einzelner Nahrungs- und Genußmittel zeigten sich in den frühen 1990er Jahren Rückgänge bei Bier und Zigaretten, dagegen starke Zuwächse bei Käse, Molkereiprodukten, alkoholfreien Getränken und Gemüse. Bei den langlebigen Konsumgütern wurden erhebliche Zuwächse bei Videorecordern, Stereoanlagen, Heimcomputern, Videokameras, Kühl- und Gefrierkombinationen, Waschvollautomaten und Mikrowellen registriert.

Hinsichtlich der Quantität der konsumierten Güter war der Wandel in den 1990er Jahren sehr erheblich, aber nicht umstürzend. Zu einem eigentlichen Bruch kam es indessen hinsichtlich der Qualität und Bedeutung der Güter sowie des Konsumentenbewußtseins. Nicht das Konsumieren an sich war neu, sondern die Art und Weise des Konsumierens. Das Konsumieren

---

6 Siehe Elvier Ebert: Einkommen und Konsum im Transformationsprozeß. Vom Plan zum Markt, vom Wandel zum Überfluß. Opladen 1997. – Datenreport 1997. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt Bonn 1998. – Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnungen. Wiesbaden 1999.

7 Siehe Elvier Ebert: Einkommen und Konsum im Transformationsprozeß. Vom Plan zum Markt, vom Wandel zum Überfluß. Opladen 1997.

änderte seine Funktionen und Bedeutungen. Der Wandel war mit Gewinnen verbunden; nicht nur in bezug auf das materielle Angebot, sondern auch dank der Öffnung und Erweiterung der Vorstellungen, Handlungschancen und des Geschmacks. Das, was dabei verloren ging, wurde vielfach erst nach und nach als Verlust wahrgenommen und beklagt.

Die Verhältnisse änderten sich oft schneller als die kognitive und emotionale Fähigkeit, sie richtig zu deuten und angemessen zu reagieren. Vielfach halfen weder die traditionellen westlichen Deutungen noch die aus der Erfahrung mit dem Sozialismus gewonnenen Interpretationsmuster weiter. In individuellen, kollektiven und institutionellen Lernprozessen mußten situations- und problemadäquate Interpretationen und Handlungsanweisungen entwickelt werden; so auch hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Individualisierung und der Vergemeinschaftung im Feld und Medium des Konsums: Zentraler Bestandteil der neuen Konsumkultur war das Versprechen der Individualisierung, d. h. die Chance, sich von vorgegebenen und traditionellen Handlungs- und Deutungsnormen zu distanzieren. Zu verarbeiten war dann aber die Tatsache, daß die Konsumfreiheit, die im Gewand der Freiheit überhaupt daher kam, durch materielle Bedingungen und sozial-moralische Normen gleich wieder umgrenzt wurde. Der Konsum veränderte nicht nur die sozialen Beziehungen, sondern stellte auch das Verhältnis des einzelnen zu den Gütern auf eine neue Grundlage. Was bis dahin oft auf Dauer, Eindeutigkeit und relative Homogenität angelegt war, geriet nun unter den Druck der Moden, die das Verhältnis von Individuum, Ware und sozialer Gruppe im Fluß hielten.

Konsum kann das Individuum entmündigen und sich selbst entfremden, er kann es aber auch zur Selbstkultivierung, eigenständigem Denken und sozial verantwortlichem Handeln befähigen. Dieses Potential des Konsums kennen wir nicht erst seit den Erfahrungen in den neuen Bundesländern. Wenn man die Geschichte der Ostdeutschen mit den Erfahrungen und Problemen in anderen Regionen Europas und der Welt vergleicht, erscheint sie keineswegs mehr als außerordentlich. So war die Hinwendung zu den sogenannten Ostprodukten oder den regionalen (sächsischen, thüringischen usw.) Produkten seit 1991/92 das Ergebnis eines Lernprozesses, den wir aus vielen anderen Gebieten kennen, die mit großen Strukturbrüchen zurechtkommen mußten oder müssen. Man kann diese Umbewertung des Konsumierens und die Umorientierung der Produktion durch Hersteller und Konsumenten als regionale Bürger- und Konsumentenbewegung sehen, die private Interessen mit den Interessen einer regionalen Arbeits-, Lebens- und Konsumgemeinschaft, der man sich zugehörig fühlt, verbindet. So

gesehen würde der Konsument dann auch nicht mehr nur als Teil einer unstrukturierten Masse erscheinen, als manipuliertes Individuum, das unfähig wäre, gemeinsame Interessen zu erkennen.

Zugespitzt ließe sich formulieren, daß der Konsumenten-Aufstand von 1989/90 ein demokratischer Konsumenten-Nationalismus war. In den 90er Jahren ging er über in einen wirtschaftlich aufgeklärten Konsumenten-Regionalismus, der von der Erkenntnis motiviert war, daß auch in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft Konsumieren und Arbeiten eng miteinander verbunden sind.

#### 4.

Die Geschichte der neuen Bundesländer ist eine Herausforderung für die neue sozial- und kulturwissenschaftliche Konsumforschung, die den Konsumenten nicht bloß als konturlosen Nachfrager betrachtet, auch nicht als passives Objekt oder als Verführten und verwirrtes Opfer der Verhältnisse. Es ist vielmehr zu erforschen, wie der Konsument mit den Waren umgeht, wie, wo und warum er als Einzelner und in der Gruppe konsumiert; wie er Güter, Situationen und Handlungen deutet und sich aneignet; wie er die Deutungsangebote von Herstellern und der Werbung übernimmt, uninterpretiert und ablehnt. Dabei zeigt es sich, daß der Konsum und die Konsumenten bisweilen eine eigene Dynamik gewinnen, die von den Vorgaben der Politik, Wirtschaft und Kultureliten wegführt.

In einer modernen, durch Massenproduktion, Standardisierung und Austauschprozesse bestimmten Welt ist das Konsumieren immer nur in begrenztem Maße regionaltypisch. Viele Konsummuster sind universalistisch. Vor diesem Hintergrund haben Konsum- und Lebensstilforscher die individuellen und milieuspezifischen, regionaltypischen und allgemeingültigen Ausprägungen des Konsumierens in den neuen Bundesländern untersucht. Diese Forschung geht zunächst von der These aus, daß die Umgestaltung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse eine Umorientierung des Konsumenten erforderlich machte. Die Konsumenten hätten dabei zwischen den Polen Überanpassung an das Neue und Beharrung in alten Gewohnheiten und Routinen geschwankt. »Auf der einen Seite sind Beharrungstendenzen unübersehbar, die auf den im Vergleich zu Westdeutschland besonderen individuellen Dispositionen sowie den unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen beruhen [...] Auf der anderen Seite bestimmen Veränderungstendenzen das Konsumenten-

tenverhalten«<sup>8</sup> Christoph Melchers unterscheidet für die mittleren 1990er Jahre drei Grundtypen des Konsumstils, nämlich (1) Formen, die den neuen Verhältnissen ablehnend gegenüberstehen, (2) Formen der starken Anpassung und (3) Zwischenformen, die zwischen völliger Anpassung und konsequenter Meidung schwanken.<sup>9</sup> Die Gruppe der »Ablehner« (1) differenziert sich weiter in die »Nutzwertfetischisten« und die »Schnäppchenjäger«. Die »Nutzwertfetischisten« stellen das Preis-Leistungs-Verhältnis und den materiellen Nutzen des Produkts in den Vordergrund, wogegen Prestige und Image nebensächlich sind. Die Ablehnung des westlichen Lebensstils artikuliert sich in der Distanzierung zur Werbung und zu Markenbildern. Die »Schnäppchenjäger« haben eine Präferenz für Sonderangebote und sehen sich in der DDR-Tradition des Sammels und Jagens nach Produkten. Die mit »Anpassung und Neuorientierung« bezeichnete Grundkategorie 2 läßt sich weiter differenzieren in die Konsumstile »Verwestlichung kaufen« und »Vorlieben ausleben«. Wer sich von den Westdeutschen nicht mehr unterscheiden möchte, kauft emsig Westprodukte und erhofft sich damit eine andere, westliche Lebensweise. Wer seine »Vorlieben ausleben« möchte, achtet sorgfältig auf Qualität und Nutzen der Waren, wie beispielsweise der »Weinkenner«. In der Grundkategorie der Schwankenden (3) werden Konsumstile wie »Trockenübung« und »Sättigungs-Demonstration« zusammengefaßt. Der Trockenübende informiert sich und läßt sich beraten, ohne dann zu kaufen. Der Sättigung Demonstrierende kauft zwar sehr stark Westprodukte, hält sich indessen bisweilen kalkuliert zurück, um nicht mit der »unbeherrschten breiten Masse« gleichgesetzt zu werden.<sup>10</sup>

Die von der Zeitschrift »Super-Illu« 1998 in Auftrag gegebene Studie über Kaufentscheidungen und Lebens- und Konsumstile in den neuen Bundesländern interessiert sich weniger für Beharrung oder Angleichung als für allgemeine Konsumstile und verbleibende ostdeutsche Besonderheiten.<sup>11</sup> Sie unterscheidet vier Konsumstile, nämlich »Ritual-Konsum«, »Impuls-Konsum«, »Plan-Konsum« und »Stil-Konsum«. Der »Ritual-

---

8 Thomas Nassua: Die Rolle des Einzelhandels bei der Entwicklung des Konsumentenverhaltens in den neuen Bundesländern. Frankfurt am Main 1998. S. 117.

9 Siehe Christoph Melchers: Deutschland Ost im Jahre V. [www.ifm-freiburg.com/lifeost1.thm](http://www.ifm-freiburg.com/lifeost1.thm). – [www.ifm-freiburg.com/lifeost2.htm](http://www.ifm-freiburg.com/lifeost2.htm). 11.11.1999.

10 Siehe ebenda.

11 Siehe Super-Illu: Markenrealitäten. <http://medialine.superillu.de/studien.htm>. 2000.

Konsument« plant den Konsum zeitlich genau und verbindet mit dem Einkauf Aktivitäten wie den Besuch beim Friseur oder bei MacDonaldis. Konsum wird zum Freizeit- und Familienprogramm, welches den ganzen Tag ausfüllen kann. Die großen Einkaufszentren mit ihrer Sortimentsvielfalt sind die bevorzugten Orte dafür. Bei der Beschaffung von Kleidung, Einrichtung und Verbrauchsgütern wird bewußt auf ostdeutsche Herkunft geachtet – wegen des Geschmacks oder um die einheimische Wirtschaft zu unterstützen. Der »Impuls-Konsument« geht einkaufen, um den materiellen und emotionalen Hunger zu stillen. Preisvergleiche und Einkaufslisten sind Nebensache, entscheidend sind Marke, Qualität und Aussehen der Produkte sowie Freude, Spaß und Verführenlassen. Der »Plan-Konsument« kauft gezielt, kontrolliert und preisbewußt. Sein Informationsbedürfnis ist hoch. Konsumieren gibt ihm ein Gefühl der Befriedigung und des Stolzes, für sich nur das Beste gewählt zu haben. Der – meist jüngere – »Stil-Konsument« schließlich achtet beim Einkaufen stark auf Ambiente, Publikum und Markenartikel. Er hat das Bedürfnis, sich von den Normalverbrauchern abzugrenzen und einer bestimmten Gruppe anzugehören. Deshalb bevorzugt er Markenartikel. Die vier Typen sind kaum mehr eine Besonderheit der neuen Bundesländer. Das spezifisch Ostdeutsche artikuliert sich weniger im allgemeinen Konsumstil als in den Einstellungen zu Marken und Ostprodukten.

## 5.

Eine 1995 publizierte, auf Umfragen in Dresden beruhende Studie betont die Einstellung zu den Ostprodukten und identifiziert den ostdeutschen »Konsumpatrioten«.<sup>12</sup> Dieser sei der ehemaligen DDR relativ stark verhaftet und davon überzeugt, daß Eingriffe des Staates die Produktion und Arbeitsplätze sichern und den Absatz der Produkte fördern. Der »Konsumpatriot« hat ein hohes Vertrauen in ostdeutsche Produkte. Marken gelten ihm nicht nur als Garantie für Qualität eines Gutes, sondern sie stiften und stabilisieren seine Identifikation mit den neuen Bundesländern. Er hebt sich von anderen Konsumenten weniger durch besondere soziale Merkmale als durch seine Einstellungen ab.

---

12 Siehe Stefan Müller/Peter Kesselmann: Made in Sachsen. Das Eigenschaftsprofil der »Konsumpatrioten«. In: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung der GfK. Nürnberg (1995) 4. S. 407–421.

Diese Untersuchung steht in der Reihe von Studien, die die Neigung zur Bevorzugung von »Ostprodukten« offenbaren, allerdings auch zeigen, daß diese Neigung unterschiedlich motiviert ist, nicht immer mit dem tatsächlichen Kaufverhalten übereinstimmt und im Zeitverlauf variiert. Im Dezember 1990 äußerten erst 51 % der ostdeutschen Verbraucher, beim Einkauf bewußt Erzeugnisse aus den neuen Bundesländern bevorzugen zu wollen. Ein Jahr später gehörten schon 73 % zu dieser Gruppe.<sup>13</sup> In einer Umfrage von 1993 stimmte eine deutliche Mehrheit dem Satz »Wenn es irgendwie geht, kaufe ich Ostprodukte« zu. Der Prozentsatz schwankte zwischen 81 % bei Lebensmitteln und rund 50 % bei Bekleidung sowie bei Haushalts- und Einrichtungsgegenständen.<sup>14</sup> Die meisten Befragten wollten preisgünstige Produkte kaufen, bei denen das Preis-Leistungsverhältnis stimmt. Bei den älteren Jahrganggruppen war die Neigung zu Ostprodukten stärker ausgeprägt als bei den Jüngeren. Alles in allem zeigte es sich, daß die ostdeutschen Produkte, wenn sie gekauft werden wollten, auch preiswert sein mußten. Ein weiteres Ergebnis der Konsumentenbefragungen war, daß viele Konsumenten wünschten, daß Ostprodukte vermehrt im Handel angeboten und von diesem besser plaziert werden sollten. Der von westdeutschen Konzernen beherrschte Handel nahm diese Produkte indessen oft nur in die Regale, wenn sie das Niedrigpreissegment abdeckten und damit das höhere Preissegment der Westwaren nicht bedrängten.

Die Präferenz der Ostprodukte bezog sich zunächst vor allem auf Frischwaren (Obst, Gemüse und Molkereiprodukte), nichtmarkierte Waren (Mehl und Zucker) sowie regionale und lokale Spezialitäten und Waren mit einer historischen Produktidentität (Bier, Wurst und Spirituosen). Erst nach und nach dehnte sich das Spektrum auch auf Zigaretten, Waschmittel, Kaffee und Nudeln aus.

Die Kaufentscheidung für Ostprodukte basierte im einzelnen auf einer Reihe von Motiven. Bisher unbefriedigend geklärt ist, ob sich die Konsumenten beim Kauf von Ostprodukten eher mit der DDR oder mit den neuen Bundesländern identifizierten, oder ob alte Gewohnheit oder ein bewußtes situationsbezogenes Kalkül sie leitete. Offensichtlich ist nur, daß die Hinwendung zu den Ostprodukten um 1991/92 auch auf negativen Erfah-

---

13 Siehe Thomas Nassua: Die Rolle des Einzelhandels bei der Entwicklung des Konsumentenverhaltens in den neuen Bundesländern. Frankfurt am Main 1998. S. 11.

14 Siehe Elvier Ebert: Einkommen und Konsum im Transformationsprozeß. Vom Plan zum Markt, vom Wandel zum Überfluß. Opladen 1997. S. 237f.

rungen mit Westprodukten beruhte.<sup>15</sup> Der Vergleich der Studien über Einstellungen zu Ostprodukten auf der einen Seite, Konsumstile auf der anderen, zeigt, daß die Bevorzugung von Ostprodukten am stärksten mit den Konsumstilen »Ablehnung« und »Ritual-Konsum« einherging.

Die sozialwissenschaftlichen Umfragen konzentrieren sich auf Kaufmotive und Stile des Kaufens. Neuere kulturwissenschaftliche Studien fragen zusätzlich nach der Bedeutung langlebiger Konsumgüter und konstatieren gewisse Eigenheiten ehemaliger DDR-Bürger. Der eine identifiziert sich mit seinem Moped SCHWALBE, mit dem er vieles erlebt hat und das er beschreibt als ein »putziges, kauziges Etwas, anders als die inzwischen normative Ästhetik des perfekt Gestylten. Ein ›Ossi‹ eben«. Der zweite verteidigt seine Haushaltsgegenstände, die er in der DDR erworben und immer pfleglich behandelt hat, gegen die neue Wegwerfmentalität. Und die dritte meint: »Ich hab immer gesagt, ich möchte in meiner Wohnung alt werden und ich möchte auch mit meinen Gegenständen, meinen jetzt schon alten Gegenständen alt werden. Das ist ja meine Geschichte.«<sup>16</sup> Die Beispiele zeigen, wie sich die Person und Biographie durch Gegenstände konstituiert, die man einmal gekauft hat, die man besitzt und mit denen man sich umgibt. Gegenstände haben eine Funktion für die Erinnerung, die Verständigung über das eigene Ich und für die Demonstration des Status und der Weltanschauung. Manche Güter, eben auch DDR-Güter, sind überdies Zeichen, die eine Gemeinschaft begründen können. Ina Merkel stellt fest, daß sich DDR-Bürger über standardisierte Konsumgüter wie einen Kühlschrank oder eine Bohrmaschine identifizieren – generationen-übergreifend und bis heute: »Es genügen Stichworte, um sich zu erkennen: ›Weißt Du noch, die Multimax ...‹ reicht aus als Anregung für eine lustige Abendunterhaltung.«<sup>17</sup> Fraglich ist dann allerdings, ob diese Güter, wie Merkel meint, »nach wie vor, oder vielleicht sogar erst jetzt, einen solidarischen Zusammenhang der Ostdeutschen« vermitteln. Ein gemeinsamer Erinnerungspunkt und ein gemeinsamer Gesprächsgegenstand kann, aber muß nicht einen »solidarischen« Zusammenhang stiften.

---

15 Siehe Angelika Hennecke: »Im Osten nichts Neues?«. Eine pragmalinguistisch-semiotische Analyse ausgewählter Werbeanzeigen für Ostprodukte im Zeitraum 1993–1998. Frankfurt am Main 1999. S. 65ff.

16 Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Köln 1999. S. 364.

17 Ebenda. S. 367.



## 6.

Die große Zeit der Hinwendung zu den Ostprodukten waren die Jahre 1992–1994, seitdem klingt das Phänomen langsam aber merklich ab. Das Ost-Image wird seit den mittleren 90er Jahren abgelöst durch andere Formen der regionalisierenden Deutung der Produkte und des Konsumierens, indem verstärkt »Sächsisches«, »Thüringisches«, »Ergebirgisches« usw. angeboten, beworben und nachgefragt wird. Güter werden zu Zeichen neuer regionaler Sinnordnungen.

Eine vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft in Auftrag gegebene Studie des Instituts für Marktforschung Leipzig aus dem Jahre 1999 zeigt, daß 75 % der Befragten die regionale Herkunftsbezeichnung »aus Sachsen« für sehr wichtig halten. Als Hauptmotiv für die regionale Kennzeichnung der Produkte wird die Unterstützung der Wirtschaft der Region genannt. In beträchtlichem Abstand folgten die Motive »Bekanntheit/Gewohnheit/Vertrautheit«, »guter Geschmack« und »gute Qualität«.<sup>18</sup> Hier, wie in einer ähnlichen Umfrage in Sachsen-Anhalt,<sup>19</sup> wird deutlich, daß das Bewußtsein der Verbraucher für die Region bei den Älteren höher ist als bei den Jüngeren und daß die Kennzeichnung als »Ostprodukt« gegenüber der neuen regionalen Kennzeichnung an Bedeutung eingebüßt hat.

Diese Entwicklungen zeigen erstens, daß die Politik und Wirtschaft auf das Muster der regionalen Vermarktung und Werbung setzt, das in vielen westdeutschen und europäischen Regionen schon länger erprobt ist. Sie zeigen zweitens, daß die Problematik der regionalen Standortpolitik in das allgemeine Bewußtsein eingegangen ist. Und sie machen drittens deutlich, daß die Politik die Stimmung der Verbraucher aufgreift und verstärkt. Viertens ist zu vermuten, daß bei den älteren Konsumenten die aktuelle Motivation zur Regionalisierung der Güter und des Konsums unterstützt wird durch eine ältere Form der Regionalisierung; seit den 1970er Jahren hatten in der DDR regionale Spezialitäten bei der Differenzierung des Konsums eine gewisse Bedeutung erlangt. Damals handelte es allerdings um die Neuerfindung und Aufwertung älterer regionaler Güter (erzgebirgische Weih-

---

18 Siehe Institut für Marktforschung Leipzig: Werbung mit dem Aktionszeichen und Kaufverhalten sächsischer Haushalte. Leipzig 1999.

19 Siehe Institut für Wirtschafts- und Marktdaten: Motiv- und Akzeptanzstudie sachsen-anhaltinischer Nahrungsmittelprodukte. Magdeburg 1998.

nachtspyramiden und Nußknacker, Musikinstrumente aus Markneukirchen und Klingenthal), Speisen (»sächsische Küche«) und Konsumstereotypen (»Kaffeefachsen«).<sup>20</sup>

In den späten 90er Jahren werden nicht mehr nur die klassischen regionalen Konsumgüter und die DDR-Güter als Symbole des Landes oder einer Subregion verwendet bzw. als regionstypisch beworben. Eine von Manuel Schramm im Rahmen eines Projekts über Konsum und Region (Teilprojekt 1999–2000) durchgeführte Untersuchung von Werbeanzeigen in Leipziger Anzeigenzeitungen (»Hallo Leipzig«, »Leipziger Rundschau«, »Sachsen-Sonntag«, »Tip der Woche«) und einer sächsischen Tageszeitung (»Freie Presse«) des Jahres 1999 zeigt, daß zahlreiche und beliebige Produkte explizit mit »Sachsen« oder »sächsisch« beworben werden. Die lange Liste reicht von Allesreiniger über Bier, Dresdner Eierschecke, Einbäukuchen, Fruchtjoghurt, Kaiserschmarren, Camembert, Mutzbraten, Milch, Nudeln bis Quarkkeulchen, Spülmaschinenpulver, Weihnachtstollen, Wein, Salami und Zwieback.<sup>21</sup> Daß die meisten dieser Güter zur Kategorie Nahrungs- und Genußmittel zählen, überrascht nicht, gehören doch Produkte wie Bier und Wein zu den traditionell regionalisierten Gütern. Erstaunlicher ist, daß auch Nahrungsmittel, die man normalerweise mit anderen Ländern und Regionen verbindet, als »sächsisch« vereinnahmt werden, wie z. B. Camembert, Kaiserschmarren, Nudeln oder Russisch Brot. Außerdem hat sich die »sächsische« Produktpalette um Drogerieartikel wie Shampoo, Waschmittel oder Zahncreme erweitert, Produktgruppen, in denen die Herkunft sonst keine Rolle gespielt hat, da hier vor allem Markenartikel ohne regionalen Bezug führend waren. Das dritte überraschende Ergebnis ist die Ausweitung der regionsbezogenen Werbung auf langlebige Konsumgüter wie Polstermöbel und Einbäukuchen. Auch Möbel zählen normalerweise nicht zu den regionalisierten Gütern, sondern werden eher mit Attributen wie rustikal oder modern versehen. Auch der rustikale Stil hat aber heute keinen Bezug mehr auf eine bestimmte Region.

Als Kennzeichen einer modernen Wirtschaft kann die Tatsache interpretiert werden, daß mittlerweile nicht mehr nur Produkte, sondern auch Dienstleistungen symbolisch regionalisiert werden. Eine Leipziger Personalmanagement-Firma wirbt mit »Kompetenz aus Sachsen«. Der »Sach-

---

20 Siehe Hannes Siegrist/Manuel Schramm: Regionale Deutungen des Konsums in Sachsen 1930–2000. Erscheint demnächst.

21 Siehe Teilprojekt Konsum und Region des Leipziger Sonderforschungsbereichs 417.

sen-Finanzverband«, getragen von Sparkassen, Landesbank Sachsen und Sächsischer Aufbaubank, bezeichnet sich als »Verbund aus Sachsen für Sachsen«, der eine »enge Bindung zur Region« hat. Die Energie Sachsen Brandenburg AG (Envia) wirbt mit dem Slogan »Unser Strom ist garantiert von hier!«, und ihr Vorstandssprecher behauptet: »Strom braucht Heimat«. <sup>22</sup>

Alles in allem besteht für den regionalen Konsum der 1990er Jahre die Tendenz zur schrankenlosen Verwendung anstatt der traditionellen Beschränkung auf bestimmte Produktgruppen. Es nimmt von daher nicht wunder, daß ein Supermarkt bei der Durchführung einer »Sachsenwoche« in der Lage ist, über 3 500 heimische Produkte zu präsentieren. Das regionale Marketing der Ernährungsindustrie erfreut sich großzügiger Unterstützung durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, das zusammen mit dem Handel seit 1991 Verkaufsförderungsaktionen unter dem Logo »Spezialitäten aus Sachsen – Qualität aus Tradition« in Verbindung mit dem Landeswappen durchführt. <sup>23</sup> Beteiligen kann sich dabei fast jeder Nahrungsmittelbetrieb, eine Qualitätskontrolle findet nicht statt.

Der schon in der DDR existierende Trend zum regionalen Konsum ist im post-kommunistischen Deutschland durch die neue Deutungsfreiheit, die Zunahme der Werbung im allgemeinen und die Wiederrichtung der Bundesländer, die ein Stück weit den institutionellen Rahmen der Wirtschaft abgeben und gleichzeitig soziale, politische und kulturelle Steuerung zwecks Integration betreiben, verstärkt worden. Die Marktwirtschaft zwingt Sachsen als Wirtschaftsregion in einen Wettbewerb um Investitionen mit anderen Regionen und die in der Region ansässigen Unternehmen zur Konkurrenz mit auswärtigen. So ist die regionsbezogene Werbung für Strom eine Reaktion auf die Liberalisierung des deutschen und europäischen Energiemarktes.

Andererseits kann der Regionalisierungsboom nicht nur als Fortsetzung und Verstärkung bestehender Trends, sondern auch als Reaktion auf die Erfahrungen des Transformationsprozesses gelesen werden, der dramati-

---

22 Ebenda. – Ich danke Manuel Schramm für die Mitarbeit bei dem vorstehenden Teil über die aktuellen Verhältnisse in Sachsen.

23 Siehe Hans-Peter Riedlberger: Spezialitäten aus Sachsen – Qualität aus Tradition. In: Agrarmarketing im Freistaat Sachsen. Hsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Dresden 1993. S. 70–74.

sche Veränderungen mit sich brachte. In einigen Fällen scheint »Sachsen« bloß als Kürzel für »Ostdeutschland« zu stehen, in anderen Fällen werden die beiden Regionsbezüge zwanglos miteinander kombiniert wie z. B. in dem Werbeslogan für Polstermöbel »Ostprodukte – Qualität aus Sachsen« oder in den Werbeanzeigen eines Supermarktes, die mit »Qualitätsprodukte aus Ost-Deutschland« überschrieben sind, einzelne Erzeugnisse aber mit Attributen »aus Sachsen«, »aus Thüringen« usw. versehen.

Zur Zeit ist ein gewisses Ausufern des regionalisierenden Marketings festzustellen. Vermutlich wird diese Strategie deshalb bald an ihre Grenzen stoßen bzw. der Grenznutzen so gering sein, daß es nur noch für bestimmte lokale und regionale sowie kleinere Anbieter sinnvoll sein wird, ihre Produkte und Dienstleistungen so zu inszenieren. Größere Hersteller von Ost- und Regionalprodukten bereiten sich schon darauf vor, von dieser regionalen Symbolisierung ihrer Güter abzugehen, wenn sie bei der Eroberung überregionaler und internationaler Märkte störend werden könnte.<sup>24</sup>

## 7.

Das Regionalisieren des Konsums, sei es in der Variante der Ostprodukte oder in der Variante des regionalen Konsumierens, ist eine der großen Innovationen in den neuen Bundesländern in den 90er Jahren. Obwohl das Rezept dafür in anderen deutschen und europäischen Regionen schon längst erprobt war, fiel diese Innovation indessen anfänglich nicht leicht. Das zeigt etwa der Vergleich der Erfahrungen und Lernprozesse einiger Unternehmen, die alten DDR-Markenprodukten, wie »Leckermäulchen« (Quarkspeise), Teigwaren aus Riesa, Rondo Melange und Rondo (Kaffee), Kathi-Backmischungen, »Halloren« (Schokoladenmarke), zu einem neuen Erfolg verhelfen.<sup>25</sup> Am Anfang standen Nachfrageeinbußen in der Wendezeit und die teilweise Einstellung der Markenproduktion. Der Standort wurde durch Auftragsproduktion gesichert. Erst aufgrund der einsetzenden Rückbesinnung auf Ostprodukte konnten die alten Marken wiederbelebt werden. Nun wurden Qualität und Ausstattung der Produkte unter Beachtung der Wiedererkennung den neuen Anforderungen angepaßt und das Sortiment

---

24 Siehe Anita Schreiber: Konsum im Wandel. Ostdeutsche Konsumgeschichte nach 1989. Magisterarbeit am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig 2000.

25 Siehe ebenda.

nach und nach ausgebaut. Schließlich erfolgte, parallel zur Sicherung der Marktposition in Ostdeutschland, die Ausweitung des Vertriebs nach Westdeutschland, wo sich allerdings erhebliche Probleme stellten, im westdeutschen Handel aufgenommen zu werden.<sup>26</sup>

In der Waren- und Konsumkultur der neuen Bundesländer vermengen sich modernste Elemente mit traditionellen Mentalitäten und Praktiken. Gleichzeitig haben sich unterschiedliche Konsumstile gebildet. Die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer haben sich hinsichtlich des Konsumstils differenziert, so daß pauschalisierende Aussagen über *die* Ostdeutschen immer zweifelhafter werden. Es gibt Gemeinsamkeiten, doch ist im einzelnen jeweils zu prüfen, worin sie bestehen und was sie bedeuten. In den 90er Jahren wird öfter im Zusammenhang mit Waren und Konsumieren von einer ostdeutschen, dann von einer regionalen »Identität« gesprochen. Identität als Modebegriff der 90er Jahre meint dabei sehr verschiedenes: einerseits das Bewußtsein und Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gruppe aufgrund einer wirklich oder vermeintlich gemeinsamen Geschichte, aufgrund gemeinsamer Erfahrungen, Herausforderungen und Entscheidungssituationen; andererseits den Kern der einzelnen Person, das Bewußtsein des Selbst, das das Ergebnis der individuellen Biographie darstellt. Besser wäre indessen zu fragen, wie sich die Konsumenten beim Kaufen, Gebrauchen und Haben von Gütern mit den verschiedensten Gruppen und Gemeinschaften identifizieren bzw. ihre Zugehörigkeit dazu bekunden.<sup>27</sup>

Zehn Jahre nach der Vereinigung verlieren die gemeinsamen Erinnerungen an die DDR an Bindungskraft. Der Konsum der 90er Jahre hat neue Formen und Medien der Individualisierung und der Gemeinschaftsbindung hervorgebracht. Es haben sich neue Rollenmuster des Konsumenten-Bürgers, neue Lebens- und Konsumstilmilieus und neue regionale Konsumidentitäten gebildet. Einige Besonderheiten der Konsumenten in den neuen Bundesländern sind dabei verblaßt, andere haben sich neu herausgebildet. Stärker ist indessen die Orientierung auf die politische und wirtschaftliche Region und Subregion geworden. Im Europa der Regionen ist diese Strategie der Produzenten und Konsumenten in den neuen Bundesländern nicht besonders exzeptionell. Sie ist in Sachsen wie

---

26 Siehe ebenda.

27 Siehe Teilprojekt Konsum und Region des Leipziger Sonderforschungsbereichs 417.

anderswo eine Strategie der Selbstdeutung, Selbstzuordnung und Vergemeinschaftung, aber auch ein Mittel, um im liberalisierten Wettbewerb der nationalen, europäischen und globalen Wirtschaft mittelfristig bestehen zu können. Man sollte aber nicht vergessen, daß gerade der Konsum mit seinen standardisierten und universellen Gütern und Praktiken die Region auch wieder in Frage stellen kann. Es sind nicht nur die Produzenten und Händler, die die Regionen und regionale Bindung immer wieder ignorieren, sondern auch die Konsumenten, die sich nie bloß an etablierte regionale Grenzen halten, sondern auch vielfältige neue Formen der subjektiven Regionalisierung hervorbringen, indem sie z. B. außerhalb Sachsens oder ihrer Nahregion konsumieren. Das Mischungsverhältnis zwischen regionaler und globaler Orientierung wird jeden Tag neu erfunden.



GUNILD LATTMANN-KRETSCHMER

## Verpflichtung zum Kulturstaat?

Im Oktober 2000 fand in Leipzig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst ein Kolloquium des Sächsischen Kultursenates zum Thema »Investition in Kultur« statt. Zwei Ökonomie- und zwei Ministerprofessoren, Banker und Vertreter der Industrie waren die Gesprächspartner der Senatoren. Es gehört schon zu den seltenen Momenten im Leben einer PDS-Kulturpolitikerin – oder hier kann ich auch sagen, Kultursenatorin der PDS –, daß sie sich in einer politischen Debatte den Auffassungen des wertkonservativen Wissenschafts- und Kunstministers und eines Bankers zuordnen kann und zugleich die Chance erhält, den Finanzminister in seiner wirtschaftsbürgerlichen Gesinnung pur zu erleben und ihm entschieden widersprechen zu können. Die Auffassungen des sächsischen Finanzministers zu bagatellisieren, wie es auch in der Diskussion geschehen ist (ein Finanzminister müsse halt so reden, wenn er sein Geld zusammenhalten wolle), halte ich für wahrlich fehl am Platze. Denn diese Auffassungen spiegeln den neoliberalen Zeitgeist wider und münden, setzt man ihnen nicht Widerstand und die Suche nach Alternativen entgegen, in eine weitere Kommerzialisierung der Kunst, in die Eventkultur, die Freizeit- und Spaßgesellschaft. Ein Weg, auf dem die gigantischen kulturellen Aufgaben des Medienzeitalters auf humane Weise nicht bewältigt werden können.

Schon während der letzten Sitzung des Landtages vor der Sommerpause 2000 hat der Staatsminister im Parlament eine Rede gehalten, die es verdient, daß ihr eine größere Aufmerksamkeit zuteil wird. Es handelt sich um eine Art programmatische Rede. Nach meinem Eindruck war sie weniger an die Oppositionsfraktionen im Landtag gerichtet als vielmehr an maßgebliche Vertreter aus den eigenen Reihen und an die Öffentlichkeit.

Der Inhalt seiner Ausführungen und auch der auf dem genannten Kolloquium stellte, auf eine kurze Formel gebracht, einen eindringlichen »kulturstaatlichen Appell« dar. Kultur, so betonte Hans-Joachim Meyer, sei *kein* weicher Standortfaktor. Die verbreitete Rede von Kultur als einem weichen Standortfaktor lehne er ab, weil sie sich »verhängnisvoll« auswirke. »Eine derartige zweckbezogene Auffassung«, so Meyer wört-



lich, »ruiniert Kultur und im übrigen auch die Wissenschaft«. Mit anderen Worten: Kultur hat ihren Zweck in sich und nicht außerhalb. Gehorcht sie einem ihr fremden Zweck, dem der Vermarktung zum Beispiel, dann büßt sie ihre Autonomie ein.<sup>1</sup>

Der kulturstaatliche Appell steht in Tradition Wilhelm von Humboldts, auf den der Staatsminister sich ausdrücklich berief. Von Humboldt stammt die Formulierung vom »Kulturstaat«. Demnach verdient der Staat das Prädikat *Kulturstaat* dann, wenn er »die Zweckfreiheit und Autonomie der ›Bildung‹ (und der Kultur) gegen die partikularen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft«<sup>2</sup> garantiert. Genau das – besagte Zweckfreiheit – steht gegenwärtig zur Disposition. Es wäre doch fatal, wenn wir einen der wertvollsten Verfassungsgrundsätze, den wir mit dem Einigungsprozeß gewonnen haben, die Kunstfreiheit, über der Diktatur des Geldes verlören. Denn die Freiheit der Kunst hat zur Bedingung auch die soziale Unabhängigkeit der Künstlerinnen und Künstler.

Der Staat, der sich aus seiner Verantwortung für die Kultur zurückzieht und sie zunehmend den gesellschaftlichen Interessengruppen überläßt, geht ein hohes Risiko ein. Er gefährdet die Demokratie und setzt die Kultur einer Veränderung (Transformation) aus, die an ihre Substanz geht. Als Kontrastbeispiel werden hier häufig die USA angeführt, wo sich die kulturellen Angelegenheiten in der Verantwortung diverser gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Persönlichkeiten, sogenannter Mäzene, befinden. Die Auswirkungen auf die Kultur sind hinlänglich bekannt und müssen hier nicht eigens geschildert werden. Nur soviel sei an der Stelle gesagt, daß die schärfsten Kritiker bestimmter Entwicklungen in den USA aus dem Lande selbst kommen.

Es scheint in Sachsen schlecht bestellt um die »Verpflichtung zum Kulturstaat«, von der noch in der Druckschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst aus dem Jahr 1994<sup>3</sup> die Rede ist. Aus welchem Grunde sonst fühlte sich der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst nun schon zum wiederholten Male veranlaßt, einen eindringli-

- 
- 1 Hans-Joachim Meyer: Rede auf der 18. Sitzung des Sächsischen Landtags. In: Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen. Plenarprotokoll 3/18 vom 12. Juli 2000. Dresden 2000. S. 1198–1201. Hier S. 1198.
  - 2 Zitiert nach Georg Bollenbeck: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines Deutungsmusters*. Frankfurt am Main, Leipzig 1994. S. 184.
  - 3 *Kulturförderung in Sachsen*. Hrsg. vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Dresden 1994. S. 11.

chen kulturstaatlichen Appell abzugeben!? Doch wohl aus Sorge darüber, daß die Staatsregierung ihrer Verpflichtung, der Kultur finanzielle Mittel in einem ausreichenden Maße zur Verfügung zu stellen, nicht länger nachkommen könnte.

Der Grund hierfür ist nicht so sehr in der angespannten Haushaltslage des Freistaates zu suchen, als vielmehr in dem Ansatz, wie ihr begegnet werden soll. Dieser Ansatz ist durchdrungen von einer rein wirtschaftsbürgerlichen Gesinnung. Diese betrachtet alles, eingeschlossen die Kultur, stets ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten. Sie gehorcht einem Kosten-Nutzen-Kalkül, wonach nur das etwas zählt und als brauchbar gilt, was sich auszahlt. Kultur, so will es der Geist der Rechenhaftigkeit, habe einen direkten finanziellen Nutzeffekt zu erbringen, ansonsten sei sie Luxus, den keiner bezahlen könne.

Der Finanzminister vertrat in Leipzig die folgende Auffassung: Kulturaufgaben müßten künftig im Einzelfall abrechenbar sein, nachweisen, welche externen Effekte sie auslösen. Kulturförderung im Sinne einer Investition könne er noch verstehen, wenn sie für Kinder und Jugendliche getätigt werde, bei Erwachsenen nicht. Wer hier Kultur will, solle sie auch selbst bezahlen. Ansonsten wäre das ein Eingriff des Staates in das demokratische Selbstbestimmungsrecht. In meinen Augen stellen derartige Formulierungen einen Hohn auf die Chancengleichheit der Menschen beim Zugang zu Kunst und Kultur dar.

Die Zielrichtung der Milbradtschen Politik ist klar: Diesem Kulturverständnis entsprechend könnte sich der Staat weitaus stärker als bisher aus der Kulturverantwortung zurückziehen und sie dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, finanziell potenten Sponsoren und privaten Stiftungen sowie dem verstärkten ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Kritiker, wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu, warnen davor. »...wenn der Profit zum einzigen Bewertungsprinzip, zum einzigen Maßstab in Erziehung und Kultur, Kunst oder Literatur wird«, so Bourdieu, »dann sind wir zu *spießbürgerlicher Seichtheit* verdammt in einer Zivilisation aus Einschaltquote, Bestseller oder Fernsehserie.«<sup>4</sup> Der Literaturhistoriker Hans Mayer, Ehrenmitglied der Sächsischen Akademie der Künste, hat es einmal drastischer formuliert. Er spricht von einem neuen kleinbürgerli-

---

4 Pierre Bourdieu: Kapitalismus als konservative Revolution. In: »Die Zeit«. Hamburg vom 22. Januar 1998. S. 45.

chen Imperativ, der aus einer Verbindung von wirtschaftlicher Potenz und geistiger Impotenz besteht. Die Anzeichen dafür sind unübersehbar. Die Festivalisierung der Kultur zum Beispiel, die ihren deutlichsten Ausdruck in der sogenannten Eventkultur findet, zeugt davon. In ihrem Sog gerät die (Hoch-)Kultur in Legitimationszwang, weil sie lediglich Kosten verursacht, nicht aber gewinnbringend wirtschaftet.

Den kulturstaatlichen Appell des Staatsministers Meyer verstehe ich als ein Aufbegehren gegen die im Regierungskabinett vorherrschende wirtschaftsbürgerliche Gesinnung. Das antiquiert anmutende bildungsbürgerliche Kulturverständnis verdient allemal mehr Unterstützung als das rein wirtschaftsbürgerliche. In ihm steckt wenigstens noch der Gedanke, daß es außer dem Tauschwert noch andere Werte gibt, die sich nicht in Mark und Pfennig ausdrücken lassen. Dieser Gedanke, aus dem die Idee des Kulturstaates hervorgegangen ist, verdient es, daß ihm wieder mehr Beachtung geschenkt wird. Gerade das Altehrwürdige, Anachronistische, das einem solchen Kulturverständnis anhaftet, macht den humanen Kern aus. Kultur geht über unmittelbare gesellschaftliche Zwecksetzungen hinaus.

Der Konflikt zwischen wirtschaftsbürgerlicher Gesinnung und Kulturverantwortung des Staates wird, um es noch einmal zusammenzufassen, von zwei Staatsministern personifiziert: dem für die Finanzen und dem für Wissenschaft und Kunst. Den Typus des Wirtschaftsbürgers, der in allem nur den ökonomischen Nutzeffekt zu erkennen vermag, hat bereits Heine in dem Reisebild »Die Harzreise« karikiert. Während der Dichter Heine auf einer gemeinsamen Wanderung mit einem wohlhabenden Bürger aus der Stadt Goslar die Natur des Harzgebirges genießt, taxiert der Bürger die Natur lediglich auf ihre Verwertungsmöglichkeiten und den möglichen Nutzeffekt hin, auf die Aussicht auf Profit also. Das Mehr, das Surplus, das über unmittelbare gesellschaftliche Zwecke hinausgeht, sollte sich eine Gesellschaft wie die unsrige leisten. Was wäre das Leben ohne diesen gewissen Luxus? Der Schriftsteller Christoph Hein hat kürzlich in einer Rede diese Position veranschaulicht, indem er das Bild der *Kirschblüte* benutzt. Die wirtschaftsbürgerliche Gesinnung vermag in der *Kirschblüte* nur den wirtschaftlichen Nutzeffekt zu erkennen (den Most), nicht deren vorübergehende, momentane Schönheit, die zu bezaubern und Freude hervorzurufen vermag. Er beruft sich auf einen Brauch, der in Japan üblich ist, wo alljährlich zur *Kirschblüte* Menschen im Land umherreisen, um sich an dem Zauber der Blüte zu erfreuen, ohne dabei an den Kirschmost zu denken.

Ich bin auf diesen Konflikt innerhalb der CDU-geführten Staatsregierung so ausführlich eingegangen, weil die Konsequenzen, die daraus resultieren, uns in all ihren Spielformen täglich begegnen. Für uns als Landtagsfraktion heißt das, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in seiner Position gegenüber dem Finanzministerium zu stärken. Gleichzeitig bringen wir unsere kulturpolitischen Vorstellungen, die über die wertkonservativen des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst hinausgehen, zur Geltung. Dafür möchte ich kurz ein Beispiel – allerdings von großer Wichtigkeit für die Kultur – anführen, das Kulturraumgesetz.<sup>5</sup>

Am 17. Dezember 1993 beschloß der Sächsische Landtag das Gesetz über die Kulturräume im Freistaat Sachsen. Das Gesetz trat am 1. August 1994 in Kraft. Es soll für eine Übergangszeit von zehn Jahren gelten und in den acht ländlichen und den drei urbanen Kulturräumen zu einer solchen effektiven Struktur der Kultur führen, die den Entwicklungserfordernissen entspricht und zugleich finanzierbar bleibt.

Mit dem Kulturraumgesetz wird die Kulturpflege im Freistaat Sachsen zu einer Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise, zu deren Finanzierung der Freistaat mit einem gesetzlich festgeschriebenen Mindestbetrag von jährlich 150 Millionen DM beiträgt. Die ländlichen Kulturräume muß man sich als eine Art von kommunalen Zweckverbänden vorstellen, deren Mitglieder regional bedeutsame Kultureinrichtungen und Projekte gemeinsam tragen und die damit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eigenständig die Akzente für die Kultur in den Regionen Sachsens setzen. Entscheidungsgremium eines ländlichen Kulturraumes ist der Kulturkonvent, dem als beschließende Mitglieder die Landräte und Oberbürgermeister der Mitglieder des Kulturraumes angehören. Der Kulturkonvent beruft unter Einbeziehung von Vorschlägen regionaler Fachverbände und Fachstellen Kultursachverständige aus den im Kulturraum geförderten Sparten in den Kulturbeirat. Im Kulturbeirat können Arbeitsgruppen gebildet werden. Die Vorschläge zur Förderung regional bedeutsamer Kultur werden im Beirat erarbeitet. Der Konvent ist an die Vorschläge nicht gebunden, hat aber von den Vorschlägen abweichende Entscheidungen gegenüber dem Beirat zu begründen.

Das Kulturraumgesetz ist bundesweit einmalig. Es wurde in seltener Übereinstimmung von allen im Landtag vertretenen Parteien (1993 waren

---

5 In: Kulturförderung in Sachsen. Hrsg. vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. 2. Aufl. Dresden 1996. S. 119ff.

es noch fünf) beschlossen. In vielerlei Hinsicht ist es bemerkenswert. Zwei Punkte möchte ich anführen:

- Es enthält eine demokratische Mitwirkungsmöglichkeit, die dort, wo sie wahrgenommen wird, in den ehrenamtlichen Fachberatungen einen verantwortlichen, solidarischen Umgang mit öffentlicher Kulturförderung, einen spartenübergreifenden Gestaltungswillen erkennen läßt und das öffentliche Bewußtsein für die Wirkungsmöglichkeiten der Kultur schafft. Etwa 800 Kulturschaffende sind in den Kulturbeiräten und ihren Arbeitsgruppen landesweit ehrenamtlich vertreten.
- Sachsen hat als erstes Bundesland mit seinem Gesetz über die Kulturräume festgelegt: »Im Freistaat Sachsen ist die Kulturpflege eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise.«<sup>6</sup> Schon 1952 wurde in der alten Bundesrepublik über diese Notwendigkeit in kommunal- und kulturwissenschaftlichen Auseinandersetzungen gestritten.

*Eine* Festlegung des Kulturraumgesetzes wurde in ihrer Sinnggebung von der Staatsregierung und CDU-Mehrheit unterlaufen. Bei den 1993 mit der Verabschiedung des Gesetzes versprochenen mindestens 150 Millionen DM Landesförderung als Anteilfinanzierung für regional bedeutsame Kultur ist es geblieben. Diese Deckelung der Mittel stellt die konstruktive Wirkung des Kulturraumgesetzes in Frage. Schon mehrten sich in einigen Kulturräumen Anzeichen eines unheilvollen Streites zwischen den einzelnen Sparten, und Landkreise werden ihren Kulturpflichten bei der Anteilfinanzierung nicht mehr gerecht. Anstatt progressiv an der weiteren Ausgestaltung der Kulturpflicht zu arbeiten, die bisher zu allgemein und ungenau definierten Verpflichtungen zu konkretisieren, spricht die Staatsregierung nur noch von freiwilliger Pflichtaufgabe oder weisungsfreier Pflichtaufgabe. Es besteht also Handlungsbedarf.

1. Die Absicht des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst und der Kulturräume, das Kulturraumgesetz über das Jahr 2004 hinaus fortzusetzen, bejahen und unterstützen wir, indem wir mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln Lobby für das Kulturraumgesetz machen. Dazu gehören die Kulturraumtage, die die PDS-Fraktion in den letzten drei Jahren in bisher sieben Kulturräumen durchführte.
2. Die Deckelung der 150 Millionen DM Landeszuführung halten wir für nicht länger hinnehmbar. Deshalb wird unsere Fraktion – dazu liegt

---

6 Ebenda. § 2. Abs. 1.

bereits ein Beschluß vor – für den Haushalt 2001/2002 eine jährliche Erhöhung um 10 Millionen DM fordern.

3. Die demokratischen Defizite des Kulturraumgesetzes müssen mit seiner Novellierung nach dem Jahr 2004 überwunden werden. Aus der Mitwirkung der Kulturbeiräte muß eine Mitbestimmung werden. Die Kulturpflicht muß weiter durchgesetzt werden.
4. Kultursparten, die in einigen Kulturräumen nicht die Anerkennung und Solidarität durch andere Kultursparten und einige Landräte haben und sich in einer Art Minderheitenposition befinden, werden durch uns unterstützt und ihre verbindliche Verankerung im zu novellierenden Gesetz gefordert (Bibliotheken, Soziokultur, freiberufliche KünstlerInnen).

Zusammenfassend erinnere ich noch einmal an die Feststellungen, die ich vor meinen Ausführungen zum Kulturraumgesetz getroffen habe: Die PDS-Fraktion unterstützt die Position des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst gegenüber dem Staatsminister für Finanzen. Gleichzeitig konfrontieren wir den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst mit unseren weitergehenden kulturpolitischen Forderungen, die über sein Verständnis von Kultur hinausgehen.

## Zu den Autoren dieses Heftes

*Klaus Bartl*, Rechtsanwalt, 1990/91 Vorsitzender der PDS Sachsen, MdL seit 1990, Vorsitzender der Fraktion LL/PDS 1990/94.

*Werner Bramke*, Prof. Dr. habil., Historiker an der Universität Leipzig, Mitglied der PDS-Fraktion des Sächsischen Landtages. Publikationen u. a.: Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. (Hrsg. mit Ulrich Heß) Weimar, Köln, Wien 1995; Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. (Hrsg. mit Ulrich Heß) Leipzig 1998.

*Helga Gantz*, Dr. habil., Soziologin. Geschäftsführerin der SAS Regional-, Verkehrs- und Umweltforschung GbR Dresden. Autorin zahlreicher Studien zur Bevölkerungsprognose und zur Sozialstrukturentwicklung. Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Bevölkerung des Stadtplanungsamtes Dresden.

*André Hahn*, Dr. rer. soc., 1989/90 Forschungsstudent und Mitglied des zentralen Runden Tisches der DDR, 1991/94 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, seit Dezember 1994 Abgeordneter, Parlamentarischer Geschäftsführer und Bildungspolitischer Sprecher. Publikation u. a.: Der Runde Tisch, das Volk und die Macht. Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Berlin 1998. The Central Round Table in the GDR – an Instrument of transition to a new identity. Hrsg. von Berg-Schlosser und Schissler, London 1993.

*Dieter Janke*, Dr. sc. oec., Wirtschaftshistoriker, freier Journalist. Veröffentlichungen zu finanz- und wirtschaftspolitischen Themen.

*Gunild Lattmann-Kretschmer*, Theaterwissenschaftlerin, seit 1996 Mitglied des Sächsischen Landtages, kulturpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion.

*Wilfried Loth*, Prof. Dr. habil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen. Publikationen u. a.: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994; Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung. München 1998.

*Hannes Siegrist*, Prof. Dr. habil., Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Publikationen u. a. Europäische Konsum- $\$$  (Hrsg. mit Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka). Frankfurt am Main 1997; Konsum und Region im 20. Jahrhundert. Leipzig 2001.